



Gemeinde Lehre Ortschaft Flechtorf

Stand:05.09.2013

Bebauungsplan Vor dem Wienhope Begründung



LGLN Quelle: "Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung" © 2012

Inhaltsverzeichnis:

1	Rechtsgrundlagen	2
2	Vorhandenes Planungsrecht	2
3	Anlass und Ziel des Bebauungsplanes	3
4	Begründung der Festsetzungen	4
5	Gesamtabwägung	25
6	Zusammenstellung wesentlicher Daten	26
7	Wesentliche Auswirkungen des Bebauungsplanes	26
8	Bodenordnende und sonstige Maßnahmen, für die der Bebauungsplan die Rechtsgrundlage bilden soll	26
9	Außer Kraft tretende Bebauungspläne	27
10	Verfahrensvermerk	27
B	Umweltbericht	28

Verfahrensstand: Satzungsbeschluss gem. §10 (1) BauGB

Meißner Architekten BDA Lessingplatz 7 38100 Braunschweig

1 Rechtsgrundlagen

- Stand: 24. Juni 2013 -

1.1 Baugesetzbuch (BauGB)

in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1548)

1.2 Baunutzungsverordnung (BauNVO)

in der Fassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1548)

1.3 Planzeichenverordnung (PlanZV)

in der Fassung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I 1991 S. 58), geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509)

1.4 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. S. 1274)

1.5 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)

in der Fassung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Art. 2, Absatz 24 des Gesetzes vom 6. Juni 2013 (BGBl. I S. 1482)

1.6 Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 8. April 2013 (BGBl. I S. 734)

1.7 Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG)

in der Fassung vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 104)

1.8 Niedersächsische Bauordnung (NBauO)

in der Fassung vom 3. April 2012 (Nds. GVBl. S. 46)

1.9 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Art. 7 des Gesetzes vom 12. Dezember 2012 (Nds. GVBl. S. 589)

2 Vorhandenes Planungsrecht

2.1 Regional- und Landesplanung

Die Ortschaft Flechtorf liegt zwischen der Bundesstraße B 248 und der Bundesautobahn A 39 an der Kreisstraße K 33 nordöstlich des Grundzentrums Lehre mit den Schwerpunktaufgaben zentralörtliche Einrichtungen und Angebote für den gehobenen Bedarf, und die der grundzentralen Versorgung. Lehre liegt darüber hinaus an der Siedlungsachse zwischen den Oberzentren Braunschweig und Wolfsburg.

Nach den Vorgaben des Landesraumordnungsprogrammes (LROP) sind die Funktionen der Ober-, Mittel- und Grundzentren zum Erhalt einer dauerhaften und ausgewogenen Siedlungs- und Versorgungsstruktur in allen Landesteilen zu sichern und zu entwickeln.

Zur Herstellung dauerhaft gleichwertiger Lebensverhältnisse sollen die Angebote der Daseinsvorsorge und die Versorgungsstrukturen in allen Teilräumen in ausreichendem Umfang und in ausreichender Qualität gesichert und entwickelt werden. Der Umfang neuer Flächen bestimmt sich auch aus den vorhandenen Versorgungseinrichtungen und der innergemeindlichen Zentrenstruktur. Diese Flächen müssen in das Netz des öffentlichen Personennahverkehrs eingebunden sein.

Im Regionalen Raumordnungsprogramm 2008 befindet sich der zur Planung herangezogene Bereich im Grundzentrum.

Der Bereich, der als allgemeines Wohngebiet festgesetzt werden soll, ist im Regionalen Raumordnungsprogramm zeichnerisch als bauleitplanerisch gesicherter Bereich dargestellt. Flechtorf ist Standort mit der besonderen Entwicklungsaufgabe Erholung.

Die Gemeinde Lehre erachtet ihre Planung insofern als gemäß § 1 Abs. 4 BauGB an die Ziele der Raumordnung angepasst.

2.2 Flächennutzungsplan

Die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Lehre ist am 18.12.2003 wirksam geworden.

Für die Ortslage Flechtorf ist der Flächennutzungsplan mit dem Stand der 9. Änderung seit Sommer 2009 wirksam. Der Flächennutzungsplan stellt für den Geltungsbereich Wohnbaufläche und südlich anschließend öffentliche Grünfläche ohne Zweckbestimmung dar.

Die geplanten Festsetzungen des Bebauungsplanes können aus diesen Darstellungen entwickelt werden.

2.3 Bebauungspläne

Innerhalb des Geltungsbereichs dieses Bebauungsplans gelten keine Bebauungspläne.

3 Anlass und Ziel des Bebauungsplanes

Seit Anfang 2012 besteht das Interesse eines Vorhabenträgers auf der ca. 24.900 m² großen Fläche nördlich der bestehenden Ortslage entlang der Alten Berliner Straße Planungsrecht zur Entwicklung eines Wohngebiets zu erlangen.

Durch den Bebauungsplan werden die bislang landwirtschaftlich genutzten Flächen nördlich der bebauten Ortslage und der K 33 als allgemeines Wohngebiet festgesetzt. So wird die Siedlungsentwicklung an dieser Stel-

le nach Norden fortgeschrieben und die bebaute Ortslage arrondiert. Es sollen dort in eingeschossiger, offener Bauweise Wohnbebauungen realisiert werden, um der Aufgabe des Grundzentrums zur Bereitstellung von Wohnraum Rechnung zu tragen.

Durch die vorliegende Planung werden ca. 2 ha Nettobauland bereitgestellt, was bei einer Grundstücksgröße von gerundet ca. 600 m² rd. 30 Bauplätzen entspricht.

Die Ziele der Planung sind:

- Die Erhaltung und Fortentwicklung der bestehenden Siedlungsstruktur
- Deckung des Baulandbedarfes in der Ortschaft Flechtorf des Grundzentrums Lehre
- Inanspruchnahme einer gut erschlossenen Fläche
- Sicherung der bestehenden Infrastruktur
- Erfüllung der grundzentralen Aufgaben an der Siedlungsachse zur Bereitstellung von Wohnraum.

Die Erschließung des allgemeinen Wohngebietes erfolgt von der "Berliner Straße" nach Süden. Die innere Erschließung erfolgt über Wohnwege. Ggf. entstehende Hinterliegerbebauung soll privatrechtlich erschlossen werden. Es wird aufgrund des Gebietscharakters eines allgemeinen Wohngebietes lediglich mit einer geringfügigen Zunahme des Ziel- und Quellverkehrs für die ca. 30 neuen Baugrundstücke gerechnet.

Die im Flächennutzungsplan als öffentliche Grünfläche dargestellte Fläche soll mit teilweisem Erhalt der bestehenden Grünstrukturen parkartig gestaltet werden. In die Fläche werden ein Spielbereich für Kinder und Becken zur Regenwasserrückhaltung ggf. mit Daueraufstau integriert werden.

4 Begründung der Festsetzungen

4.1 Art der baulichen Nutzung

Der gesamte Bereich des Plangebietes ist als „Allgemeines Wohngebiet“ festgesetzt.

Dadurch wird zunächst festgeschrieben, dass hier ein Bereich entsteht, der wegen seines sehr privaten Erschließungscharakters grundsätzlich dem Wohnen dient. Um eine mit der Wohnnutzung verträgliche Nutzungsmischung zu ermöglichen, werden die gemäß § 4 Abs. 2 BauNVO zulässigen und ein Großteil der gemäß § 4 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen ebenfalls zugelassen.

Um Nutzungen zu verhindern, die die gewünschte städtebauliche Struktur des Gebietes gefährden und die Wohnqualität des näheren Umfeldes stören können, werden die gemäß § 4 Abs. 3 BauNVO als Ausnahme vorgesehenen Nutzungen „Gartenbaubetriebe und Tankstellen“ nicht Bestandteil des Bebauungsplanes. Aufgrund der geringen Größe des Plangebie-

tes ist dieser Ausschluss auch hinreichend begründet, da eine Erschließung insbesondere für den ruhenden Verkehr für derartige Nutzungen kaum möglich ist.

4.2 Maß der baulichen Nutzung

4.2.1 Grundflächenzahl GRZ

Für die „Allgemeinen Wohngebiete“ WA 1 und WA2 wird eine Grundflächenzahl von 0,4 festgesetzt. Diese entspricht einer für ein Einfamilienhausgebiet in einer ortskernnahen Lage typischen Ausnutzungsmöglichkeit der Grundstücke mit den entsprechenden Spielräumen in der baulichen Gestaltung.

4.2.2 Zahl der Vollgeschosse

Die Zahl der Vollgeschosse in den „Allgemeinen Wohngebieten“ WA 1 und WA 2 beträgt ein Vollgeschoss. Dies entspricht der geplanten Art der baulichen Nutzung mit den entsprechenden Spielräumen in der baulichen Umsetzung.

4.2.3 Höhen baulicher Anlagen

In den „Allgemeinen Wohngebieten“ WA 1 und WA 2 werden besondere Ansprüche an eine harmonische Höhenentwicklung der räumlich wirksamen Hauptbaukörper gestellt. Die gestalterischen Spielräume für die bauliche Nutzung sollen so gefasst werden, dass zu starke Abweichungen voneinander vermieden werden. Aus Gründen des Nachbarschaftsschutzes werden Sockelausbauten auf das Maß von höchstens 0,6 m begrenzt.

4.3 Überbaubare Grundstücksflächen, Bauweise, Anzahl der Wohneinheiten

Die überbaubaren Grundstücksflächen werden über Baugrenzen definiert und sind so zugeschnitten, dass genügend Spielräume für die Bebauung der privaten Grundstücke gegeben sind.

Die Bauweise ist, wie für Einfamilienhausgrundstücke üblich, als offen festgesetzt.

4.4 Verkehrsflächen/ Erschließung

Das Plangebiet wird für den motorisierten Individualverkehr (MIV) von Süden über die Alte Berliner Straße erschlossen.

Die Erschließungsstraßen des Wohngebietes werden ihrer Erschließungsfunktion entsprechend als Mischverkehrsflächen gestaltet.

Innerhalb der Erschließungsstraßen befinden sich öffentliche Parkflächen, die den Besucherverkehr in der üblichen Größenordnung von 20 % der Anzahl der Wohneinheiten aufnehmen können. In der Nähe der Einmündung der Erschließungsstraße in die Alte Berliner Straße werden öffentli-

che Stellplatzflächen in einer Parktasche festgesetzt, die den Bedarf des ruhenden Verkehrs für die benachbarte Schule aufnehmen können.

Das Regenwasserrückhaltebecken in der Grünfläche kann durch den Ver- und Entsorgungsträger zu Revisionszwecken von der Alten Berliner Straße erschlossen werden. Um im Sinne von Natur und Landschaft die Zugänglichkeit für Spaziergänger auszuschließen, kann ggf. ein Zaun mit einem entsprechenden Tor an der Straße errichtet werden.

Im Bereich der Einmündung in die Alte Berliner Straße befindet sich in fußläufig gut erreichbarer Nähe eine Bushaltestelle mit stündlichen Halt der Linie 230 Wolfsburg Hbf – Braunschweig Rathaus.

4.5 Grünflächen

Die Festsetzungen zur Grünordnung sichern eine standorttypische Mindestbegrünung im Bereich der privaten und öffentlichen Bauflächen und der Verkehrsflächen.

Für das Plangebiet sind folgende grünordnerische Ziele abzuleiten:

- Festsetzung von privaten und öffentlichen Grünflächen unter Einbeziehung vorhandener Vegetationsstrukturen mit unterschiedlich dichten Gehölzbeständen (Boden, Wasser, Orts-/Landschaftsbild, Arten- und Lebensgemeinschaften, Kleinklima)
- Der notwendige Kinderspielplatz wird in der öffentlichen Grünfläche platziert. Damit kann die Nachfrage nach Kinderspielflächen sowohl des geplanten Wohngebietes als auch für benachbarte Gebiete gedeckt werden.
- Schutz des Grundwassers durch Reduzierung der Niederschlagsverluste für den Wasserhaushalt (Wasserrückhaltung und teilweise Regenwasserversickerung vor Ort sowie Ableitung des Regenwassers der öffentlichen Verkehrsflächen in die natürliche Vorflut), innerhalb der privaten Grünfläche wird ein Regenwasserrückhaltebecken festgesetzt.
- Durch die Anpflanzung von 8 Bäumen im Straßenraum wird dieser gegliedert und die Beeinträchtigung des Mikroklimas durch Versiegelung von Flächen gemindert. Die Bäume werden zu je zwei Standorten in Baumscheiben mit einer ausreichend großen wasser- und luftdurchlässigen Bodenoberfläche zusammengefasst.
- Durch eine Begrünung auf- oder entlang der erforderlichen Lärmschutzanlage gemäß Artenliste der Gehölze für grünordnerische Festsetzungen soll die Ein- und Durchgrünung des Baugebietes entlang der K 33 erreicht, die Beeinträchtigung des Mikroklimas durch Versiegelung von Flächen gemindert und eine Unterstützung der Leitfunktion der Lindenallee als Wanderkorridor für die Fledermäuse zwischen der Ortschaft Flechtorf und dem Flechtorfer Holz (FFH-

Gebiet) ermöglicht werden. Zudem führt die Bepflanzung zur teilweisen Wiederherstellung der Bodenfunktionen.

Die geplante Nutzung findet auf bereits intensiv genutzten Flächen am Dorfrand statt. Eine Vorbelastung von Natur und Landschaft ist somit vorhanden. In dem angrenzenden Bereich des Bauvorhabens befinden sich keine ökologisch bedeutsamen Flächen sowie wertvolle geschützte Biotope.

Durch seine Lage ist der Ortsteil Flechtorf ein wichtiger Wohnstandort im Gebiet der Gemeinde Lehre. Dem wird von der Regionalplanung insofern Rechnung getragen, als dieser Bereich von anderen regionalplanerischen Vorgaben freigehalten wurde. Durch seine verkehrsgünstige Lage und die Zuordnung zur vorhandenen Baufläche stellt das Gebiet eine geordnete Siedlungsentwicklung im Siedlungsteil der Ortslage dar.

Um die zu erwartenden erheblichen Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes zu vermeiden oder zu verringern bzw. auszugleichen, werden gemäß den Zielen des Naturschutzgesetzes und dem Anforderungskatalog des Baugesetzbuches an die Planung (§§ 1, 1a) folgende städtebauliche und grünordnerische Maßnahmen ergriffen.

Städtebauliche Maßnahmen

- Die Festlegung von öffentlichen (Spielplatz) und privaten Grünflächen (Regenrückhaltebecken) an der südlichen Grenze des Geltungsbereiches führt zur Erhaltung wesentlicher Teile der Ruderalflächen mit ihrem alten Baumbestand. Die Weiterführung der Grünfläche als private Grünfläche mit bepflanztem Wall nach Nordosten trägt zur Verbesserung des Wanderungskorridors für Fledermäuse bei.

Mit der vorgesehenen Ausgestaltung der privaten Grünfläche am Regenrückhaltebecken ist davon auszugehen, dass ein für die Unterhaltung notwendiger Teilbereich, als Rasenfläche mit lockeren Baum- und Strauchpflanzungen unterhalten wird; die bestehenden Bäume werden erhalten, die restlichen Flächen werden sich als halbruderaler Gras- und Staudenflur entwickeln bzw. der natürlichen Sukzession überlassen. Mit dem Einsatz von Düngung und Pflanzenschutzmitteln ist nicht zu rechnen.

Bautechnische Maßnahmen

- Konfliktvermeidende Bauzeitenregelung: potenzielle Fortpflanzungsstätten von Bodenbrütern werden vor der Baufeldfreimachung auf Besatz geprüft. Die Baufeldräumung findet außerhalb der Brutzeit (in Offenlandbiotopen außerhalb des Zeitraums vom 15.03. bis 31.08) statt, um zu gewährleisten, dass sich in potenziellen Bruthabitaten in dieser Zeit keine von brütenden Altvögeln oder von Jungvögeln besetzten Nester befinden.

Vegetationsgebundene Maßnahmen

- Durch das vorgesehene Pflanzgebot soll die Ein- und Durchgrünung des Baugebietes entlang der K 33 erreicht und somit das Orts- und Landschaftsbild sowie das Siedlungsklima nachhaltig berücksichtigt werden.

Minimierungsmaßnahmen

Maßnahmen im öffentlichen Raum

Zur Erhöhung der durch versiegelte Flächen reduzierten Grundwasserneubildungsrate sind die Stellplatzflächen mit einer wasserdurchlässigen Befestigung zu versehen. Zudem führt eine derartige Befestigung zur teilweisen Wiederherstellung der Bodenfunktionen.

Durch den Einsatz von Natriumdampflampen oder LED- Lampen wird die Schädigung der Nachtfalterfauna durch Anflug der Tiere an öffentliche Beleuchtungsanlagen gemindert. Durch die Minderung des Lichteinflusses wird eine Einschränkung von Nahrungsgrundlagen bestimmter Fledermausarten über Anlockung von Insekten durch Beleuchtungsanlagen gemindert.

Die Begrünung des Straßenraumes ist zur gestalterischen Einbindung der angrenzenden Bebauung notwendig.

Durch die Anpflanzung von Bäumen im Straßenraum wird die Beeinträchtigung des Mikroklimas durch Versiegelung von Flächen gemindert.

Die Voraussetzung für das Gedeihen der angepflanzten Bäume ist eine ausreichend große wasser- und luftdurchlässige Bodenoberfläche.

Zur Gewährleistung einer schnellen gestalterischen Wirkung, zur Erfüllung ökologischer Funktionen und zur Stabilisierung des Naturhaushaltes sind bei Neupflanzungen Mindestqualitäten des verwendeten Pflanzenmaterials sicherzustellen.

Maßnahmen auf privaten Flächen

Der Schallschutzwall ist mit Bodenmaterial aufzuschütten, deren bodenartsspezifischen Vorsorgewerte dem Anhang 2 Nr. 4. der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung vom 12. Juli 1999 entsprechen. Durch die Begrünung des Walls soll einerseits die Beeinträchtigung des Mikroklimas durch Versiegelung von Flächen gemindert, andererseits eine Unterstützung der Leitfunktion der Lindenallee als Wanderkorridor für die Fledermäuse zwischen der Ortschaft Flechtorf und dem Flechtorfer Holz (FFH-Gebiet) ermöglicht werden. Zudem führt eine derartige Bepflanzung zur teilweisen Wiederherstellung der Bodenfunktionen.

Mit der sachgerechten Begrünung des Erdwalls mit Sträuchern des Anhangs III ist der durch die Aufschüttung hervorgerufene Eingriff ausgeglichen.

4.7 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Der Planbereich befindet sich unmittelbar nördlich der bebauten Ortslage von Flechtorf. Im Umfang von 2,0 ha werden allgemeine Wohngebiete festgesetzt.

Innerhalb des Plangebiets vorkommende Biotope:

Biotop- typennr.	Biotoptyp- kürzel	Biotoptyp	Flä- chen- größe in ha	Wert- stufe	gesetzli- cher Schutz BNatSchG
10.4.2	UHM/HBE (BMS)	Halbruderale Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte mit Einzelbäumen und Weißdorn-/Schlehengebüschen	0,343	III	
11.1.2	AL	Basenarmer Lehmacker	2,146	I	

Der für die Wohnbebauung vorgesehene Bereich des Plangebietes wird als Acker genutzt. Der festgestellte Biotoptyp (Acker) ist von geringem ökologischem Wert.

Durch langjährige intensive Nutzung und Düngung der Ackerflächen fehlen gefährdete Pflanzenarten und die Pflanzenartenzahl entspricht nicht den biotopspezifischen Erwartungswerten. Bezogen auf den biotopspezifischen Erwartungswert sind Vorkommen regional oder lokal gefährdeter oder zurückgehender Arten nicht zu erwarten.

Im Rahmen der Bestandsaufnahme wurden keine artenreichen Ackerrandstreifen mit Wildkrautfluren festgestellt. Im Umfeld des Bauvorhabens sind keine Schutzgebiete gemäß § 26 BNatSchG ausgewiesen und es befindet sich ein besonders geschütztes Biotop (SEZ) gem. § 30 BNatSchG.

Während der Bestandsaufnahme im September 2012 konnte der Nachweis des Vorkommens der gefährdeten Kornblume im Plangebiet nicht erbracht werden.

Im Landschaftsrahmenplan Helmstedt sind für das Plangebiet hinsichtlich der Bedeutung dieses Bereiches für Arten- und Lebensgemeinschaften keine Aussagen getroffen.

Angaben zu den für die Fauna wertvollen Bereichen, den für die Gastvögel avifaunistisch und die Brutvögel wertvollen Bereichen werden für die Fläche des geplanten Bauvorhabens nicht verzeichnet.

Die Ackerflächen im Geltungsbereich weisen aufgrund der Vorbelastungen in Folge intensiver landwirtschaftlicher Nutzung hinsichtlich des Biotop- und Artenbestands geringe Habitatqualitäten auf.

Bedingt durch die standörtlichen Gegebenheiten insbesondere im südlichen Bereich des Plangebietes wurden die artenschutzrechtlichen Belange durch eine Brutvogelkartierung untersucht. Das Untersuchungsgebiet ist nach Brinkmann von mittlerer Bedeutung für den Naturschutz (Wertstufe 3) und da im Plangebiet keine Brutvögel der landes- bzw. bundesweiten Arten der Roten Liste vorkommen, besitzt das Plangebiet selbst nur eine erhöhte Grundbedeutung für den Naturschutz (Wertstufe 4). Eine erhebliche Beeinträchtigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten der innerhalb und außerhalb des Plangebietes vorkommenden streng bzw. besonders geschützten Arten sowie der geschützten europäischen Vogelarten ist nicht zu erwarten. Aus der durchgeführten speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung treten Verbotstatbestände nach § 44 (1) Nr. 1, 2 und 3 BNatSchG nicht ein.

Faunistisch wertvolle Bereiche sind in unmittelbarer Nachbarschaft zum B-Plangebiet nicht zu verzeichnen.

Für die Bewertung des Plangebietes für den Naturschutz werden Vögel mit Brutzeitbeobachtung nicht berücksichtigt. Da Brutvögel der landes- bzw. bundesweiten Arten der Roten Liste vorkommen, ist die Umgebung des Plangebietes nach Brinkmann von mittlerer Bedeutung für den Naturschutz (Wertstufe 3).

Besondere Planungsrelevanz für Brutvögel ist der großflächige Ackergürtel nördlich von Flechtorf. In ca. 30 m Entfernung des Geltungsbereiches kommt die landesweit gefährdete Feldlerche als Brutvogel vor.

Eingriffsregelung

Die erheblich im Geltungsbereich beeinträchtigten Schutzgüter werden mit folgenden Wertstufen bewertet:

Schutzgut	Wertstufe	Bewertung
Vorkommen gefährd. Tierarten	2	
Keine Vorkommen gefährd. Pflanzenarten	3	Biototyp von geringer Bedeutung
Boden	2	Biototyp von allgemeiner Bedeutung
Wasser	2	Gebiet von allgemeiner Bedeutung
Klima/Luft	2	Gebiet von geringer Bedeutung
Landschaftsbild	2	Bereich von allgemeiner Bedeutung
		Bereich von allgemeiner Bedeutung
		Bereich mit Klimaausgleichsfunktion
		Landschaftsbildeinheit mit mittlerer Bedeutung

Ausgleichsmaßnahmen

Gemäß BauGB § 1a Absatz 3 i.V.m. § 18 BNatSchG sind unvermeidbare erhebliche Beeinträchtigungen auszugleichen. Falls über die Ausgleichsmaßnahmen nur ein Teilausgleich der Eingriffsfolgen durch das Bauvorhaben möglich ist, sind bei Vorrang des Bauvorhabens gegenüber Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes zusätzlich Ersatzmaßnahmen für die verbleibenden erheblichen Beeinträchtigungen notwendig. Nicht direkt vor Ort ausgleichbare Beeinträchtigungen zulässiger Eingriffe sind an anderer Stelle des vom Eingriff betroffenen Raumes in ähnlicher Art und Weise durch so genannte Ersatzmaßnahmen wiederherzustellen. Sind erhebliche Beeinträchtigungen nicht ausgleichbar, sind Ersatzmaßnahmen vorzunehmen.

Aufgrund des Eingriffs durch die geplante Bebauung entstehen folgende, nicht vermeidbare, erhebliche Beeinträchtigungen:

Auszugleichen sind:

- der Verlust durch Versiegelung von Flächen mit Biotopen von besonderer Bedeutung für den Naturschutz führt zur Verringerung der Bedeutung von Flächen (284 m²) von der Wertstufe III auf I,
- der Verlust durch Inanspruchnahme im Allgemeinen Wohngebiet von Flächen mit Biotopen von besonderer Bedeutung für den Naturschutz führt zur Verringerung der Bedeutung von Flächen (938 m²) von Wertstufe III auf I;
- die Umwandlung einer Ruderalfläche in öffentliche Grünflächen mit Anlage eines Spielplatzes und eines Regenwasserrückhaltebeckens bei Erhaltung eines großen Teils des alten Baumbestandes (Einstufung der Gesamtfläche als Biototyp PZR: sonstige Grünanlage mit altem Baumbestand) führt zur Verringerung der Bedeutung von Flächen (2.096 m²) von der Wertstufe III auf II.

Insgesamt ist ein Kompensationsbedarf für das Schutzgut „Arten- und Lebensgemeinschaften“ von 4.540 m² erforderlich.

Das unter Berücksichtigung der eingriffsmindernden Wirkung der grünordnerischen Maßnahmen im Baugebiet verbleibende Ausgleichsdefizit wird nach planungsrechtlicher Abwägung durch Kompensationsmaßnahmen auf externen Flächen ausgeglichen (siehe auch Umweltbericht). Die Ausgleichsflächen und die darauf festgesetzten Maßnahmen werden den Eingriffsverursachern zugeordnet.

Beeinträchtigung des Schutzgutes „Boden“

Aufgrund des geplanten Eingriffs entstehen für das Schutzgut „Boden“ nicht vermeidbare, erhebliche Beeinträchtigungen. Durch das Vorhaben wird die Bedeutung eines Gebietes mit einem Boden von allgemeiner Bedeutung um eine Wertstufe verringert (von Wertstufe 2 auf Wertstufe 3). Zur Kompensation dieses Eingriffs sind Ersatzmaßnahmen erforderlich.

- Versiegelung von Boden von allgemeiner Bedeutung für den Naturschutz Vollversiegelung durch befestigte Straßenverkehrsflächen und Pkw-Stellplätze: 2.878 m²
bei einem Verhältnis zwischen versiegelter Fläche und Kompensationsfläche von 1:1 für Böden ohne besondere Werte ergibt sich ein Kompensationsbedarf von 2.878 m²
- Gebäudeflächen und versiegelte Oberflächenbeläge im Allgemeinen Wohngebiet, maximale bebaubare Grundfläche 19.082 m² mit GRZ 0,4 und 50 % Überschreitung 11.449 m²
- bei der Bodenversiegelung unabhängig von ihrer Art beträgt das Verhältnis zwischen versiegelter Fläche und Kompensationsfläche 1:0,5. Beim Verhältnis 1: 0,5 ergibt sich ein Kompensationsbedarf von 5.724 m²

Der voraussichtliche Kompensationsbedarf für das Schutzgut „Boden“ beträgt insgesamt **8.602 m²**.

Beeinträchtigung des Schutzgutes „Wasser“

Oberflächengewässer

Auszugleichen sind die mit der Versiegelung von 1,43 ha Oberfläche in Zusammenhang stehenden nachteiligen Auswirkungen auf den örtlichen Wasserhaushalt durch die Veränderung der hydrologischen Verhältnisse im unmittelbaren Niederungsbereich (schnelle Ableitung des Regenwassers sowie eine Erhöhung der Gefahr von Hochwasserspitzen in den Vorfluter - Entwässerungsgraben). Die Kompensationsmaßnahme erfolgt durch die Anlage eines Rückhaltebeckens, die eine Verringerung der Stoffeinträge, eine Verbesserung des Retentions- und Selbstreinigungsvermögens, sowie die Flächenversickerung innerhalb des Baugebietes bewirken. Die restlichen erheblichen Beeinträchtigungen können schließlich über die Kompensationsmaßnahmen für das Schutzgut „Boden“ ausgeglichen werden.

Beeinträchtigung des Schutzgutes „Klima, Luft“

Auszugleichen sind eine bedingt durch den hohen Versiegelungsanteil (50 %) hervorgerufene nachteilige Veränderung der kleinklimatischen Verhältnisse (Verringerung kaltlufterzeugender Flächen) sowie der Verlust an Flächen mit Klimaausgleichsfunktion.

Die erheblichen Beeinträchtigungen können über die Kompensationsmaßnahmen für das Schutzgut „Boden“ ausgeglichen werden.

Beeinträchtigung des Schutzgutes „Landschaftsbild“

Aufgrund des geplanten Eingriffs entstehen für das Schutzgut „Landschaftsbild“ nicht vermeidbare, erhebliche Beeinträchtigungen. Durch die Wohnbebauung ohne landschaftliche Einbindung findet im Nordbereich eine Überformung der Hanglage statt, die landschafts-

bildwirksamen Vegetationselemente entlang der Alten Berliner Straße verlieren ihre Wirksamkeit. Die Bedeutung eines Gebietes mit einem Landschaftsbild von allgemeiner Bedeutung wird um eine Wertstufe verringert (von Wertstufe 2 auf 3). Zur Kompensation der Beeinträchtigung durch die Querriegelwirkung von ca. 11 Einzelhäusern sind Ersatzmaßnahmen erforderlich, deren Umfang wie folgt ermittelt wird:
Voraussichtliche Wirklänge (Länge sichtbare Bebauung) x Höhe Hang x Verlust von einer Wertstufe
290 m x 4 x 1 = 1.160 m²

Der daraus resultierende Kompensationsbedarf beträgt **1.160 m²**.

Maßnahmen zur Kompensation verbleibender erheblicher Beeinträchtigungen

Gemäß BauGB § 1a Absatz 2 i.V.m. BNatSchG § 19 Absatz 2 sind unvermeidbare erhebliche Beeinträchtigungen auszugleichen, d.h. es dürfen nach Beendigung des Eingriffs keine erheblichen Beeinträchtigungen der Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts zurückbleiben.

Bei Vorrang des Bauvorhabens gegenüber Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes sind die beeinträchtigten Funktionen und Werte im vom Eingriff betroffenen Raum in möglichst ähnlicher Art und Weise wiederherzustellen, indem die größtmögliche Annäherung an den voraussichtlichen Funktions- und Wertverlust in einem angemessenen Zeitraum anzustreben ist.

Falls über die Ausgleichsmaßnahmen nur ein Teilausgleich der Eingriffsfolgen durch das Bauvorhaben möglich ist, sind bei Vorrang des Bauvorhabens gegenüber Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes zusätzlich Ersatzmaßnahmen für die verbleibenden erheblichen Beeinträchtigungen notwendig. Nicht direkt vor Ort ausgleichbare Beeinträchtigungen zulässiger Eingriffe sind an anderer Stelle des vom Eingriff betroffenen Raumes in ähnlicher Art und Weise durch so genannte Ersatzmaßnahmen wiederherzustellen.

Sind erhebliche Beeinträchtigungen nicht ausgleichbar (z. B. bei „Arten und Biotopen“ ist eine Wiederherstellung bzw. Neuschaffung der betroffenen Biotoptypen der Wertstufen V, IV und III in gleicher Ausprägung und Größe mittelfristig – bis zu 25 Jahren - nicht möglich), sind Ersatzmaßnahmen vorzunehmen.

Im Bereich der Schutzgüter „Arten- und Lebensgemeinschaften“, „Boden“, „Wasser“ und „Landschaftsbild“ werden aufgrund der planerisch vorbereiteten Maßnahmen erhebliche Beeinträchtigungen ermöglicht.

Der gesamte Kompensationsbedarf beträgt 14.302 m².

Der Eingriff auf diese Schutzgüter wird außerhalb des Plangebietes kompensiert.

Als externe Kompensationsmaßnahmen steht eine landwirtschaftliche Fläche in der Gemarkung Lehre, Flur 3, Flurstück 228/11 mit 9.265 m² zur Verfügung.



Die Kompensationsfläche befindet sich ca. 350 m südwestlich des Ortsausgangs Lehre entfernt, grenzt nördlich am Fließgewässer des Teichgrabens und liegt in direkter südlicher Nachbarschaft zu den wertvollen Bereichen der Schunteraue.

Das für die Ersatzmaßnahme vorgesehene Flurstück ist im Eigentum des Vorhabenträgers und im Liegenschaftskataster als Ackerland klassifiziert. Die Fläche befindet sich im Landschaftsschutzgebiet HE 20 „Schuntertal“ und im Landschaftsrahmenplan wird sie als Bereich, der die Voraussetzung zur Ausweisung als Naturschutzgebiet - NSG 18 „Schunterniederung im Bereich Flechtorf und Lehre“ – aufweist, in dem folgende Maßnahmen vorgeschlagen werden:

- Umwandlung von Acker in auengerechte Nutzung, z. B. Grünland,
- Schaffung eines ungenutzten Gewässerrandstreifens,
- Aufbau eines standortgerechten bachbegleitenden Auenwaldes.

Im Landschaftsplan der Gemeinde Lehre werden für diese Fläche folgende Ziele vorgeschlagen:

Maßnahmenkonzept für den gemeindlichen Aufgabenbereich

- Kommunalen Biotopverbund
- Bereich zur Neuentwicklung von Biotopen in bisher intensiv genutzten oder beeinträchtigten Bereichen

Räumlich konkrete Maßnahmevorschläge zu Vorhaben und Nutzungen im Regelungsbereich anderer Behörden und öffentlichen Stellen

- Vorhandene Ackerflächen mit Priorität der Umwandlung in Grünland

Im regionalen Raumordnungsprogramm für den Großraum Braunschweig liegt die Ersatzfläche innerhalb von Vorranggebieten für Natur und Landschaft sowie für Erholung.

In der Biotoptypenkartierung des Landkreises Helmstedt (2006) wird die Fläche als GAM/UHMw (Grünland-Einsaat - Mahd / Halbruderaler Gras- und Staudenflur mittlerer Stand-orte - Beweidung) kartiert und mit der Wertstufe II (von allgemeiner bis geringer Bedeutung) eingestuft. Nach Überprüfung im Gelände wurde eine Grünland-Einsaat festgestellt [GA - Wertstufe (II) I], die im konkreten Fall nach der Einstufung der Biotoptypen in Niedersachsen (Olaf von Drachenfels, NLWKN 2012) eine Ausprägung von geringer Bedeutung für den Naturschutz zeigt (Wertstufe I). Die Kompensationsfläche soll wie folgt entwickelt werden:

- im südlichen Teil auf einer Größe von ca. 6.900 m² eine Ruderalflur (UHM) oder alternativ artenarmes extensives Grünland (GE), beim letzteren wird eine einmalige Mahd zwischen Juli und Oktober mit Abfuhr des Mähgutes; Mahd von einer zur anderen Seite durchgeführt. Alternativ kurzzeitige intensive oder extensive Beweidung. Keine Standortentwässerung, keine Düngung, kein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Bei Aufkommen von Gehölzen einmalige Mahd zwischen Oktober und Februar mit Abtransport des Mähgutes,
- entlang der südlichen Grenze der Kompensationsfläche wird eine 10 m breite Strauch-Baum-Hecke aus standortheimischen Gehölzen gepflanzt. Die Hecke ist zu unterhalten und in mind. 10-jährigem Abstand abschnittsweise auf den Stock zu setzen.
- entlang des Teichgrabens ein ca. 500 m² großes stehendes Gewässer mit Anschluss am Fließgewässer (SEZ), im Bereich des Überschwemmungsgebiets (vorläufig gesichertes ÜSG)
- im nördlichen Bereich auf einer Fläche von ca. 1.865 m² ein Schilflanddröhrich (SERS),
- entlang des Teichgrabens Anpflanzung von Weiden bzw. von Erlen und Eschen (HB).

Für die Maßnahme wurde ein Wasserrechtsantrag gestellt.

Die Fläche eignet sich besonders als Kompensation für den Eingriff im Rahmen des B-Planes „Vor dem Wienhope“. Sie befindet sich in einem Bereich, der für den Naturschutz von besonderer Bedeutung ist und erfährt mit der Entwicklung einer Ruderalflur [UHM mit Wertstufe III] über die Extensivierung hinaus eine zusätzliche Aufwertung durch die Schaffung eines naturnahen Gewässers und Entwicklung eines Schilflanddröhrichs [SEZ/-VERS mit Wertstufe V] im umliegenden periodisch überschwemmten Bereich sowie die Pflanzung einzelner Weidengehölze entlang des Teichgrabens ein großes naturschutzfachliches Aufwertungspotential.

Die Ersatzmaßnahme wird vor Beendigung des Eingriffs fertiggestellt und auf der Fläche werden wesentlich höhere Werte der Naturnähe als die

des Ausgangsbiotops erreicht. Der vom Eingriff betroffene Biotop (UHM) kann auf der Kompensationsfläche zeitnah wiederhergestellt. Es wird von einer kurz- bis mittelfristigen Regenerationsfähigkeit (5-10 Jahre) der festgesetzten Kompensationsmaßnahmen ausgegangen, wobei für die Entwicklung eines Schilflandröhrichts aus Erfahrung mit kürzeren Zeiträumen (< 5 Jahre) im Auenbereich zu rechnen ist.

Bei Biotoptypen ist mindestens die jeweilige Naturnähestufe wiederherzustellen bzw. der Wertstufenverlust kompensationspflichtig. Mit dem B-Plan „Vor dem Wienhope“ verringert sich infolge des Eingriffs die Naturnähe des Biotops um eine Wertstufe auf einer Fläche von 3.956 m².

Da auf Teilbereiche der Kompensationsfläche (2.365 m²) die Naturnähe des Ausgangsbiotops sich um 3 bzw. 4 Wertstufen erhöht, wird der Wertverlust durch den Eingriff auf einer kleineren Fläche erreicht und der Kompensationsbedarf für das Schutzgut Arten- und Lebensgemeinschaft mit einer Fläche von 1.135 m² gilt als ausgeglichen.

Die Flächengröße des für die Kompensationsmaßnahme vorgesehenen Flurstücks beträgt 9.265 m². Die restlichen 8.130 m² werden für die Kompensation des Eingriffs auf die Schutzgüter „Boden“ und „Landschaftsbild“ (insgesamt 9.762 m²) verwendet. Das Kompensationsdefizit beträgt 1.632 m².

Den naturschutzrechtlichen Belangen wird in vollem Umfang insofern Rechnung getragen, als im nach baurechtlichen Gesichtspunkten abgegrenzten, für die externen Maßnahmen vorgesehenen relevanten Raum der zu erwartende Eingriff durch das Planungsvorhaben auf Natur und Landschaft als ausgeglichen betrachtet werden kann. Dafür spricht, trotz Defizits in der Flächenbilanz (1.632 qm = 11 %) im Rahmen der Eingriffsregelung nach § 1a Abs. 3 BauGB, die besondere Lage der Ersatzfläche in einem bisher intensiv genutzten Bereich entlang des Teichgrabens am Rand eines schützenswerten Areals der Schunterniederung sowie das hohe Aufwertungspotential der Fläche, dass in der Bilanzierung nicht vollständig erfasst werden konnte. Unter Berücksichtigung des Ausführungsaufwandes bei der Herstellung des Gewässers als auengerechter Teillebensraum (Renaturierungsmaßnahme) sowie bei vollständiger Integration aller im Umweltbericht dargestellten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen zum Bebauungsplan und ihrer nachfolgenden Realisierung insbesondere mit der:

- Erhaltung wesentlicher Teile der Ruderalflächen mit ihrem alten Baumbestand,
- Weiterführung der Grünfläche durch einen bepflanzten Wall als private Grünfläche zur Verbesserung des Wanderungskorridors für Fledermäuse,
- Bauzeitenregelung für die Baufeldräumung und
- Anpflanzung von Bäumen auf öffentlichen Verkehrsflächen

kann vom Ziel einer vollständigen Kompensation abgewichen, das Ausgleichsdefizit hingenommen und der hier ermöglichte Eingriff letztendlich als zulässig angesehen werden.

Nicht zuletzt wegen des Aufwertungspotentials der vorgeschlagenen Ersatzfläche, des Ausführungsaufwandes bei der Herstellung des Gewässers entlang des Teichgrabens als auengerechter Teillebensraum sowie der Berücksichtigung aller im Umweltbericht dargestellten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen zum Bebauungsplan und ihrer nachfolgenden Realisierung kann auf eine vollständige Kompensation verzichtet, ein Defizit in der Flächenbilanz hingenommen und der hier ermöglichte Eingriff letztendlich als zulässig angesehen werden.

4.8 Weitere technische Infrastruktur

Die Müllentsorgung erfolgt über den Landkreis Helmstedt. Für Hinterliegergrundstücke, die von den Fahrzeugen der Müllabfuhr nicht direkt angefahren werden können, gilt, dass die betroffenen Anlieger ihre Müllbehälter, den Grob- und Sperrmüll sowie Wertstoffe dort bereitstellen müssen, wo die Müllfahrzeuge gefahrlos anfahren können.

Für die technische Ver- und Entsorgung des Gebietes ist die Einbindung in die in der Ortslage vorhandenen Verbundnetze für Wasser, elektrische Energie, Telekommunikation usw. vorgesehen. Die Verlegung der Netzanlagen und Leitungen wird im Zuge der Straßenplanung koordiniert.

Die Oberflächenentwässerung erfolgt grundsätzlich über Einleiten in die Kanalisation. Auf Antrag kann die Einleitung durch Versickerung oder Rückhaltung auf dem Grundstück reduziert werden. Entsprechend der hydraulischen Verhältnisse ist davon auszugehen, dass eine Regenwasserrückhaltemaßnahme zu realisieren ist. Hierfür ist innerhalb der privaten Grünfläche südlich des Baugebietes Vorsorge getroffen. Dort ist ein technisch auszuführendes Regenwasserrückhaltebecken zulässig.

Das Plangebiet ist über die bestehenden Leitungsnetze ausreichend an das übergeordnete Ver- und Entsorgungssystem angeschlossen.

4.9 Festsetzungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes

Im Rahmen eines Schallgutachtens wurden die auf das Plangebiet einwirkenden Straßenverkehrslärmimmissionen von der K 33, K 37, L 295 (ehem. B 248) und A 39 ermittelt und beurteilt. Den schalltechnischen Berechnungen wurden der aktualisierte Bebauungsentwurf bzw. die geplanten Festsetzungen des Bebauungsplans zu Grunde gelegt. Im Hinblick auf die Einwirkung von Verkehrslärmimmissionen wurden im Falle einer festgestellten Überschreitung der maßgebenden Orientierungswerte nach Beiblatt 1 zur DIN 18005 Lärminderungsmaßnahmen diskutiert und die ggf. zusätzlich erforderlichen passiven Lärmschutzmaßnahmen für die Prognosesituation dargestellt. Als Grundlage für die Festsetzung passiver Lärmschutzmaßnahmen wurden die Lärmpegelbereiche gem. DIN 4109 grafisch aufgetragen. Die bauleitplanerisch relevanten Aussagen sind in den Bebauungsplan eingearbeitet worden und werden hier zusammengefasst oder in Auszügen wiedergegeben.

Darüber hinaus wurden die Gewerbelärmimmissionen vom etwa 250 m nordöstlich des Baugebiets liegenden Gewerbegebiet „Rückwinkel und Rückanger“ für den „abstrakten Planfall“ ermittelt und bewertet.

Die westlich des Plangebiets gewerblich genutzten Gebäude (Maschinenhandel und zugehöriger Kantine mit geplanter Außenbewirtschaftung) liegen innerhalb eines eingeschränkten Mischgebiets. Durch die in den Nebenbestimmungen zum Bauantrag (Fricke) festgelegten Einschränkungen hinsichtlich der Nutzungszeiten und der maximal zulässigen Geräuschemissionen kann ohne expliziten rechnerischen Nachweis ist davon ausgegangen werden, dass durch den Betrieb des Maschinenhandels sowie der Kantine mit Außenbewirtschaftung der Immissionsrichtwert für Allgemeine Wohngebiete WA am westlichen Rand des Plangebiets eingehalten wird. Aus diesem Grunde ist in dieser Nachbarschaftssituation keine weitergehende Betrachtung erforderlich.

Verkehrslärm

Für die Kreisstraßen K 33 und K 37 wurde eine aktuelle Verkehrserhebung vom Landkreis Helmstedt aus dem Jahr 2010 zugrundegelegt. Die Verkehrsbelastung auf der L 295 wurde der aktuellen Verkehrsmengenkarte des Landes Niedersachsen (Stand: 2010) entnommen. Unter Beachtung der allgemeinen Verkehrsentwicklung wurde darüber hinaus ein Prognosefaktor $P_F = 1,15$ (d.h. eine Verkehrsmengensteigerung um 15 % von 2010 bis zum Prognosejahr 2025) zugrunde gelegt. Die Verkehrsmengenprognose (2025) für die A 39 von der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr enthält bereits den zu erwartenden Zusatzverkehr aus der geplanten Verlängerung der Autobahn bis Lüneburg.

Gewerbelärm

Bei den schalltechnischen Berechnungen wurden für die einzelnen Teilflächen die im Bebauungsplan „Gewerbegebiet „Rückwinkel & Rückanger“ festgesetzten flächenbezogenen Schalleistungspegel L_w zugrunde gelegt

Beurteilung der Straßenverkehrslärmimmissionen

Der Orientierungswert für Allgemeine Wohngebiete WA wird sowohl am Tage als auch in der Nachtzeit im westlichen Teil des Plangebiets eingehalten. Im Obergeschoss verläuft die für Allgemeine Wohngebiete maßgebende Grenz-Isophone tags in einer Entfernung von rd. 100 m und nachts in einer Entfernung von rd. 150 m zur Straßenachse der K 33. Demgegenüber wird dieser Anhaltswert im straßennahen äußerst östlichen Bereich des Baugebiets tags um bis zu 8 dB(A) und nachts um bis zu 9 dB(A) überschritten.

Geht man im Rahmen der Abwägung davon aus, dass eine Überschreitung des Orientierungswerts um bis zu 3 dB(A) als nicht „wesentlich“ einzustufen ist, so ist festzustellen, dass der dann für Allgemeine Wohngebiete zu beachtende Bezugspegel von 58 dB(A) am Tage auf den niedrig gelegenen schutzbedürftigen Freiflächen (Terrassen, Freisitze im Garten

usw.) der geplanten Wohngrundstücke in einer Entfernung von 34 - 39 m zur Straßenachse der Kreisstraße eingehalten wird.

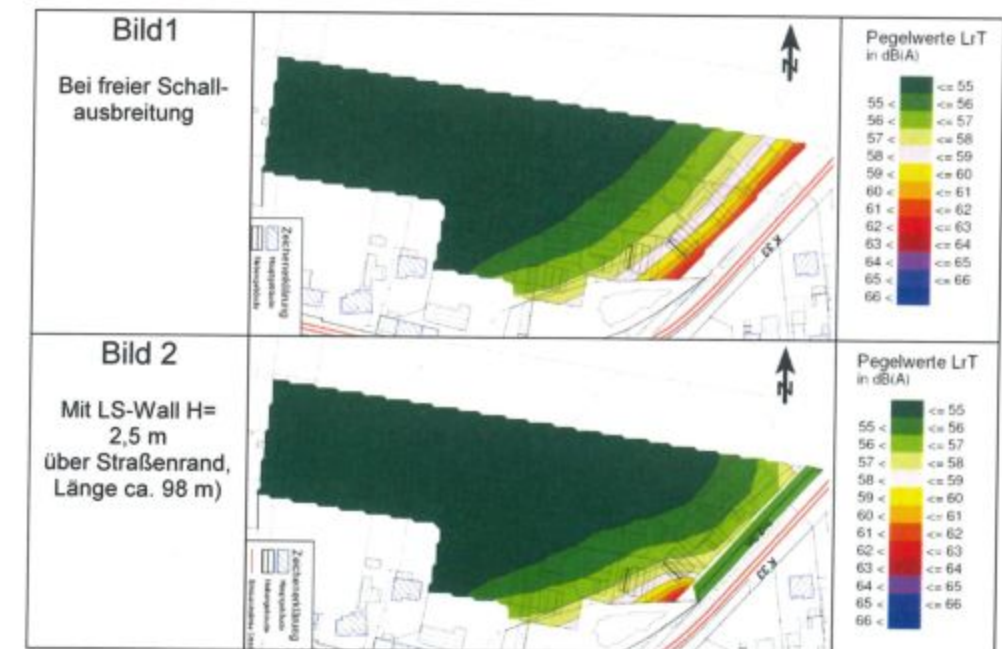
Auf den straßennächsten schutzbedürftigen Freiflächen der geplanten Wohngrundstücke wird der Orientierungswert für Allgemeine Wohngebiete am Tage um 3 - 6 dB(A) und demnach um mehr als 3 dB(A) überschritten. (Siehe Bild 1)

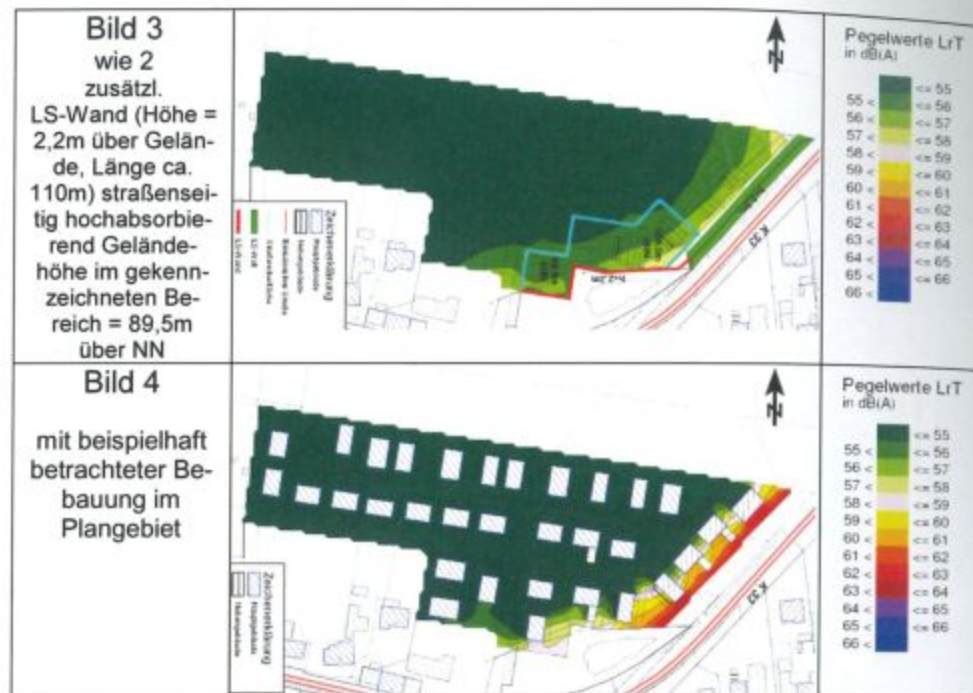
Aufgrund der festgestellten Überschreitung des Orientierungswerts für Allgemeine Wohngebiete wird nachfolgend die pegelmindernde Wirkung durch aktive Lärmschutzmaßnahmen nordwestlich der K 33/ K 37 bzw. entlang der südlichen Plangebietsgrenze diskutiert.

Nach den Ergebnissen der schalltechnischen Berechnungen ist eine Kombination aus einem Lärmschutzwand ($h_W=2,5$ m über Straßenrand, $L = 98$ m) nordwestlich der K 33 (siehe Bild 2) in Verbindung mit einer Lärmschutzwand ($h_{UK}=89,5$ m über NN, $h_W=2,2$ m über Gelände, $L \gg 110$ m) entlang der südlichen Grenze der geplanten Wohngrundstücke denkbar. Auch mit einer derartigen Wall-Wand-Kombination wird der Orientierungswert für Allgemeine Wohngebiete auf den schutzbedürftigen Freiflächen der straßennächsten Wohngrundstücke eingehalten bzw. um weniger als 2 dB(A) überschritten (siehe Bild 3).

Eine optimale Abschirmwirkung durch die betrachtete 2,2 m hohe Lärmschutzwand entlang der südlichen Grenze der Wohngrundstücke kann nur erreicht werden, wenn für die im Bild 3 gekennzeichneten Wohngrundstücke eine annähernd konstante Geländehöhe von 89,5 m über NN (entsprechend der Höhe HUK der Lärmschutzwand) realisiert wird.

Zur Vermeidung möglicher Schallreflexionen sind die vorgeschlagenen Lärmschutzwände straßenseitig hochabsorbierend (vgl. hierzu ZTVLsw 06xi) herzustellen.





Mit den empfohlenen 2,2 -2,5 m hohen Lärmschutzanlagen sind für große Immissionshöhen im Obergeschoss keine nennenswerten Pegelminde- rungen gegenüber der „freien Schallausbreitung“ zu erreichen, so dass für die geplanten überbaubaren Flächen bis zu einer Entfernung von 150 m zur K 33 passive Lärmschutzmaßnahmen vorzusehen sind.

Erst mit einer mindestens 5m hohen und rd. 205m langen Lärmschutz- wand nordwestlich der Kreisstraße könnte der WA-Orientierungswert auf den straßennahen überbaubaren Flächen des geplanten Wohngebiets in allen Geschossebenen eingehalten werden, so dass auf die Festsetzung passiver Lärmschutzmaßnahmen verzichtet werden könnte.

Die Kombination von aktiven Lärmschutzanlagen wie gemäß Bild 3 darge- stellt wird den Festsetzungen des Bebauungsplanes zugrundegelegt.
Festsetzung passiver Lärmschutzmaßnahmen

Im Hinblick auf die im östlichen und mittleren Bereich des Plangebiets festgestellten Orientierungswertüberschreitungen, werden nachfolgend der Vollständigkeit halber die Anforderungen an den passiven (baulichen) Lärmschutz angegeben, wie sie sich aus den Regelungen der DIN 4109 ergeben.

Als Grundlage für mögliche Festsetzungen im Rahmen des Bebauungs- planes wird deshalb nachfolgend auf die DIN 4109 abgestellt.

Die DIN 4109 berücksichtigt pauschale Annahmen über anzustrebende Innenpegel und das Absorptionsverhalten des betroffenen, schutzwürdi- gen Raumes. Die Norm legt in Abhängigkeit von der „Raumart“ (Nut- zungsart, Schutzwürdigkeit) bestimmte Schalldämmmaße für das Gesamt- Außenbauteil in Abhängigkeit von einem „Lärmpegelbereich“ (LPB) fest. In Abhängigkeit vom Fensterflächenanteil und Korrekturwerten, die den Flächenanteil der Außenbauteile im Verhältnis zur Grundfläche des betref-

fenen Raumes berücksichtigen, wird das Schalldämmmaß für Fenster und Außenwände differenziert.

Im Hinblick auf Verkehrsgläusche ergibt sich der sog. „maßgebliche Außenlärmpegel“ gemäß DIN 4109 aus dem berechneten Mittelungspegel zzgl. 3 dB(A).

Grundsätzlich ist eine pauschalierende Regelung bezüglich der erforderli- chen, passiven Schallschutzmaßnahmen möglich; hierzu wird neben der Angabe des Lärmpegelbereiches allein die zwingende Notwendigkeit zur Realisierung des baulichen Schallschutzes (z.B. auf der Grundlage der DIN 4109) sowie der zugehörigen Lärmpegelbereiche festgesetzt.

Für Wohnräume und vergleichbar genutzte Aufenthaltsräume, die nicht zum Schlafen genutzt werden, kann die Raumbelüftung durch das zeit- weise Öffnen der Fenster sichergestellt werden. Es entspricht der üblichen Nutzergewohnheit, wenn in Zeiten eines erhöhten Ruhebedürfnisses (bei Gesprächen, beim Telefonieren, Fernsehen usw.) die Fenster geschlos- sen gehalten werden und die Raumlüftung als „Stoßlüftung“ außerhalb dieser Zeitintervalle vorgenommen wird.

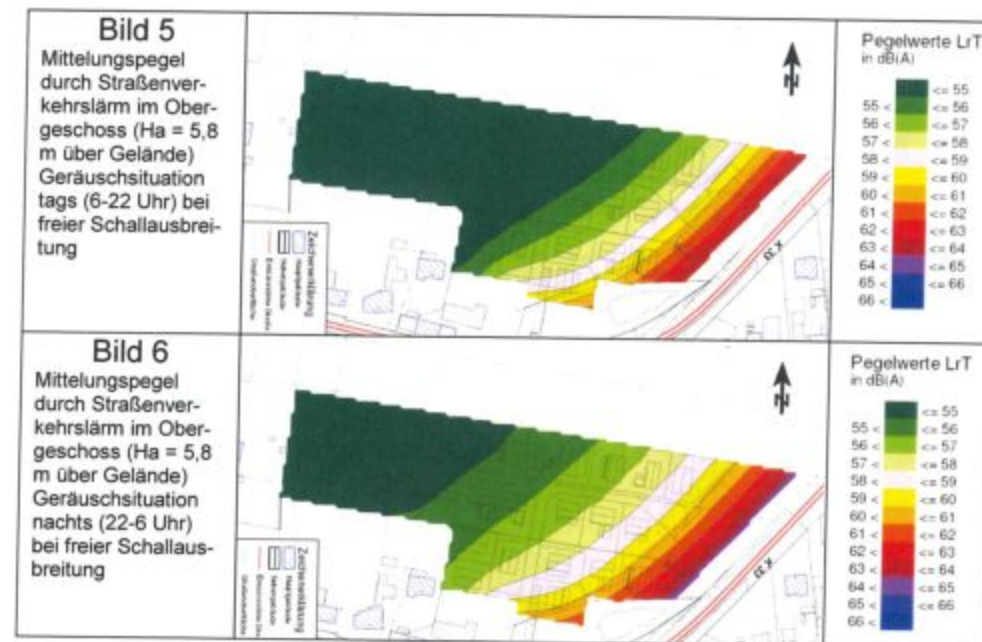
Bei Schlafräumen und Kinderzimmern muss die erforderliche Raumlüftung kontinuierlich möglich sein. Sowohl bei geschlossenen als auch gekippt geöffneten Fenstern sollte ein Rauminnenpegel von 30 dB(A) nicht über- schritten werden. „Übliche“ Fenster weisen – unabhängig von der Schall- schutzklasse - in gekippt geöffneter Stellung eine Dämmwirkung auf, die einem bewerteten Schalldämm-Maß $R'w = 15$ dB entspricht, so dass bei einer Außenlärmbelastung über 45 dB(A) nachts die Fenster aus Schall- schutzgründen zu schließen sind und die Raumbelüftung durch den Ein- bau schallgedämmter Lüftungsöffnungen (mit einem dem Schalldämm- Maß der Fenster entsprechenden Einfügungs-Dämpfungsmaß) oder durch andere Maßnahmen (z.B. Innenbelüftung) sicherzustellen ist (vgl. DIN 1946).

Soweit die Orientierungswerte nach Beiblatt 1 zur DIN 18005 überschrit- ten werden, diese Überschreitung jedoch nicht mehr als rd. 10 dB(A) be- trägt, können begleitende konstruktive Maßnahmen am Schallschutzfen- ster dazu geeignet sein, die zulässigen Rauminnenpegel auch bei gekippt geöffneten Fenstern einzuhalten.

Danach kann mit einem gekippt geöffneten Fenster eine Dämmwirkung erreicht werden, die einem bewerteten Schalldämmmaß von bis zu 23 dB entspricht wenn bestimmte konstruktive Merkmale im Bereich der Fenster- laibung erfüllt sind. Zusammenfassend kommt die Veröffentlichung denn auch zu dem Ergebnis, dass bei einer Außenlärmbelastung von mehr als 50 dB(A) die Einhaltung eines Innenpegels von 30 dB(A) durchaus bei gekippt geöffneten Fenstern möglich ist. Im vorliegenden Fall beträgt die Außenlärmbelastung in der Nachtzeit im Bereich der vorgesehenen stra- ãennächsten überbaubaren Flächen 52 - 54 dB(A), so dass im Falle einer Südost-Orientierung der Schlafräume der Einbau der angesprochenen besonderen Schallschutzfenster nur bei den entfernter gelegenen Wohn- gebäuden (ab der 2. Baureihe) infrage kommt.

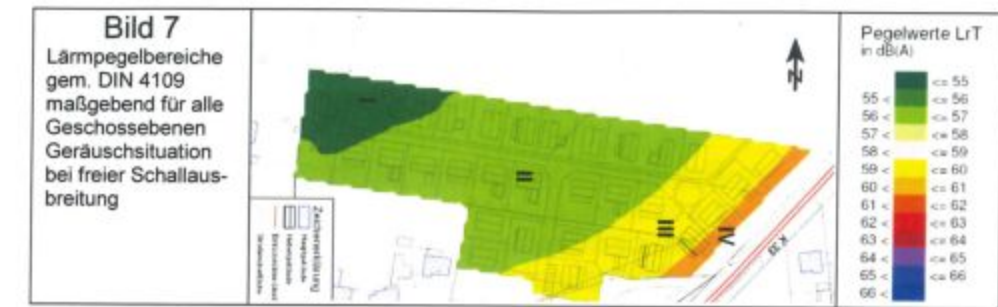
Aus den vorliegenden Rechenergebnissen können die Rahmenbedingungen abgeleitet werden, die das Maß der erforderlichen, baulichen Schallschutzmaßnahmen bestimmen.

Da der jeweils maßgebende Orientierungswert überschritten wird, werden passive Lärmschutzmaßnahmen im Bebauungsplan festgesetzt. Die Festsetzung von Lärmpegelbereichen erfolgt unabhängig von den Höhen der Gebäude und bedeutet für das obere Geschoss freie Schallausbreitung. Die aktiven Schallschutzmaßnahmen dienen der Einhaltung des Orientierungswertes auf den schutzbedürftigen Freiflächen. Mit den Lärmschutzanlagen sind für Immissionshöhen des Obergeschosses keine nennenswerten Pegelminderungen gegenüber der „freien Schallausbreitung“ zu erwarten.



Wie aus Bild 6 hervorgeht, ergeben sich auf den geplanten überbaubaren Flächen bis zu einer Entfernung von 150 m zur Straßenachse der K 33 Überschreitungen des Orientierungswertes für Allgemeine Wohngebiete. Die angesprochenen überbaubaren Flächen befinden sich größtenteils in den Lärmpegelbereichen II und III. Im 1. und 2. Obergeschoss sind Fenster schutzbedürftiger Räume, wie Schlaf- und Kinderzimmer in diesem Bereich nur mit schallgedämmten Lüftungseinrichtungen gem. VDI 2719 zulässig. (vgl. hierzu Bild 7).

Im äußerst östlichen Bereich des Baugebiets ist für die obere Geschossebene bereits der Lärmpegelbereich IV zu beachten. Unter Beachtung der Pegelminderung durch die vorgeschlagenen 2,2 – 2,5m hohen Lärmschutzanlagen ergibt sich im Erdgeschossbereich der straßennächsten überbaubaren Flächen höchstens der Lärmpegelbereich III.



Bei Wohngebäuden, die sich in den Lärmpegelbereichen II - III befinden, sind selbst bei einem angenommenen Fensterflächenanteil von 50 % - Schallschutzfenster der Schallschutzklasse 2 (SSK 2) ausreichend. Diese pauschale Betrachtung gilt für alle Häuser in Massivbauweise. Dachflächen müssen in diesem Fall mindestens ein bewertetes Schalldämm-Maß $R'W = 40$ dB aufweisen. Für Häuser in Leichtbauweise lässt sich keine pauschale Aussage treffen, da hier gegebenenfalls das Schalldämmmaß der Außenwände unter dem erforderlichen resultierenden Gesamt-Schalldämm-Maß liegt.

Bei Hausfronten von Wohngebäuden, die sich im Lärmpegelbereich IV befinden, ist davon auszugehen, dass die erforderliche Schallschutzklasse der Fenster durch eine übliche Wärmeschutzverglasung nicht erreicht wird, so dass mit zusätzlichen Kosten für passive Lärmschutzmaßnahmen zu rechnen ist.

Aufgrund der Energieeinsparverordnung ist davon auszugehen, dass zum heutigen Zeitpunkt i.d.R. Fenster mit einem Schalldämmmaß $R'W = 30 - 34$ dB (dies entspricht der Schallschutzklasse 2) eingebaut werden, so dass in den Lärmpegelbereichen II und III - trotz einer evtl. vorhandenen Überschreitung des Orientierungswertes für Allgemeine Wohngebiete um höchstens 7 dB(A) – der notwendige Schallschutz bereits bei üblicher baulicher Ausführung der Gebäude gewährleistet ist. Es kann jedoch nicht zwingend vorausgesetzt werden, dass ein der Wärmeschutzverordnung genügendes Fenster „automatisch“ die o.g. schalltechnische Anforderung erfüllt. Allerdings ist der Schluss zulässig, dass durch die schalltechnische Anforderung (SSK 2) keine wesentlichen zusätzlichen Kosten entstehen. Jedoch ist bei Schlafräumen und Kinderzimmern eine der folgenden Maßnahmen vorzusehen, wenn der Orientierungswert in der Nachtzeit überschritten wird:

Alternative 1 Einbau schallgedämmter Lüftungsöffnungen oder anderer Maßnahmen (z.B. Innenbelüftung); diese Maßnahmen kommen bei allen Wohngebäuden in Betracht,

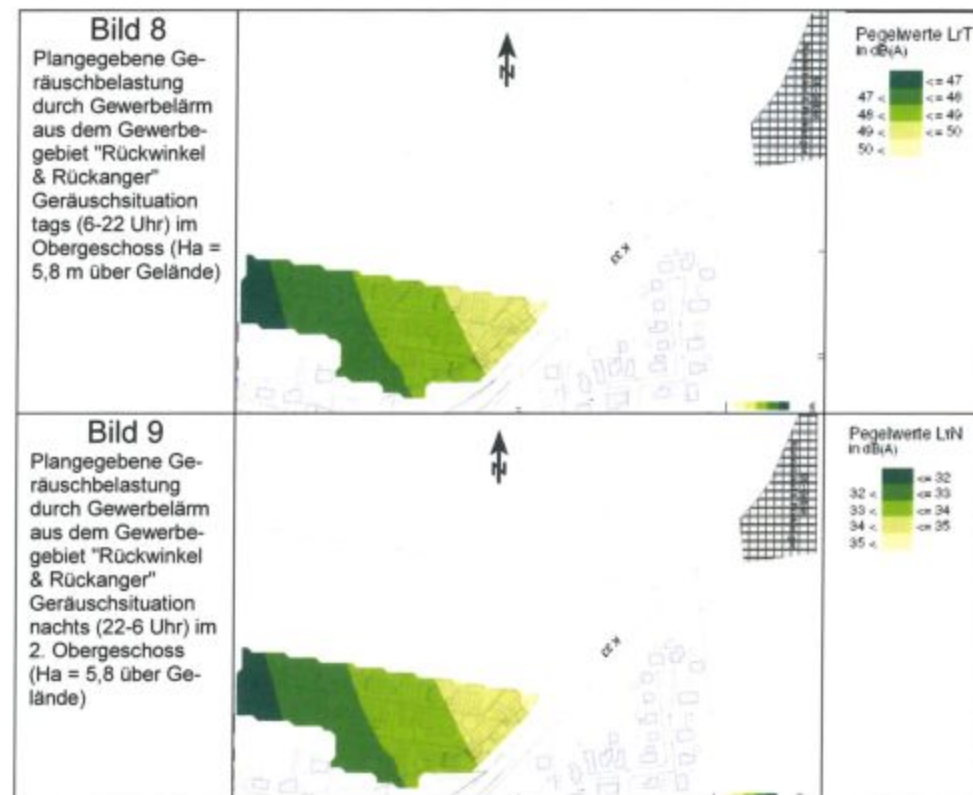
Alternative 2 Einbau von Schallschutzfenster mit besonderen konstruktiven Merkmalen, die im gekippt geöffneten Zustand eine Dämmwirkung erreichen, die einem $R'W = 20$ dB entspricht; diese Maßnahme kommt bei Wohngebäuden ab der 2. Baureihe in Betracht.

Aufgrund der Eigenabschirmung durch die künftigen Wohngebäude liegt die Straßenverkehrslärmbelastung in den straßenabgewandten Fassaden der künftigen Wohngebäude ab der 2. Baureihe nachts unter 45 dB(A), so

dass dort im Falle einer straßenabgewandten Anordnung der Fenster von Schlafräumen und Kinderzimmern auf die zuletzt angesprochenen Lärm-schutzmaßnahmen verzichtet werden kann.

Beurteilung der Gewerbelärmimmissionen

Nach den Ergebnissen der durchgeführten schalltechnischen Berechnungen liegt die plangegebene Geräuschbelastung des Baugebiets durch Gewerbelärmimmissionen aus dem Gewerbegebiet „Rückwinkel & Rückanger“ tags und nachts um mindestens 5 dB(A) unter dem Orientierungswert für Allgemeine Wohngebiete WA (vgl. hierzu Bild 8 und 9)



Die plangegebene Immissionsbelastung durch die nördlich der L 295 gelegenen Gewerbe- und Industriegebiete der Stadt Wolfsburg beträgt innerhalb des betrachteten Baugebiets „An der Schmiede“ höchstens 49 dB(A) am Tage und höchstens 34 dB(A) in der Nachtzeit (vgl. hierzu das schalltechnische Gutachten zum Gewerbegebiet „Rückwinkel & Rückanger“ Bonk-Maire-Hoppmann, 2002).

Damit liegt auch die Gesamtbelastung durch die plangebenden Gewerbelärmimmissionen aus allen umliegenden Gewerbe- und Industriegebieten tags und nachts unter dem Orientierungswert für Allgemeine Wohngebiete WA, so dass im Hinblick auf die Einwirkung von Gewerbelärmimmissionen keine Lärminderungsmaßnahmen erforderlich werden.

4.10 Sonstige Festsetzungen und Hinweise

4.10.1 Bereiche ohne Ein- und Ausfahrt

Zur Sicherung einer geordneten Verkehrsabwicklung werden von der Alten Berliner Straße/ K33 werden im Bereich der angrenzenden Allgemeinen Wohngebiete sowohl innerhalb als auch außerhalb der OD-Grenze Ein- und Ausfahrtverbote festgesetzt; die verkehrliche Anbindung zu den Gebieten ist über den Knoten Alte Berliner Straße/ Planstraße gesichert.

Um eine geordnete und planerisch festgesetzte Erschließung von Parkplätzen zu gewährleisten, werden im Bereich dieser Verkehrselemente zeichnerisch Ein- und Ausfahrtsverbote festgesetzt. Außerdem erfolgt aus ähnlichem Grund die Textliche Festsetzung eines Zu- und Abgangsverbotes

4.10.2 Denkmalpflege

Denkmale sind in der Nähe des Änderungsbereichs nicht bekannt. Konkrete Hinweise auf archäologische Bodenfunde liegen nicht vor. Es gibt allerdings Indizien für eine frühere Siedlungstätigkeit in diesem Bereich, wie z. B. die Eintragung einer vermuteten Wüstung in der "Karte des Landes Braunschweig im 18. Jahrhundert", die allgemeine Lagegunst für eine Besiedlung sowie die Funddichte in der übrigen Gemarkung Flechtorf. Sollten bei Erdarbeiten Funde auftreten, so sind diese der Bezirksarchäologie zu melden.

5 Gesamtabwägung

Mit den Planungen zum Bebauungsplan „Vor dem Wienhope“ sollen die bislang landwirtschaftlich genutzten gut erschlossenen Flächen nördlich der bebauten Ortslage und der K 33 als allgemeines Wohngebiet entwickelt werden. Damit reagiert die Planung auf den Baulandbedarf in der Ortschaft Flechtorf des Grundzentrums Lehre. Durch die Planung wird die Siedlungsentwicklung an dieser Stelle des Ortsteils Flechtorf nach Norden fortgeschrieben und die bebaute Ortslage arrondiert. Die Bebauung ist geeignet, eine nachhaltige Sicherung der vorhandenen privaten und öffentlichen Infrastruktur- und der Versorgungsangebote zu unterstützen. Das festgesetzte Maß an Versiegelung ermöglicht ein durchgrüntes Wohngebiet mit größeren Gartenflächen und eine siedlungstypische Wohnsituation bei geringer Versiegelung der Flächen.

Durch quellnahe aktive Schallschutzanlagen können Überschreitungen des schalltechnischen Orientierungswertes von Immissionen aus Verkehrslärm der K 33 weitgehend vermieden werden. Der Beeinträchtigung durch Schallimmissionen aus Verkehrslärm der K33 kann durch passive Maßnahmen begegnet werden.

Aufgrund der Überschreitung des Orientierungswertes für Allgemeine Wohngebiete werden die schutzbedürftigen überbaubaren Flächen bis zu einer Entfernung von 150 m zur Achse der K 33 passive (bauliche) Lärm-schutzmaßnahmen im Bebauungsplan festgesetzt.

Aus den genannten Gründen ist in der Gesamtabwägung die vorgesehene Planung mit einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung, den sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen vereinbar und gewährleistet eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung. Insbesondere sind die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse, die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung, die Eigentumsbildung, die sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung, die Fortentwicklung vorhandener Ortsteile sowie die Belange des Umweltschutzes im Rahmen der Planung miteinander gerecht abgewogen worden.

6 Zusammenstellung wesentlicher Daten

Absolute Werte		
Plangebiet insgesamt	2,49 ha	100,00 %
Nettobauland:		
Allgemeines Wohngebiet	1,99 ha	79,92 %
Verkehrsflächen:		
Straßenverkehrsflächen	0,28 ha	11,25 %
Straßenverkehrsflächen bes. Zweckbestimmung	0,02 ha	0,80 %
Grünflächen:		
Öffentliche Grünflächen, Spielplatz	0,07 ha	2,81 %
Private Grünflächen RRB	0,13 ha	5,22 %

7 Wesentliche Auswirkungen des Bebauungsplanes

Das Planverfahren wird durch einen Vorhabenträger veranlasst, der auch die Kosten für die aus dem Baugebiet begründeten Maßnahmen übernimmt. Der Gemeinde entstehen daher keine weiteren Kosten.

8 Bodenordnende und sonstige Maßnahmen, für die der Bebauungsplan die Rechtsgrundlage bilden soll

Bodenordnende Maßnahmen nach §§ 45 ff BauGB sind für den Bebauungsplan nicht erforderlich.

Der Planbereich steht im Eigentum eines Vorhabenträgers, der die Erschließungsanlagen herstellen und nach ihrer Realisierung der Gemeinde übergeben wird.

9 Außer Kraft tretende Bebauungspläne

Innerhalb des Geltungsbereichs der Bebauungsplanänderung treten keine Bebauungspläne außer Kraft.

10 Verfahrensvermerk

Der Entwurf dieser Begründung wurde ausgearbeitet von Meißner Architekten BDA, Lessingplatz 7, 38100 Braunschweig, den 04.09.2013

(Dipl. Ing. Hans-Joachim Meißner)

Die Begründung mit Umweltbericht hat mit den zugehörigen Beiplänen gemäß § 3 (2) BauGB vom 04. Juli bis 05. August 2013 öffentlich ausgelegen.

Die Begründung hat der Rat der Gemeinde Lehre in seiner Sitzung am ~~05.12.2013~~ beschlossen.

12. Dez. 2013

Lehre, den


Bürgermeister



B Umweltbericht

Vorbemerkungen

Im September 2012 und von Mitte März bis Anfang Juni 2013 wurden für den Bebauungsplan "Auf dem Wienhope" Flora- und Faunakartierungen vorgenommen.

Auf der Basis dieser Kartierungen und unter Berücksichtigung der Planungsbeiträge zu Art und Umfang der Umweltprüfung wird von dem Landschaftsarchitekt BDLA Dipl. Ing. Jean-Marie Schmerber der Umweltbericht mit integrierter artenschutzrechtlicher Prüfung zum Bebauungsplan "Auf dem Wienhope" erstellt.

Im Ergebnis kann festgestellt werden, dass nach Herstellung aller im Bebauungsplan festgesetzten Maßnahmen keine erheblichen Beeinträchtigungen der Schutzgüter verbleiben werden.

Die gewählte Vorgehensweise wird insofern als angemessen erachtet. Die Anforderungen an die Umweltprüfung gem. § 2 (4) BauGB und den Umweltbericht gem. § 2a nach Anlage 1 BauGB sind eingehalten.

Einleitung

Das Verfahren gem. § 4 (1) BauGB dient vor allem auch dazu, um von den Behörden und Trägern Anregungen im Hinblick auf den erforderlichen Umfang/ Detaillierungsgrad der Umweltprüfung zu erhalten.

ANLAGE ZUR BEGRÜNDUNG

UMWELTBERICHT

ZUM BEBAUUNGSPLAN „VOR DEM WIENHOPE“

erstellt im Auftrag der
GEMEINDE LEHRE

Bearbeitung: Dipl. Ing. Jean-Marie Schmerber – Landschaftsarchitekt BDLA
Holzmarkt 9
38 300 Wolfenbüttel
Telefon (05331) 94 64 24 E-Mail j-m.schmerber@t-online.de

Stand: SEPTEMBER 2013

INHALTSVERZEICHNIS

1	EINLEITUNG	1
1.1	Beurteilung gem. § 5 UVPG	1
2	PLANERISCHE VORGABEN	2
2.1	Lage und Abgrenzung des Plangebietes	2
2.2	Kurzdarstellung des Planinhalts	2
2.3	Naturraum	2
2.4	Landschaftsbeschreibung - Vorhandener Bestand und Nutzung	3
2.5	Geländemorphologie	3
2.6	Schutzstatus	3
2.6.1	Naturschutz	3
2.6.1.1	Schutzausweisungen	3
2.6.1.2	Benachbarte Schutzausweisungen	3
2.6.1.2.1	Beurteilung gemäß § 34 BNatSchG – Prognose	4
2.6.1.3	Weitere schutzwürdige Bereiche	5
2.6.1.4	Wasserschutz	5
2.6.2	Entwicklungsziele des Naturschutzes	5
2.6.2.1	Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)	5
2.6.2.2	Bundesimmissionsschutzgesetz	6
2.6.2.3	Regionales Raumordnungsprogramm 2008 für den Großraum Braunschweig	6
2.6.2.4	Forstlicher Rahmenplan des Großraumes Braunschweig	6
2.6.2.5	Landschaftsrahmenplan Helmstedt	6
2.6.3	Planungsvorgaben des Naturschutzes und der Landschaftspflege	6
2.6.3.1	Landschaftsrahmenplan Helmstedt	6
2.6.3.2	Landschaftsplan Gemeinde Lehre	7
2.6.4	Planungsvorgaben der Bauleitplanung	7
2.6.4.1	Flächennutzungsplan	7
3	LANDSCHAFTSDIAGNOSE - ERFASSUNG UND BEWERTUNG DER SCHUTZGÜTER	8
3.1	Angewandte Untersuchungsmethoden	8
3.2	Flächenbedarf	8
3.3	Erfassung und Beschreibung der Schutzgüter	8
3.3.1	Schutzgut „Mensch“	8
3.3.2	Schutzgut Arten und Lebensgemeinschaften	10
3.3.2.1	Heutige potenziell natürliche Vegetation (PNV)	11
3.3.2.2	Flora - vorkommende geschützte Arten	11
3.3.2.3	Flora - Biototypen	11
3.3.2.3.1	Innerhalb des Plangebietes vorkommende Biotope	11
3.3.2.3.2	An den Geltungsbereich des Bebauungsplanes angrenzende Biotope	12
3.3.2.4	Fauna	15
3.3.2.4.1	Innerhalb der Eingriffsfläche vorkommende Tierarten	15
3.3.2.4.2	An den Geltungsbereich des Bebauungsplanes angrenzend lebende Tierarten	16
3.3.3	Schutzgut „Boden“	18
3.3.3.1	Naturräumliche Gegebenheiten	18
3.3.4	Schutzgut „Wasser“	19
3.3.4.1	Schutzgut „Oberflächengewässer“	19
3.3.4.2	Schutzgut „Grundwasser“	19
3.3.5	Schutzgut „Klima/Luft“	20
3.3.6	Schutzgut „Landschaftsbild und Landschaftserleben“ (Erholung)	21
3.3.6.1	Orts- und Landschaftsbild	21
3.3.6.2	Erholung	21
3.3.7	Schutzgut Kulturgüter und sonstige Sachgüter	22

3.3.8	Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern	22
4	BESCHREIBUNG DER ZU ERWARTENDEN ERHEBLICHEN NACHTEILIGEN AUSWIRKUNGEN	24
4.1	Beschreibung der Wirkfaktoren	24
4.1.1	Baubedingte Wirkfaktoren	24
4.1.2	Anlagebedingte Wirkfaktoren	25
4.1.3	Betriebsbedingte Wirkfaktoren	25
5	BEWERTUNG DER ZU ERWARTENDEN NACHTEILIGEN AUSWIRKUNGEN DURCH DIE PLANUNGSMASSNAHMEN	26
5.1	Schutzgut „Mensch“	26
5.1.1	Verkehrslärm	26
5.1.2	Landwirtschaft	26
5.2	Schutzgut „Arten- und Lebensgemeinschaften“	26
5.2.1	Biototypen/Flora	26
5.2.2	Fauna	28
5.2.2.1	Artenschutzrechtliche Prüfung	28
5.2.2.2	Schäden an bestimmten Arten und natürlichen Lebensräumen	29
5.2.2.2.1	Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung – Zu berücksichtigendes Arten-spektrum der Brutvögel	30
5.2.2.2.2	Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung – Zu berücksichtigendes Arten-spektrum der Gastvögel	36
5.2.2.2.3	Fledermausarten	38
5.2.2.2.4	Bewertung der Beeinträchtigungen der Brutvögel und Nahrungsgäste im Rahmen der Eingriffsregelung	41
5.2.2.2.5	Bewertung der Beeinträchtigungen der Fledermausarten im Rahmen der Eingriffsregelung	41
5.3	Schutzgut „Boden“	43
5.4	Schutzgut „Wasser“	44
5.4.1	Grundwasser	44
5.4.2	Oberflächengewässer	45
5.5	Schutzgut „Klima und Luft“	46
5.6	Schutzgut „Landschaftsbild und Landschaftserleben“ (Erholung)	46
5.7	Schutzgut Kulturgüter und sonstige Sachgüter	47
5.8	Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern	47
6	BESCHREIBUNG DER UMWELTRELEVANTEN MASSNAHMEN	48
6.1	Zulässigkeit des Eingriffs	48
6.2	Grünordnerisches Ziel- und Maßnahmenkonzept	48
6.3	Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen	48
6.3.1	Vermeidungsmaßnahmen	49
6.3.2	Minimierungsmaßnahmen	49
6.3.2.1	Maßnahmen im öffentlichen Raum	49
6.3.2.2	Maßnahmen im privaten Raum	51
7	NATURSCHUTZFACHLICHE BEWERTUNG UND KOMPENSATIONS-ERMITTLUNG DER BEEINTRÄCHTIGUNGEN AUF DEN NATURHAUSHALT UND DAS LANDSCHAFTSBILD	52
7.1	Eingriffsregelung	52
7.1.1	Kompensationsmaßnahmen	52
7.1.2	Beeinträchtigung des Schutzgutes „Arten- und Lebensgemeinschaften“	52
7.1.3	Beeinträchtigung des Schutzgutes „Boden“	53
7.1.4	Beeinträchtigung des Schutzgutes „Wasser“	53
7.1.4.1	Oberflächengewässer	53

7.1.5	Beeinträchtigung des Schutzgutes „Klima, Luft“	54
7.1.6	Beeinträchtigung des Schutzgutes „Landschaftsbild“	54
7.1.7	Maßnahmen zur Kompensation verbleibender erheblicher Beeinträchtigungen	54
7.2	Alternativlösungen und Berücksichtigung der Umweltauswirkungen in der Abwägungsentscheidung	56
7.2.1	Darstellung der Standortalternativen und Begründung zur Auswahl	56
7.2.2	Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung	57
7.2.3	Entwicklung des Umweltzustandes ohne Umsetzung der Planung	57
7.2.4	Abwägungsentscheidung	57
8	ZUSÄTZLICHE ANGABEN IM UMWELTBERICHT	58
8.1	Methodik	58
8.2	Darstellung der Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben sowie der Kenntnislücken	58
8.3	Überwachungsmaßnahmen (Monitoring)	58
9	ALLGEMEINVERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG DES UMWELTBERICHTES	60
9.1	Beschreibung des Vorhabens	60
9.2	Beschreibung der Umwelt	60
9.3	Auswirkung auf die Umwelt	61
9.3.1	Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen	61
9.3.2	Maßnahmen zur Verminderung von Beeinträchtigungen	61
9.3.3	Maßnahmen zur Kompensation verbleibender erheblicher Beeinträchtigungen	61
9.3.4	Zusammenfassung	61
9.4	Alternativlösungen	62
Anhang I, II, III, III A, IV und V		

1 EINLEITUNG

Die Gemeinde Lehre beabsichtigt mit dem Bebauungsplanverfahren „Vor dem Wienhope“ die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Bebauung neuer Bauflächen im Nordosten der Ortslage Flechtorf zu schaffen.

Bei der Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Bauleitplänen hat die Gemeinde für die Belange des Umweltschutzes nach §§ 1 Abs. 6 Nr. 7, 2 und 2a Baugesetzbuch (BauGB) eine Umweltprüfung durchzuführen. Die im Rahmen der Umweltprüfung ermittelten, bewerteten und beschriebenen voraussichtlichen Umweltauswirkungen der Planung werden im Umweltbericht dargelegt.

1.1 Beurteilung gem. § 5 UVPG

Gemäß § 3c UVPG ist bei Beginn des Verfahrens, das der Entscheidung über die Zulässigkeit eines Vorhabens dient, festzustellen, ob für das Verfahren eine allgemeine Vorprüfung der Umweltverträglichkeit durchzuführen ist. Diese Vorprüfung wird dann erforderlich, wenn ein Bebauungsplan die Voraussetzungen der Nr. 18.7.2 und 18.8 (Städtebau-projekte mit einer zulässigen Grundfläche i. S. d. § 19(2) BauNVO zwischen 20.000 und 100.000 qm) der Anlage 1 zum UVPG erfüllt.

Der Bebauungsplan „Vor dem Wienhope“ der Gemeinde Lehre stellt folgende zulässige überbaubare Grundflächen zur Verfügung:

Baugebietsfläche Nettobauland	Grundflächenzahl (mit 50 % zulässiger Überschreitung)	Maximal bebaubare Grundfläche (gerundet)
19.087 qm	0,4 (0,6)	11.450 qm

Gemäß Anlage 1 Nr. 18.7.2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) erreicht das Vorhaben nicht die Prüfwerte für Größe und Leistungen zur Durchführung einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 3c UVPG.

2 PLANERISCHE VORGABEN

2.1 Lage und Abgrenzung des Plangebietes

Der geplante Standort der Bebauung gehört zum Ortsteil Flechtorf im Nordosten der Gemeinde Lehre und befindet sich nordöstlich der besiedelten Ortslage im Außenbereich.

Die Flurstücke 155/2, 156/1, 22/5, 22/4, 22/3 und 10/7 z. Z. aus Ackerflächen und einer heterogenen Gehölzfläche mit Großbäumen, Ruderalgebüsch und -Staudenflur bestehend schließen an

- Ackerflächen im Norden
- landwirtschaftliche Gebäude im Westen,
- die Alte Berliner Straße im Süden und Osten an.

2.2 Kurzdarstellung des Planinhalts

Die Planung trägt die Nachfrage nach Wohnbebauung und die Fortentwicklung der bestehenden Siedlungsstruktur an der nordöstlichen Ortslage mit der Inanspruchnahme einer gut erschlossenen Fläche an der Siedlungsachse

Das städtebauliche Konzept sieht vor die umliegenden architektonisch heterogenen Wohnbereiche durch eine Bebauung in offener Bauweise mit der Möglichkeit einer 2-geschossigen Bebauung zu ergänzen.

Die Erschließung des zukünftigen Baugebietes erfolgt durch die südlich gelegene Alte Berliner Straße, die nach Nordosten als Kreisstraße K 33 weitergeführt wird.

Eine 21.575 qm große landwirtschaftliche Fläche (Acker) sowie ca. 3.320 qm Ruderalflächen mit einem heterogenen Baumbestand werden überplant und ein Allgemeines Wohngebiet (WA) sowie private und öffentliche Grünflächen festgesetzt.

Auf die Umwelt sind dabei insbesondere durch die folgende Festsetzung Auswirkungen möglich:

- durch die geplante Nutzung (WA – allgemeines Wohngebiet) bei einer festgesetzten Grundflächenzahl (GRZ) von 0,4 mit einer Überschreitung von 50 % wird eine Fläche von ca. 11.450 qm als überbaubare Grundfläche beansprucht,
- durch befestigte Straßenverkehrsflächen wird eine Fläche von ca. 2.880 qm in Anspruch genommen,
- durch die Anlage eines Kinderspielplatzes und eines Regenwasserrückhaltebeckens werden Teile einer öffentlichen Grünfläche beansprucht,
- durch die Herstellung eines Lärmschutzwalls wird durch Aufschüttung eine ca. 830 qm große Fläche beansprucht.

Die geplante Bebauung und Bodenversiegelung können insbesondere auf die Schutzgüter Mensch, Pflanzen und Tiere, Boden, Wasser und Landschaftsbild erhebliche Auswirkungen hervorrufen.

2.3 Naturraum

Der Standort der geplanten Wohnbebauung ist der naturräumlichen Region „Börde“ mit der Haupteinheit „ostbraunschweigisches Hügelland“ und der Untereinheit „Fallersleber Hügelland“ zuzuordnen.

Der Naturraum der Gemeinde wird durch zwei Landschaftseinheiten gekennzeichnet:

- das Lehrer Lehmplatten- und Hügelland,

- die Schunterterniederung und Nebenbäche,

eine mit einer Vielzahl von Landnutzungen und guter Ausstattung mit gliedernden Elementen geprägte schwach hügelige Landschaft mit größeren Waldkomplexen und gegliederter Feldflur, durchzogen in Südwest-Nordost Richtung von der Schunterterniederung mit vielfältiger Auenstruktur.

2.4 Landschaftsbeschreibung - Vorhandener Bestand und Nutzung

An der östlichen Grenze, einer relativ ungestörten Lage im dörflichen Randbereich des Ortsteils Flechtorf liegend, ist die Landschaft wesentlich durch die deutlich wahrnehmbaren Terrassenhänge der Schunter, die im Süden weit sichtbar stehende Flechtorfer Mühle mit den davor gelagerten Einfamilienhausbebauungsgebieten und den alten Ortskern geprägt. Südöstlich davon liegen die landschaftlich gut strukturierten Grünländereien der Niederungs-bereiche. Nach Norden schließen landwirtschaftlich genutzte Flächen (überwiegend Ackerflächen aber auch teils extensiv genutzte Grünlandflächen) an, die teilweise durch größere Gehölzbestände (gegliederte Flur) gut strukturiert sind. Unmittelbar hinter der Bundesstraße B 234 grenzen die Laubwaldbestände des Flechtorfer Holzes an.

2.5 Geländemorphologie

Das Plangebiet liegt am Fuß der Schunterterrasse, die in diesem Bereich einen in nördlicher Richtung verlaufenden leichten Hang bildet. Vom tiefsten Punkt im Süden am Entwässerungsgraben steigt das Gelände allmählich von durchschnittlich 88,0 m auf 92,00 ü. NN mit einem Steigungsgrad von ca. 4-5 % in nördlicher und 2-3 % in westlicher Richtung an.

2.6 Schutzstatus

2.6.1 Naturschutz

2.6.1.1 Schutzausweisungen

Schutzausweisungen gemäß §§ 22-30 BNatSchG sowie bezüglich des Denkmalschutzes liegen im Geltungsbereich des B-Planes nicht vor.

2.6.1.2 Benachbarte Schutzausweisungen

In unmittelbarer Nähe des Standorts in einem naturräumlich funktionalen Zusammenhang befinden sich folgende größere geschützte Gebiete:

in 470 m Entfernung

südlich ein ausgewiesenes Landschaftsschutzgebiet „Schuntertal“ HE 20

in 800 m Entfernung

nördlich Gebietsvorschlag n° 101 zur abschließenden Umsetzung der FFH-Richtlinie der EU (92/93/EWG) - FFH-Gebiet DE 3629-301 „Eichen-Hainbuchenwälder zwischen Braunschweig und Wolfsburg“

sowie mit den gleichen Abgrenzungen

das gemeldete EU-Vogelschutzgebiet SPA 3630-401 „Laubwälder zwischen Braunschweig und Wolfsburg“ gemäß EU-Vogelschutz-richtlinie (79/409/EWG).

in 1,13 m Entfernung

südlich ein ausgewiesenes Landschaftsschutzgebiet „Beienroder Holz“ HE 1

in 1,2 km Entfernung

südlich Gebietsvorschlag n° 102 zur abschließenden Umsetzung der FFH-RL der EU (92/93/EWG) - FFH-Gebiet DE 3630-302 „Beienroder Holz“

sowie mit den gleichen Abgrenzungen

das gemeldete EU-Vogelschutzgebiet SPA 3630-401 „Laubwälder zwischen Braunschweig und Wolfsburg“ gemäß EU-Vogelschutzrichtlinie (79/409/EWG).

2.6.1.2.1 Beurteilung gemäß § 34 BNatSchG – Prognose

Gemäß § 34 BNatSchG ist bei Beginn des Verfahrens, das der Entscheidung über die Zulässigkeit eines Vorhabens dient, festzustellen, ob für das Verfahren eine allgemeine Vorprüfung der Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen eines Gebietes von gemeinschaftlicher Bedeutung oder eines Europäischen Vogelschutzgebietes durchzuführen ist.

Nach Art. 6 Abs. 3 Satz 1 FFH-RL sind Pläne oder Projekte einer Prüfung zu unterziehen, wenn sie FFH-Gebiete einzeln oder im Zusammenwirken mit anderen Plänen oder Projekten erheblich beeinträchtigen können.

Es handelt sich dabei um die im räumlichen Zusammenhang stehenden folgenden Gebiete:

- FFH-Gebiet DE 3630-302 – „Beienroder Holz“, bestehend überwiegend aus feuchten Eichen-Hainbuchen-Wäldern sowie diversen Mischwäldern aus Buche, Eiche, Edel-Haibholz sowie standortfremden Nadelbäumen auf wechselfeuchten, tonigen Standorten. Prioritäre Lebensraumtypen gem. Anhang I der FFH-Richtlinie kommen nicht vor. Lebensraumtypen von gemeinschaftlicher Bedeutung sind Pfeifengraswiesen (LRT 6410), Hainsimsen-Buchenwald (LRT 9110) und feuchter Eichen-Hainbuchenwald (9160). Das Gebiet wurde vorrangig gewählt, da sich in alten Munitionsbunkern Quartiere verschiedener Fledermäuse und insbesondere der innerhalb Niedersachsens seltenen Mopsfledermaus (*Barbastella barbastellus*) befinden. Weitere Arten des Anhangs II der FFH-Richtlinie sind der Kammmolch (*Triturus cristatus*) und der Eremit (*Osmoderma eremita*).
- FFH-Gebiet DE 3629-301 – „Eichen-Hainbuchenwälder zwischen Braunschweig und Wolfsburg“, ein vielfältig strukturiertes naturnahes Waldgebiet bestehend aus Eichen-Hainbuchenwäldern mit hohem Altholzanteil auf frischen bis feuchten, mäßig basen-reichen Standorten, durchzogen von mäandrierenden, im Sommer vielfach trocken fallenden Bächen. Übergänge zu Buchen-Mischwald, stellenweise Flattergras-Buchenwald, kleinflächig sumpfiger Erlen-Eschenwald sowie gut ausgebildeter Erlen-Bruchwald, kleinflächig artenreiche Pfeifengraswiesen, mesophiles Grünland, Waldsimsen- und Schlankseggenried. Das Gebiet wurde aufgrund seiner repräsentativen Eichen-Hainbuchen- und Buchen-Mischwälder sowie Vorkommen von feuchten Waldwiesen und landesweit seltenen Pfeifengras-Wiesen gewählt. Prioritäre Lebensraumtypen gem. Anhang I der FFH-Richtlinie kommen nicht vor. Lebensraumtypen von gemeinschaftlicher Bedeutung sind Pfeifengraswiesen (LRT 6410), Feuchte Hochstaudenfluren der planaren und montanen bis alpinen Stufe (LRT 6430), Magere Flachland-Mähwiesen (LRT 6510), Waldmeister-Buchenwald (LRT 9130), Eichen-Hainbuchenwald (9160), Auenwälder mit *Alnus glutinosa* und *Fraxinus excelsior* (LRT 91E0). Art des Anhangs II der FFH-Richtlinie ist der Kammmolch (*Triturus cristatus*).
- Das EU-Vogelschutzgebiet, SPA 3630-401 – „Laubwälder zwischen Braunschweig und Wolfsburg“, bei dem die FFH - Gebietsvorschläge 101 und 102 einen Anteil von 60 % am Gesamtanteil besitzen. Dieses Gebiet als Verbund unterschiedlich großer, naturnaher Waldgebiete, überwiegend geprägt von Laubholzarten mit hohem Anteil

an Alt-holzbeständen, wurde wegen seiner bedeutenden Vorkommen von Greifvogel- und Spechtarten insbesondere wegen der herausragenden Siedlungsdichte und Bestandsgröße des Mittelspechtes (ca. 440 Brutpaare) gewählt. Wertbestimmende Vogelbestände zur Auswahl dieses Gebietes nach Art. 4 der EU-Vogelschutzrichtlinie sind Rotmilan (*Milvus milvus*), Grauspecht (*Picus canus*), Schwarzspecht (*Drycopus martius*), Mittelspecht (*Dendrocopos medius*). Darüber hinaus wurden die für die Gebietsauswahl nicht ausschlaggebenden Arten des Anhangs I Wespenbussard (*Pernis apivorus*), Eisvogel (*Alcedo atthis*), Neuntöter (*Lanius collurio*) sowie die Zugvögel gem. Art. 4 Abs. 2 EU-Vogelschutzrichtlinie: Baumfalke (*Falco subbuteo*), Wendehals (*Jynx torquilla*), Nachtigall (*Luscinia megarhynchos*), Pirol (*Oriolus oriolus*) im Gebiet regelmäßig nachgewiesen.

Im Rahmen der Planaufstellung wurde am Anfang des Verfahrens in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Helmstedt eingeschätzt, dass die Prüfbedürftigkeit (Prüfpflichtigkeit) des Bauvorhabens nicht gegeben ist, da

- das Vorhaben außerhalb der beiden FFH-Gebiete liegt, damit findet keine direkte Inanspruchnahme eines nach Anhang I FFH-Richtlinie geschützten Lebensraumtyps statt,
- vorhabensbedingte Beeinträchtigungen (bau- und innerörtliche verkehrsbedingte Immissionen) zwar in den Bereich dieser Lebensraumtypen (LRT) hineinwirken können aber in Bezug auf die Erhaltungsziele der LRT als unbedeutend eingestuft werden,
- das Bauvorhaben keine Teile des Korridors zwischen den beiden Teilgebieten des Vogelschutzgebietes in Anspruch nehmen, sodass funktionelle Beziehungen durch Zerschneidung nicht beeinträchtigt werden.

2.6.1.3 Weitere schutzwürdige Bereiche

Im unmittelbaren Umfeld des Plangebietes sind schutzwürdige Bereiche nicht vorhanden. Erst 0,8 km nördlich gehört das Flechtorfer Holz und 2,7 km zu einem für die Fauna (Säuger und Käfer) und 0,8 km bzw. 1,2 km für die Brutvögel (Vogelschutzgebiet) wertvollen Bereich.

2.6.1.4 Wasserschutz

Das Plangebiet liegt außerhalb des vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebietes der Schunter (gültig seit 17.03.2010), dessen Grenze 450 m südlich des Plangebietes verläuft.¹

Das nächst gelegene Wasserschutzgebiet III Groß Brunsrode zur Wassergewinnung liegt in ca. 1,6 km Entfernung westlich des Plangebietes.

2.6.2 Entwicklungsziele des Naturschutzes**2.6.2.1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)**

Im § 1 BNatSchG werden die allgemeinen Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege genannt.

Danach sind Natur und Landschaft so zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln und ggf. wiederherzustellen, dass die biologische Vielfalt, die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, die Regenerationsfähigkeit und nachhaltige Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind.

¹ www.umweltkarten-niedersachsen.de/GlobalNetFX_Umweltkarten/

In der Bauleitplanung werden im Zusammenhang mit der Eingriffsregelung nach § 1a Abs. 3 BauGB diese Ziele u.a. durch die Anwendung der § 14 (Eingriffe in Natur und Landschaft), § 15 (Verursacherpflichten, Unzulässigkeit von Eingriffen) und § 18 (Verhältnis zum Baurecht) berücksichtigt.

2.6.2.2 Bundesimmissionsschutzgesetz

Nach § 50 Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen auf ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienende Gebiete sowie auf sonstige schutzbedürftige Gebiete so weit wie möglich vermieden werden.

2.6.2.3 Regionales Raumordnungsprogramm 2008 für den Großraum Braunschweig

Das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) trifft für das Plangebiet folgende zeichnerische Festlegungen:

- Vorhandener Siedlungsbereich oder bauleitplanerisch gesicherter Bereich

Wenn der Planbereich weder in Vorranggebieten und Vorbehaltsgebieten für Rohstoffgewinnung liegt, befinden sich jedoch Teile des Geltungsbereiches über Lagerstätte 1. Ordnung, von besonderer volkswirtschaftlicher Bedeutung, Rohstoff: Ölschiefer.²

Auf Grund der Darstellung des RROP kann der Bebauungsplan aus diesen Festlegungen entwickelt werden.

2.6.2.4 Forstlicher Rahmenplan des Großraumes Braunschweig

Für das Plangebiet und die unmittelbar angrenzenden Flächen sind im forstlichen Rahmenplan keine Aussagen getroffen worden.³

2.6.2.5 Landschaftsrahmenplan Helmstedt

Der Landschaftsrahmenplan des Landkreises Helmstedt⁴ nennt Gebiete, die in mittelbarer Nähe (470 m bzw. 1,2 km) die Voraussetzung zur Ausweisung als NSG aufweisen:

- das ausgewiesene Landschaftsschutzgebiet HE 20 „Schuntertal“ östlich Flechtorf erfüllt die Voraussetzung zum Naturschutzgebiet - Schunterniederung im Bereich Flechtorf und Lehre (NSG 18).
- das ausgewiesene Landschaftsschutzgebiet HE 1 „Beienroder Holz“ südlich Flechtorf erfüllt die Voraussetzung zum Naturschutzgebiet - Schunterniederung im Bereich Flechtorf und Lehre (NSG 29).

2.6.3 Planungsvorgaben des Naturschutzes und der Landschaftspflege

2.6.3.1 Landschaftsrahmenplan Helmstedt

In dem von der Naturschutzbehörde aufgestellten Landschaftsrahmenplan werden gem. § 10 BNatSchG gutachterlich der gegenwärtige Zustand von Natur und Landschaft sowie die konkretisierten Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege dargestellt.

Nach dem LRP des Landkreises Helmstedt⁵ wird für den Siedlungsbereich nördlich Flechtorf empfohlen besondere Maßnahmen zum Erhalt der Lebensräume und Struktu-

² NIBIS-Kartenserver, Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie.

³ Niedersächsische Landesforsten, Dez. 2002: Forstlicher Rahmenplan Großraum Braunschweig, Planungs- und Maßnahmenkarte, Blatt 3, Braunschweig.

⁴ U. Cassel, G. Quentin, (1995-2004): Landschaftsrahmenplan Landkreis Helmstedt

⁵ U. Cassel, G. Quentin, (1995-2004): Landschaftsrahmenplan Landkreis Helmstedt, Karte 8.2 Einzelziele und Maßnahmen.

ren im Bauleitplan festzusetzen. Im Maßnahmen- und Entwicklungsplan werden keine Anforderungen gestellt.

2.6.3.2 Landschaftsplan Gemeinde Lehre

Der Landschaftsplan soll die überörtlichen Zielsetzungen des LRP konkretisieren und Konflikte zwischen der vorbereitenden Bauleitplanung und der Landschaftsplanung benennen und bewerten. Er stellt als eigenständige gemeindliche Planung die örtlichen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege dar.

Die Gemeinde Lehre hat 2006 einen Landschaftsplan aufgestellt.

In der Karte 6 „Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen“ werden folgende Anforderungen an die Nutzungen gestellt:

- im gemeindlichen Aufgabenbereich des kommunalen Biotopverbundes sollen entlang der K 33 Flächen zur Neuentwicklung von Biotopen in bisher intensiv genutzten oder beeinträchtigten Bereichen bereit gestellt und
- begleitend zur K 33 weitere Maßnahmen zur Unterstützung der Ziele des Naturschutzes mit dem Schwerpunktbereich für Artenhilfsmaßnahmen (Fledermäuse) verwirklicht werden.

2.6.4 Planungsvorgaben der Bauleitplanung

2.6.4.1 Flächennutzungsplan

Im wirksamen Flächennutzungsplan sind für den vorliegenden Geltungsbereich eine Wohnbaufläche sowie südlich anschließend eine öffentliche Grünfläche ohne Zweckbestimmung dargestellt.

In der städtebaulichen Entwicklungsplanung der Gemeinde Lehre ist der nördliche Bereich des vorliegenden Plangebiets als Fläche für künftige Wohnentwicklung enthalten.

3 LANDSCHAFTSDIAGNOSE - ERFASSUNG UND BEWERTUNG DER SCHUTZGÜTER

Der Bebauungsplan überplant eine Fläche von insgesamt rd. 2.490 ha als Allgemeines Wohngebiet einschließlich Erschließung sowie deren Begrünung. Die Anlage einer Wohnbebauung erfüllt den Tatbestand eines Eingriffes und wird im Rahmen des Umweltberichtes und der angeschlossenen Eingriffsregelung im Folgenden beschrieben.

3.1 Angewandte Untersuchungsmethoden

Die Ermittlung und Beurteilung der Auswirkungen der Planung auf Natur und Landschaft erfolgte unter Verwendung des „Breuer – Modells“⁶.

Jedes Schutzgut (mit der Ausnahme: Mensch, Arten- und Lebensgemeinschaften, Kultur- und Sachgüter, Wechselwirkungen) wird nach drei möglichen Wertstufen beurteilt. Hierbei wird nach besonderer (Wertstufe 1), allgemeiner (Wertstufe 2) geringer (Wertstufe 3) Bedeutung für den Naturschutz unterschieden.

Es werden zusätzlich die besonderen Werte der Schutzgüter als "eigenständige Bewertung" berücksichtigt.

Im Rahmen der notwendigen Anpassung an die aktuellen Anforderungen wurde darüber hinaus die aktualisierte Fassung mit Stand 2012 des Kartierschlüssels der Biotoptypen⁷ mit 5 Wertstufen verwendet: Wertstufe V: von besonderer Bedeutung (gute Ausprägungen naturnaher und halbnatürlicher Biotoptypen), Wertstufe IV: von besonderer bis allgemeiner Bedeutung, Wertstufe III: von allgemeiner Bedeutung, Wertstufe II: von allgemeiner bis geringer Bedeutung, Wertstufe I: von geringer Bedeutung (v. a. intensiv genutzte, artenarme Biotoptypen). Für die Eingriffsregelung werden die aktuellen Kompensationsgrundsätze für Biotoptypen angewandt.⁸

3.2 Flächenbedarf

Der Bebauungsplan setzt bei einer angestrebten Zahl von 31 Einfamilienhausgrundstücken die Ausweisung von 2.878 qm Straßenverkehrsflächen und Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, 11.450 qm maximales versiegelbares Bauland sowie 2 096 qm öffentlicher Grünfläche und 832 qm Fläche für Aufschüttung fest.

3.3 Erfassung und Beschreibung der Schutzgüter

3.3.1 Schutzgut „Mensch“

Das verkehrsgünstig gelegene Bauvorhaben schließt östlich an ein ländlich geprägtes Dorfgebiet mit noch zum großen Teil landwirtschaftlich genutzten Gebäuden an. Östlich und südöstlich der Alten Berliner Straße schließen Einfamilienhausgebiete an. Südlich liegt der alte dörfliche Siedlungsbereich mit z. T. noch landwirtschaftlich genutzten sowie Gebäuden des Einzelhandels. Die Schunterniederung mit ihrem Abbaugewässer sowie das Flechtorfer Holz und Beienroder Holz stellen wichtige Erholungsgebiete für die Ortschaft Lehre dar. Diese erholungsrelevanten Landschaftsstrukturen sind südlich mit 0,8 km (Sch-

⁶ Niedersächsisches Landesamt für Ökologie: Naturschutzfachliche Hinweise zur Anwendung der Eingriffsregelung in der Bauleitplanung, Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen, 1/94; NLWKN, Beiträge zur Eingriffsregelung V Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen, 1/2006).

⁷ Olaf von Drachenfels: Einstufungen der Biotoptypen in Niedersachsen; Regenerationsfähigkeit, Wertstufen, Grundwasserabhängigkeit, Nährstoffempfindlichkeit, Gefährdung, Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen, Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz, 32. Jg. Nr. 1 1 – 60 Hannover 2012

⁸ Leitlinie Naturschutz und Landschaftspflege in Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz; Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen; 22, Nr. 2 (2/2002) - Niedersächsischer Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten - 2002

unterniederung) und 1,5 km (Beienroder Holz) sowie nördlich mit 1,1 km (Flechtorfer Holz) Entfernung zu erreichen.

Vorbelastung / Empfindlichkeit

An das geplante Baugebiet schließen sich nördlich landwirtschaftlichen Flächen ohne Tierhaltung an. Zur Beurteilung potentieller Immissionsbeeinträchtigungen wird eingeschätzt, dass erhebliche Geruchsbelastungen durch benachbarte landwirtschaftliche Flächen ausgeschlossen werden können.

Verkehrslärm

Bei städtebaulichen Aufgabenstellungen wie der Aufstellung eines Bebauungsplans ist die DIN 18005 Teil 1 „Schallschutz im Städtebau“ von Juli 2002 in Verbindung mit dem Beiblatt 1 zu DIN 18005 „Schallschutz im Städtebau“ Teil 1 'Schalltechnische Orientierungswerte für die städtebauliche Planung' von Mai 1987 die maßgebliche Beurteilungsgrundlage. Für die Gebietsart Allgemeines Wohngebiet (WA) ist der Orientierungswert in dB(A) tags (6.00-22.00) 55 dB(A), nachts (22.00-6.00 - lauteste Nachtstunde) 45 dB(A) festgelegt.

Nach der Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV) sind für WA-Gebiete Immissionsgrenzwerte von 59 / 49 dB(A) einzuhalten.

Der Planbereich ist durch die südlich verlaufende Alte Berliner Straße vorbelastet. Die zukünftige Bebauung liegt im Durchschnitt 25 m von der Straße entfernt. Es ist davon auszugehen, dass die Randbebauung einer Schallbelastung ausgesetzt wird, die im Wesentlichen von dem Verkehr auf der K 33 von der Einmündung der K 37 bis zum Gewerbegebiet „Rückwinkel/Rückanger“ mit einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 70 km/h abhängt.

Nach den Ergebnissen der Schalltechnischen Berechnungen ist festzustellen, „geht man im Rahmen der Abwägung davon aus, dass eine Überschreitung des Orientierungswerts um bis zu 3 dB(A) als nicht „wesentlich“ einzustufen ist, dass der dann für WA-Gebiete zu beachtende Bezugspegel von 58 dB(A) am Tage auf den niedrig gelegenen schutzbedürftigen Freiflächen (Terrassen, Freisitze im Garten usw.) der geplanten Wohngrundstücke in einer Entfernung von 34 - 39 m zur Straßenachse der Kreisstraße eingehalten wird. Auf den straßennächsten schutzbedürftigen Freiflächen der geplanten Wohngrundstücke wird der WA-Orientierungswert am Tage um 3 - 6 dB(A) und demnach um mehr als 3 dB(A) überschritten“.⁹

Aktive Lärmschutzmaßnahmen entlang der südlichen Plangebietsgrenze sind erforderlich, um eine notwendige pegelmindernde Wirkung zu erzielen. Bei Berücksichtigung unterschiedlicher Alternativen wird vorgeschlagen einen 2,5 m hohen und rd. 205 m langen Lärmschutzwall nördlich der K 33 bei einer annähernd konstanten Geländehöhe von 89,5m über NN der entlang der südlich der Grenze gelegenen Wohngrundstücke anzulegen, der im westlichen Teilabschnitt bis zur geplanten Erschließungsstraße durch eine höhengleiche hochabsorbierende Lärmschutzwand ersetzt werden kann. Dabei wären für die oberen Geschoßebenen bis zu einer Entfernung von 150 m zur Straßenachse passive Lärmschutzmaßnahmen im Bebauungsplan festzulegen. Durch die Kombination aus einer Lärmschutzanlage nordwestlich der Kreisstraße in Verbindung mit einer Lärmschutzwand entlang der südöstlichen Grenze der geplanten Wohngrundstücke oder alternativ eine durchgehende Lärmschutzwand nordwestlich der Kreisstraße (straßenseitig hochabsorbierend) könnte der WA-Orientierungswert im straßennahen Freiflächenbereich eingehalten bzw. unterschritten werden.¹⁰

⁹ Bonk-Maire-Hoppmann GbR: Schalltechnisches Gutachten zum Bebauungsplan „An der Schmiede“ Ortschaft Flechtorf, Gemeinde Lehre; Garbsen/Hannover-Berlin-Jena-Rostock, 30.11.2012, S. 14.

¹⁰ vgl. ebenda S. 15 u. ff.

Das Plangebiet liegt 460 m südwestlich des geplanten Gewerbegebietes Rückwinkel & Rückanger II. Die Rechenergebnisse des für diese Planung erstellten Schallgutachtens zeigen, dass in der Summe aller "Gewerbelärmimmissionen", auch unter Berücksichtigung der zusätzlich "plangegebenen" Vorbelastung durch die im Stadtgebiet Wolfsburg gelegenen Gewerbe- und Industriegebiete, im Bereich der am stärksten betroffenen Wohnbebauung am nordöstlichen Ortsrand von Flechtorf in 350 m Entfernung die Orientierungswerte eingehalten bzw. allenfalls geringfügig (um 0,3 bis 0,4 dB(A)) nicht messbar überschritten werden.

Aus diesem Grund kann davon ausgegangen werden, dass das weiter entfernte und topographisch tiefer gelegene geplante Baugebiet von Immissionsbelastungen durch das Gewerbegebiet nicht betroffen wird.

Bezüglich der Möglichkeit der Realisierung eines Hubschrauberlandeplatzes im Gewerbegebiet kommt das Gutachten zu der Einschätzung, dass der Landeplatz grundsätzlich möglich ist, da sein Abstand zum nächstgelegenen, schutzbedürftigen Immissionsgebiet (vorhandene Wohnbebauung am nördlichen bzw. östlichen Rand der Ortslage Flechtorf) mindestens 550 m beträgt und die An-/ Abflugsektoren nicht über die bebaute Ortslage von Flechtorf führen.

"Nach den (...) Rechenergebnissen kann vorausgesetzt werden, dass die Orientierungswerte für WA-Gebiete bei einer späteren Nutzung des geplanten Hubschrauber-Landeplatzes eingehalten werden können. Ausdrücklich wird nochmals darauf hingewiesen, dass die Durchführung der im konkreten Einzelgenehmigungsverfahren erforderlichen schalltechnischen Berechnungen nicht Gegenstand dieses Gutachtens sind und nur in Kenntnis detaillierter Informationen über An- und Abflugsektoren, Flugverfahren, Hubschraubertyp, Anzahl der Starts und Landungen usw. durchgeführt werden können. Die dann ggf. abzuleitenden zeitlichen oder organisatorischen Beschränkungen müssen im entsprechenden Genehmigungsverfahren festgelegt werden".¹¹

Ca. 1 km östlich des geplanten Baugebietes verläuft die Bundesautobahn BAB 39. Teilweise im Schallschatten der östlich gelegenen Geländeerhebung liegend, ist damit zu rechnen, dass die Anforderungen des Immissionsschutzes erfüllt werden und die Orientierungswerte der DIN 18005 mit 55/45 dB(A) durch die vorliegenden Schallimmissionen bei dem geplanten Baugebiet voraussichtlich unterschritten werden.

Durch ihre Entfernung zum Plangebiet sind von der Bundesstraße B 248 (ca. 680 km) und der Weddeler Schleife (ca. 1,8 km) keine negativen Auswirkungen zu erwarten.

Bewertung

Zusammenfassend entsprechend den Rechenergebnissen im Hinblick auf die Einwirkung von Straßenverkehrsgeräuschen kann festgestellt werden, dass unter Berücksichtigung aktiver wie passiver Lärmschutzmaßnahmen die maßgebenden Orientierungswerte im allen Teilen des geplanten Baugebiets tags und nachts eingehalten werden.

3.3.2 Schutzgut Arten und Lebensgemeinschaften

Das Planungsgebiet ist der naturräumlichen Untereinheit „Fallersleber Hügelland“ zuzuordnen, das in der Haupteinheit „Ostbraunschweigisches Flachland“ der Region Börden liegt.

Für die Einstufung der in Niedersachsen gefährdeten Arten in Gefährdungskategorien gehört das Plangebiet zur Roten Liste-Region T „Tiefeland“, für die Umsetzung der FFH-Richtlinie gehört das Plangebiet zur atlantischen biogeographischen Region.

Um Aussagen über das Schutzgut „Arten- und Lebensgemeinschaften“ zu erhalten, wurden im September 2012 zwei Ortsbegehungen im Bereich des Plangebietes durchgeführt. Darüber hinaus wurden die Bestandsaufnahmen verwertet, die im Rahmen der Planauf-

¹¹ Bonk-Maire-Hoppmann GbR, Garbsen, Oktober 2002.

stellung „Gewerbegebiet Rückwinkel/Rückanger“ 2002-2003 bzw. 2011 stattfanden. Schließlich wurde die Biotoptypenkartierung des Landkreises Helmstedt von 2011 zugrunde gelegt.

3.3.2.1 Heutige potenziell natürliche Vegetation (PNV)

Nach SCHRÖDER (1987) würde sich im Plangebiet als vorherrschende Pflanzengesellschaft ein Flattergras-Buchenwald (*Milio-Fagetum*) mit Übergängen zu Eichen-Hainbuchenwald und entlang der westlichen Planungsraumabgrenzung zum Auebereich der Schunter hin ein Geißblatt-Stieleichen-Hainbuchenwald (*Stellario-Carpinetum Ionicerosum*) bzw. ein Waldziest-Stieleichen-Hainbuchenwald (*Stellario-Carpinetum stachyosum*) entwickeln.

Als Tieflagen-Buchenwald des Flachlandes und des unteren Hügellandes wächst der Flattergras-Buchenwald auf tiefgründigen sandigen Lehm Böden und ist in der Bodenschicht durch eine üppige Krautvegetation gekennzeichnet. Die Geißblatt/Waldziest-Eichen-Hainbuchenwälder verkörpern eine Ausbildung der Eichen-Hainbuchenwälder und stocken bevorzugt auf basenarmen Böden mit hoch anstehendem Grundwasser.

3.3.2.2 Flora - vorkommende geschützte Arten

Geschützte bzw. gefährdete Pflanzenarten kommen innerhalb des Geltungsbereiches des B-Planes nicht vor. Auf den umliegenden Ackerflächen ca. 100 m nördlich des Planbereiches wurden im Rahmen der UVS für das Gewerbegebiet Rückwinkel/Rückanger¹² ca. 1000 Individuen der Kornblume (*Centaurea cyanus*) in einem Rapsacker nachgewiesen. Diese als noch relativ häufig vorkommende einheimische Art steht auf der Roten Liste Niedersachsen und Bremen, 5. Fassung vom 1.3.2004 in der Region H (Hügel- und Bergland, entspricht den naturräumlichen Regionen 7 – 9) und gilt aufgrund des allgemein sehr starken anhaltenden Rückganges der Art durch Herbizideinsatz und hohen Stickstoffgaben als gefährdet (RL 3).

Durch das Fehlen gefährdeter Pflanzenarten werden die Ackerflächen sowie die Ruderalfläche mit Baumbestand als Gebiet von allgemeiner bis geringer Bedeutung (Wertstufe II) eingestuft.

3.3.2.3 Flora - Biotoptypen

Die Bestandsaufnahme erfolgt auf Grundlage des Kartierschlüssels für Biotoptypen in Niedersachsen¹³. Der jeweilige Biotopcode ist analog dem Kartierschlüssel angegeben.

3.3.2.3.1 Innerhalb des Plangebietes vorkommende Biotope

Der für die Wohnbebauung vorgesehene Bereich des Plangebietes wird als Acker genutzt. Der festgestellte Biotoptyp (Acker) ist von geringem ökologischem Wert.

Die Bestandssituation für das Schutzgut im B-Plangebiet wird durch die Biotoptypen der folgenden Tabelle charakterisiert und im Rahmen der Bestandsaufnahme im September 2012 bewertet (siehe Plan im Anhang II).

¹² Jean-Marie Schmerber, Bernd Kreisel: Umweltverträglichkeitsstudie zum Bebauungsplan „Rückwinkel / Rückanger“ im Ortsteil Flechtorf der Gemeinde Lehre, Wolfenbüttel, 15.01.2002

¹³ Olaf von Drachenfels: Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz, Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen unter besonderer Berücksichtigung der gesetzlich geschützten Biotope sowie der Lebensraumtypen von Anhang I der FFH-Richtlinie, Stand: März 2011.

Biotop- typennr.	Biotoptypen- kürzel	Biotoptyp	Flächen- größe in ha	Wert- stufe	gesetzlicher Schutz BNatSchG
10.4.2	UHM/HBE (BMS)	Halbruderale Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte mit Einzelbäumen und Weißdorn-/Schlehengebüschen	0,343	III	
11.1.2	AL	Basenarmer Lehmacker	2,146	I	

Tabelle 1 Biotoptypen innerhalb des Geltungsbereiches des B-Planes

Durch langjährige intensive Nutzung und Düngung der Ackerflächen fehlen gefährdete Pflanzenarten und die Pflanzenartenzahl entspricht nicht den biotopspezifischen Erwartungswerten. Bezogen auf den biotopspezifischen Erwartungswert sind Vorkommen regional oder lokal gefährdeter oder zurückgehender Arten nicht zu erwarten.

Die gefährdete Kornblume wurde im Rahmen der Untersuchungen zum Gewerbegebiet „Rückwinkel/Rückanger“ 2002 eine sehr große Population der Kornblume (*Centaurea cyanus*) [RL Nds. 3H]. (> 1.000 Individuen) in einem Rapsacker westlich der K 37 bzw. nördlich des jetzigen Plangebietes nachgewiesen¹⁴. Während der Bestandsaufnahme im September 2012 konnte der Nachweis des Vorkommens im Plangebiet nicht erbracht werden.

Bewertung

Im Landschaftsrahmenplan Helmstedt¹⁵ sind für das Plangebiet hinsichtlich der Bedeutung dieses Bereiches für Arten- und Lebensgemeinschaften keine Aussagen getroffen.

Die Ackerflächen sind aus floristischer Sicht nach den Einstufungen der Biotoptypen in Niedersachsen Kartierschlüssel der Biotoptypen¹⁶ einem naturfernen Biototyp von geringer Bedeutung (Wertstufe I), die Ruderalflur mit Baumbestand und mesophilen Weißdorn-/Schlehengebüschen einem naturnahen Biototyp von allgemeiner Bedeutung (Wertstufe III) zuzurechnen. Im Landschaftsplan der Gemeinde Lehre werden im Planbereich die Biotoptypen als von mittlerer (UHM) bzw. geringer Bedeutung (A) eingestuft. In diesem Bereich sind entlang der Kreisstraße sind Maßnahmen zur Neuentwicklung von Biotopen im kommunalen Biotopverbund sowie Schwerpunktbereiche für Artenhilfsmaßnahmen für Feldermäuse vorgeschlagen.

Die überwiegend von dem Plangeltungsbereich in Anspruch genommene Fläche ist nach dem Kartierschlüssel der Biotoptypen (v. DRACHENFELS) einem Gebiet von geringer Bedeutung (Wertstufe 3) zuzurechnen, da vor allem naturferne Biotoptypen ohne Vorkommen regional oder lokal gefährdete bzw. zurückgehende Arten gefährdete Pflanzenarten vorkommen.

3.3.2.3.2 An den Geltungsbereich des Bebauungsplanes angrenzende Biotope

In der weiteren Umgebung nördlich der Dorflage herrschen Ackerflächen vor. Diese landwirtschaftlichen Flächen haben eine sehr geringe Lebensraumbedeutung für Tiere und Pflanzen.

Folgende Bereiche schließen am B-Plangebiet an:

¹⁴ J-M Schmerber: Grünordnerischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan „Gewerbegebiet Rückwinkel/Rückanger“ 1. Änd. „Entwicklungszentrum Nord“ mit örtlicher Bauvorschrift; Wolfenbüttel, 2003, S. 14.

¹⁵ U. Cassel, G. Quentin, (1995-2004): Landschaftsrahmenplan Landkreis Helmstedt.

¹⁶ Olaf von Drachenfels: Einstufungen der Biotoptypen in Niedersachsen – Regenrationsfähigkeit, Wertstufe, Grundwasserabhängigkeit, Nährstoffempfindlichkeit, Gefährdung - Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen 1/2012, Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz.

- im Osten Gebäude, Verkehrsflächen und Grünanlagen des Siedlungsbereiches,
- im Süden das eigentliche Dorfzentrum als verstädtertes Dorfgebiet mit vereinzelt Höfen und Neubauten des Einzelhandelns,
- im Westen der Rand des ländlich geprägten Dorfgebietes.

Die im 500 m Umkreis des Plangebietes oben beschriebenen Biotope sind in der folgenden Tabelle vorzufinden (siehe Plan im Anhang II).

Biotop- typennr.	Biotoptypen- kürzel	Biotoptyp	Wert- stufe	gesetzl. Schutz BNatSchG
WÄLDER				
1.14	WU	Erlenwald entwässerter Standorte	III	
1.20.1	WPB	Birken und Zitterpappel-Pionierwald	III	
1.22.1	WZF	Fichtenforst	III	
1.22.2	WZK	Kiefernforst	III	
1.25	UW	Waldlichtungsflur	II	
1.25.3	UWF	Waldlichtungsflur feuchter bis nasser Standorte	II	
GEBÜSCHE UND GEHÖLZBESTÄNDE				
2.2.1	BMS	Mesophiles Weißdorn-/Schlehengebüsch	III	
2.2.2	BMR	Mesophiles Rosengebüsch	III	
2.7.1	BNR	Weiden-Sumpfbüsch nährstoffreicher Standorte	V	§
2.8.1	BRU	Ruderalbüsch	III	
2.13.1	HBE	Sonstiger Einzelbaum/Baumgruppe		
2.13.3	HBA	Allee/Baumreihe		
2.15	HOM	Mittelalter Streuobstbestand	IV	
BINNENGEWÄSSER				
4.18.5	SEZ	Sonstiges naturnahes nährstoffreiches Kleingewässer	V	§
4.19.5	VER	Verlandungsbereich nährstoffreicher Stillgewässer mit Röhricht	V	§
GRÜNLAND				
9.6.1	GIT	Intensivgrünland trockener Mineralböden	II	
9.8.	GW	Sonstige Weidefläche	I	

ACKER- UND GARTENBAUBIOTOPE				
11.1	A	Acker	I	
RUDERALFLUREN				
10.4.1	UHF	Halbruderales Gras- und Staudenflur feuchter Standorte	III	
10.4.2	UHM	Halbruderales Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte	III	
GRÜNLAND DER SIEDLUNGSBEREICHE				
12.1.2	GRA	Artenarmer Scherrasenoeker bebautes Einzelhausgebiet	I	
12.6.2	PHO	Obst- und Gemüsegarten	I	
12.7.2	PKA	Strukturarme Kleingartenanlage	I	
12.9.4	PFA	Gehölzreicher Friedhof	I	
12.11.1	PSP	Sportplatz	I	
GEBÄUDE; VERKEHRS- UND INDUSTRIEFLÄCHEN				
13.1.11	OVW	Weg	I	
13.8.1	ODL	Ländlich geprägtes Dorfgebiet	II	
13.8.3	ODS	Verstädtertes Dorfgebiet	I	
13.9.2	OEL	Locker bebautes Einzelhausgebiet	I	
13.11	OG	Industrie- und Gewerbekomplex	I	
13.11.2	OGG	Gewerbegebiet	I	

Tabelle 2 - Biototypen außerhalb des Geltungsbereiches des B-Planes (500m Umkreis)

Im Rahmen der Bestandsaufnahme wurden keine artenreichen Ackerrandstreifen mit Wildkrautfluren festgestellt.

Im Umfeld des Bauvorhabens sind keine Schutzgebiete gem. § 26 BNatSchG ausgewiesen und es befindet sich ein besonders geschütztes Biotop (SEZ) gem. § 30 BNatSchG.

Die gefährdete Kornblume wurde im Rahmen der Untersuchungen zum Gewerbegebiet „Rückwinkel/Rückanger“ eine sehr große Population der Kornblume (*Centaurea cyanus*) [RL Nds. 3H]. (> 1.000 Individuen) in einem Rapsacker westlich der K 37 bzw. nördlich des jetzigen Plangebietes nachgewiesen¹⁷. Bei Begehungen im September 2012 wurden Vorkommen der Kornblume am Rand der Ackerflächen des Plangebietes nicht angetroffen.

Bewertung

Die nördlich des Plangebietes liegenden Ackerflächen sind nach dem Kartierschlüssel der Biototypen (v. DRACHENFELS) einem naturfernen Biototyp von allgemeiner bis gerin-

¹⁷ Ebenda, S. 14.

ger Bedeutung (Wertstufe I) zuzurechnen. Da es Anhaltspunkte für das Vorhandensein gefährdeter Arten durch das Vorkommen der Kornblume gibt, kommt den Ackerflächen aus floristischer Sicht jedoch eine besondere Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz zu. Dem unmittelbaren Umland des Vorhabens wird die Bedeutung eines Gebietes mit der Wertstufe III (Vorkommen von allgemeiner Bedeutung) zugerechnet.

3.3.2.4 Fauna

Angaben zu den für die Fauna wertvollen Bereichen, den für die Gastvögel avifaunistisch und die Brutvögel wertvollen Bereichen werden für die Fläche des geplanten Bauvorhabens in den Kartenunterlagen des NLWKN nicht verzeichnet.

Im Rahmen der Bearbeitung des Umweltberichtes sowie der Bereitstellung der Unterlagen für das B-Planverfahren wurde mit der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Helmstedt eingeschätzt, dass bedingt durch die standörtlichen Gegebenheiten insbesondere im südlichen Bereich des Plangebietes die Erfassung der Brutvögel im B-Planbereich zur Berücksichtigung der artenschutzrechtlichen Belange unumgänglich sei. Aus diesem Grund wurde vom Vorhabenträger eine Brutvogelkartierung in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse zwischenzeitlich zur Auswertung vorliegen.

Die Brut- und Gastvogelkartierung¹⁸ wurde mit einer Nacht- und fünf Tagbegehungen zwischen Mitte März und Anfang Juni durchgeführt. Sie wurde am 03.06.2013 fertiggestellt.

3.3.2.4.1 Innerhalb der Eingriffsfläche vorkommende Tierarten

Vogelarten – Im Untersuchungsgebiet „wurden 31 Vogelarten festgestellt (siehe Tabelle Anhang IV A). Von diesen waren 27 Brutvögel und 4 Nahrungsgäste. Insgesamt wurden 18 Brutpaare (= Anzahl Brutnachweis + Anzahl Brutverdacht) ermittelt. Mit 2 Brutpaaren war die Amsel (*Turdus merula*) häufigster Brutvogel, alle anderen Arten waren jeweils nur mit 1 Paar vertreten.

Ausschließlich Brutzeitbeobachtungen bzw. –feststellungen gab es für 10 Arten (vgl. Tab. 3-1).

Als Nahrungsgäste traten mit Elster (*Pica pica*), Mäusebussard (*Buteo buteo*), Rauchschwalbe (*Hirundo rustica*) und Rotmilan (*Milvus milvus*) 4 Vogelarten auf.¹⁹ Der Rotmilan ist in Niedersachsen/Bergland und Börden stark gefährdet, die Rauchschwalbe wird in der Vorwarnliste geführt.

Im Plangebiet kommen 14 Vogelarten vor (Blaumeise, Buchfink, Dorngrasmücke, Feldlerche, Goldammer, Grünfink, Kohlmeise, Rotkehlchen, Mönchsgrasmücke, Ringeltaube, Rabenkrähe, Schafstelze, Stockente, und Zaunkönig), von den nur 7 Arten im Wäldchen brüteten (Brutverdacht, Nest).

Bei der Bewertung des Plangebietes für den Naturschutz werden Vögel mit Brutzeitbeobachtung nicht berücksichtigt. Da Brutvögel der landes- bzw. bundesweiten Arten der Roten Liste nicht vorkommen, besitzt das Plangebiet nur eine erhöhte Grundbedeutung für den Naturschutz (Wertstufe 4).

Amphibien – Amphibienarten nutzen im Jahresverlauf sehr unterschiedliche Teilhabitate. In Verbindung mit Gewässern und Gehölzen können solche ruderalisierte und feuchte Bereiche wie im südlichen Plangebiet einen wichtigen Lebensraumbestandteil von Amphibien darstellen. Voraussetzung dafür ist die Nähe eines Laichgewässers. Über den sich 500 m nördlich des Plangebietes befindlichen Teich liegt eine Erhebung von 2002 vor. Der Teich „ist teilweise sonnenexponiert, weist flache Uferbereiche mit gutentwickelter Vegetation auf

¹⁸ Reinhold Kratz, Ökotox, Arbeitsgemeinschaft Braunschweiger Ökologen GbR: Bebauungsplan „Vor dem Wienhope“ Gemeinde Lehre, Brutvogelkartierung mit Bestandsbewertung, Braunschweig, Juni 2013.

¹⁹ Ebenda, S. 9.

und hat keinen Fischbesatz. Das Potenzial der aquatischen Habitatqualität wird daher als gut eingestuft. Die bei dieser Qualität zu erwartenden Grasfrosch (*Rana temporaria*) und Erdkröte (*Bufo bufo*) fehlten allerdings. Da im Gewässer nur zwei Lurcharten (Teichmolch und Wasserfrosch-Komplex) nachgewiesen werden konnten und Wasserfrösche ohnehin an/in ihren Laich-gewässern verbleiben, ist zu schließen, dass die terrestrische Habitatqualität nur unmittelbar am Teich (Ruderalfluren, Gebüsche und Hecken als Sommer- und Winterlebensraum für den Teichmolch) als gut zu bezeichnen ist. Im weiteren Umkreis des Gewässers (Fichtenforst, Äcker, Ackerbrachen) ist diese dagegen nur als gering und bietet keine geeigneten Bedingungen für weitere Amphibienarten.²⁰

Aufgrund dieser bereits vorliegenden älteren Informationen über Amphibien sowie der Lage und Entfernung zum potenziellen Laichgewässer wird die Eignung der ruderalisierten Fläche als gering eingestuft, wobei Vorkommen jedoch nie auszuschließen sind. Aus diesem Grund werden weiterweitgehendende Untersuchungen als nicht erforderlich erachtet. Die Gefahr, dass durch die Anlage eines Regenwasserrückhaltebeckens und eines Spielplatzes, Teile des Ganzjahreslebensraums gefährdeter Amphibienpopulationen verloren gehen, wird als sehr gering betrachtet.

Fledermäuse - Die Ortschaft Flechtorf liegt zwischen zwei Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung (Gebietsvorschläge 101 „Beienroder Holz“ und 102 „Eichen-Hainbuchenwälder zwischen Braunschweig und Wolfsburg“), die sich insbesondere durch bedeutsame Fledermausvorkommen auszeichnen. Darüber hinaus sind die Schunteraue mit ausgedehnten Wiesen- und Ackerflächen sowie ein Flachsee als Jagdgebiet sehr attraktiv. In Wohngebieten von Flechtorf wurden regelmäßig einige Fledermausarten festgestellt.²¹ Darum sollten funktionale Beeinträchtigungen landschaftlicher Leitstrukturen durch Zerschneidungs-/Barrierewirkungen vermieden werden. Im südlichen Planbereich können Rindenspalten und -rissen im Stammbereich der älteren Weiden als Fledermausquartiere potentiell genutzt werden. Diese lineare Gehölzstruktur entlang der Kreisstraße erfüllt darüber hinaus eine Leitfunktion zwischen Quartieren in der Ortschaft und den angrenzenden Jagdgebieten. Aufgrund der bereits vorliegenden älteren Informationen über Fledermäuse erscheinen weiterweitgehendende Untersuchungen als nicht erforderlich. Ausgewachsene Bäume (besonders 3 Weiden und ältere Birken), die potentielle als Sommerquartier genutzt werden können, werden beim geplanten Rückhaltebecken berücksichtigt.

Verglichen mit anderen Landschaftsstrukturtypen ist das B-Plangebiet von seiner Struktur und Nutzung her bzw. durch vorhandene Beeinträchtigungen als ein faunistisch armes Biotop zu betrachten.

Da angenommen wird, dass gefährdete Tierarten fehlen, sind die Wiesen- und Ackerflächen sowie die Ruderalflächen des Bauvorhabens als Gebiet von allgemeiner bis geringer Bedeutung (Wertstufe II) einzustufen.

3.3.2.4.2 An den Geltungsbereich des Bebauungsplanes angrenzend lebende Tierarten

Faunistisch wertvolle Bereiche sind in unmittelbarer Nachbarschaft zum B-Plangebiet nicht zu verzeichnen.

In unmittelbarer Nachbarschaft zum Plangebiet wurden 23 Vogelarten festgestellt (Amsel, Bachstelze, Blaumeise, Bluthänfling, Dorngrasmücke, Feldlerche, Feldsperling, Girlitz, Grauschnäpper, Grünfink, Hausrotschwanz, Haussperling, Heckenbraunelle, Jagdfasan, Klappergrasmücke, Kohlmeise, Neuntöter, Ringeltaube, Rotkehlchen, Schafstelze, Star, Stockente, Zilpzalp) von den 7 Arten dort brüteten (Brutverdacht, Nest).

Für die Bewertung des Plangebietes für den Naturschutz werden Vögel mit Brutzeitbeobachtung nicht berücksichtigt. Da Brutvögel der landes- bzw. bundesweiten Arten der Ro-

²⁰ Ökotox: floristische und tierökologische Untersuchung zum Gewerbegebiet Rückwinkel/Rückanger, Braunschweig, 2002.

²¹ Ebenda.

ten Liste vorkommen, ist die Umgebung des Plangebietes nach Brinkmann von mittlerer Bedeutung für den Naturschutz (Wertstufe 3).

Besondere Planungsrelevanz für Brutvögel ist der großflächige Ackergürtel nördlich von Flechtorf. In ca. 30 m Entfernung des Geltungsbereiches kommt die landesweit gefährdete Feldlerche als Brutvogel vor.

Die Feldlerche brütet im Kulturland (Acker und Grünland), aber auch in Brachen und an Wege- und Grabenrandparzellen. Die Art ist fast landesweit vertreten.

Durch die Intensivierung der Landwirtschaft trat eine deutliche Ausdünnung der Bestände insbesondere in den ertragreichen Börden ein. Die Feldlerche musste in die Rote Liste aufgenommen werden. Die Bestände werden auf 200.000 Brutpaare geschätzt. Die Feldlerche zieht im Winter nach West- und Südwesteuropa und teilweise bis nach Nordafrika²².

Darüber hinaus sind Hecken, Feldgehölze und Gebüsche, verwilderte Gärten der Ortsrandlage im östlichen und südöstlichen Bereich des Plangebietes ein bevorzugtes oder häufiges Brutgebiet für viele Vogelarten. Die Hälfte aller heimischen Säugetiere, sämtliche Reptilien und ein Fünftel unserer heimischen Vogelwelt leben in Hecken und Gebüschen. Dort kommen 20 Vogelarten vor. Bei diesen weit verbreiteten bzw. allgemein sehr häufigen Arten handelt es sich um Arten, die auf Grund ihrer guten Anpassungsfähigkeit ein breites Habitatsspektrum aufweisen. Der Großteil der vorkommenden Arten kann als vergleichsweise wenig störungsempfindlich eingestuft werden. Viele der besonders geschützten Arten gehören nicht zu den landesweit gefährdeten Arten. Für eine mögliche Brut des landesweit gefährdeten Neuntöters (*Lanius colluri*), eine gefährdete Art der Gehölzbrüter stark offenlandgeprägt, der vor allem in den Heckenstrukturen der Wiesen- bzw. Ackerbereiche brütet, konnte nicht festgestellt werden (nur eine Brutzeitbeobachtung).

In der Vorwarnliste Niedersachsens werden Bluthänfling (*Carduelis cannabina*), Feldsperling (*Passer montanus*), Girlitz (*Serinus serinus*), Grauschnäpper (*Muscicapa striata*), Haussperling (*Passer domesticus*) und Star (*Sturnus vulgaris*) geführt. Für den Grauschnäpper, den Haussperling und den Star besteht in diesem Lebensraum ein starker Brutverdacht.

Die an das Plangebiet nördlich angrenzenden Waldstrukturen sind als Brut-, Schutz- und Nahrungsbiotop für die Tierwelt von besonderer Bedeutung. Im 0,8 km entfernten EU Vogelschutzgebiet SPA 3630-401 „Laubwälder zwischen Braunschweig und Wolfsburg“ brüten unter anderem etwa 10 Paare des Rotmilans. Das östliche und insbesondere das südliche Niedersachsen gehört mit zum weltweiten Dichtezentrum des Rotmilans, der in Niedersachsen von der Staatlichen Vogelschutzwarte beim Niedersächsischen Landesamt für Ökologie als „stark gefährdet“ eingestuft wird. Da dieser Vogel große Raumannsprüche hat (struktureiche Landschaft aus Äckern, Grünland, Gewässern oder Dorfrandbereiche), sind die Ackerflächen um Flechtorf als Nahrungsraum zu betrachten.

Gesamtbewertung

Durch die intensive Landwirtschaft ist das Gebiet in seiner Bedeutung als Lebensraum für die Fauna bereits heute stark beeinträchtigt.

Dem unmittelbaren Umland des Vorhabens wird die Bedeutung eines Gebietes mit der Wertstufe II (Vorkommen von allgemeiner bis geringer Bedeutung) zugerechnet.

Im von der Gemeinde Lehre 2006 erstellten Landschaftsplan liegen die Flächen entlang der K 33 in der Karte 6 „Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen“ in einem Schwerpunktgebiet des kommunalen Biotopverbundes mit dem Ziel der Neuentwicklung von Bio-

²² Die Umsetzung der EU-Vogelschutzrichtlinie in Niedersachsen Informationsbroschüre für Verbundbeteiligte und die interessierte Öffentlichkeit Niedersächsisches Umweltministerium, Anlage 2, Oktober 2006.

topen in bisher intensiv genutzten oder beeinträchtigten Bereichen sowie in einem Schwerpunktbereich für Artenhilfsmaßnahmen für Fledermäuse.

3.3.3 Schutzgut „Boden“

3.3.3.1 Naturräumliche Gegebenheiten

Die heute sichtbaren Merkmale des Landschaftsbildes im Plangebiet wurden wesentlich im Quartär geprägt, das sich gliedern lässt in die Eiszeit (Pleistozän) und die heute noch andauernde Warmzeit. Im Pleistozän drangen riesige Gletscher aus Skandinavien vor, die bis dahin vorhandene Mulden und Sättel glätteten und teilweise einebneten. Dabei wurden teilweise von weither transportierte Sedimente am Fuß des Gletschers als Geschiebelehm oder –Sand abgelagert.

Durch das Abschmelzen der Gletscher im Holozän kam es zur Ausbildung der heutigen Urstromtäler, worin sich das Wasser einen Weg zum Meer suchte. Aus dieser Zeit stammen die Schmelzwassersande der Allerniederung sowie die mehr Schluff enthaltenden Sedimente der Schunterniederung.

Das Planungsgebiet liegt auf der geologischen Karte 1:25.000 Blatt 3630 Wolfsburg Süd und wird geologisch durch die Schandelahe Mulde im Osten des Salzstockes von Lehre geprägt. Nach der vom Kartenserver des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie erstellten und mit Hilfe der Methodenbank des Niedersächsischen Bodeninformationssystems (NIBIS) entstandenen Bodenübersichtskarte (BÜK) im Maßstab 1: 50.000 hat sich im Plangebiet entsprechend dem geologischen Bau im Laufe der Bodengenese über Schluff- und Tonsteine des Doggers (Mittlerer Jura) auf gemischtkörnige bindige Ablagerungen aus glazifluvialen sandig-kiesig-tonigem Schluff (Geschiebedecksande) aus der Weichsel-Kaltzeit und dem Drenthe-Stadium der Saale-Kaltzeit (Endmoräne im Saale-Bereich) überwiegend feinkörnige, leicht plastische Podsol-Braunerde entwickelt.²³ Diese mäßig trockenen meist staunassen lehmigen Sandböden (mittelschwer lösbare Bodenart – Bodenklasse 4) sind durch ein mittleres landwirtschaftliches Ertragspotential für Ackerland und ein geringes landwirtschaftliches Ertragspotential für Grünland gekennzeichnet.

Aus der Bodenuntersuchung und der Baugrundbewertung ist zu entnehmen, dass die natürlich unterlagernden Sande Durchlässigkeiten aufweisen, die im zulässigen Bereich nach DWA-A 138 liegen, so dass eine Versickerung möglich ist. Lediglich der tiefer liegende südliche Bereich ist für eine Versickerung aufgrund des Bemessungsgrundwasserstandes bedingt geeignet. Ggf. kann hier das anfallende Niederschlagswasser über Mulden-Rigolen in Kombination mit Retentionsbecken gedrosselt in den Entwässerungsgraben geleitet werden.²⁴ Im Geltungsbereich des B-Planes ist der Anschluss der privaten Grundstücke an ein Kanalnetz zur Ableitung des Oberflächenwassers vorgesehen. Eine geordnete Versickerung (nur über die belebte Bodenzone) ist auf dem Grundstück möglich, wenn der entsprechende Nachweis der Bodendurchlässigkeit erbracht wird.

Das Plangebiet liegt über Lagerstätte 1. Ordnung, von besonderer volkswirtschaftlicher Bedeutung (Ölschiefer).

Als stark überprägter Naturboden mit durch die langjährige intensive Ackernutzung hervorgerufener Zerstörung des Bodenprofils sowie der Bodeneigenschaften (Nährstoff- und Biozideintrag) ist das Plangebiet der Wertstufe III (Bereich von allgemeiner Bedeutung) zuzuordnen.

²³ www.lbeg.niedersachsen.de - NIBIS-Datenbank des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie.

²⁴ BRP consult, Baugebiet „An der Schmiede“ – Geotechnische Bewertung - Bodenuntersuchung und Baugrundbewertung - 24.10.2012, Braunschweig.

Altlasten

Der Gemeinde liegen keine Hinweise über das Vorhandensein von Böden vor, die im Geltungsbereich des geplanten Baugebietes erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sein könnten.

Aus diesen Gründen wird davon ausgegangen, dass auch im Planbereich keine Gefährdung der Schutzgüter Boden und Wasser besteht.

Vorbelastung / Empfindlichkeit

Der Plan-Bereich ist durch eine sehr geringe Erosionsgefährdung (Wind) gekennzeichnet und weist eine gute Tragfähigkeit auf.

Eine Vorbelastung des Bodens ist in der sehr langjährigen landwirtschaftlichen Nutzung zu sehen, die den Eintrag von Nährstoffen hervorruft.

Die Podsol-Braunerde weist eine geringe Trockengefährdung auf.²⁵

Die Tragfähigkeit des Bodens steht im Zusammenhang mit ihrer Bodenart. Die Sedimente bestehen aus feinkörnigen, bindigen, leicht plastischen Lockergesteinen und sind mit einer guten Tragfähigkeit als Baugrund geeignet.

Der südwestliche Teil des B-Plangebietes im Bereich der geplanten Grünflächen war Teil einer Kiesabbaufläche, die auf einer Höhe zwischen ca. 3 und 5 m mit überwiegend natürlichen Bodenarten künstlich aufgefüllt wurde. Fremdstoffe sind in diesem Bereich nicht auszuschließen. Die Tragfähigkeit der Böden auf dieser Fläche ist als wechselhaft zu charakterisieren. Besondere Gründungsmaßnahmen sind jedoch nicht erforderlich, da sie außerhalb der geplanten Bebauung liegen.

Böden mit besonderen Standorteigenschaften (Extremstandorte), Böden mit naturgeschichtlicher oder kulturhistorischer Bedeutung, seltene oder naturnahe Böden kommen nicht vor.

Im Landschaftsrahmenplan Helmstedt²⁶ ist das Plangebiet als Bereich mit mäßig beeinträchtigten Funktionen der Böden im Naturhaushalt eingestuft. Im Landschaftsplan wird das Plangebiet als ein Bereich hoher Winderosionsgefährdung ohne Dauervegetation dargestellt.

Bewertung

Als stark überprägter Naturboden mit der durch die langjährige intensive landwirtschaftliche Nutzung hervorgerufenen Zerstörung des Bodenprofils sowie der Bodeneigenschaften ist der Boden nach seinem Natürlichkeitsgrad der Wertstufe 2 (Bereich von allgemeiner Bedeutung) zuzuordnen.

3.3.4 Schutzgut „Wasser“

3.3.4.1 Schutzgut „Oberflächengewässer“

Im Plangebiet kommen keine natürlichen Oberflächengewässer vor. An der südöstlichen Grenze des Plangebietes verläuft entlang der Kreisstraße 33 ein Gewässer III. Ordnung, das einen Teil des Regenwassers aus dem Gewerbegebiet Rückwinkel/Rückanger aufnimmt und als Vorflut für die östlich am Hang gelegenen landwirtschaftlichen Flächen gilt.

3.3.4.2 Schutzgut „Grundwasser“

Mit einem Grundwassergeringleiter ist die Durchlässigkeit der oberflächennahen Gesteine als mittel einzustufen.

²⁵ Niedersächsischer Landesamt für Bodenforschung, Geowissenschaftliche Karten des Naturraum-potentials von Niedersachsen und Bremen, 1:200.000, Hannover 1979.

²⁶ U. Cassel, G. Quentin, (1995-2004): Landschaftsrahmenplan Landkreis Helmstedt.

Das Schutzpotenzial der Grundwasserüberdeckung im Planungsgebiet ist mittel bzw. hoch. Die Grundwasserneubildungsrate auf den landwirtschaftlichen Flächen liegt zwischen 101-150 mm/a und ist als mittel einzustufen (AUHAGEN 1994).²⁷

Vorbelastung / Empfindlichkeit

Mit einer geringen Durchlässigkeit der oberflächennahen Gesteine und einer mittleren bzw. hohen Grundwasserüberdeckung werden die Empfindlichkeit des Grundwassers gegenüber Schadstoffeinträgen sowie eine potentielle Gefährdung des Grundwassers derzeit als gering eingeschätzt.

Im Landschaftsrahmenplan Helmstedt²⁸ wird die Funktionsfähigkeit des Grundwassers im Naturhaushalt als stark beeinträchtigt eingestuft und in Bezug auf die Grundwasserversorgung die potentielle Auswaschungs- und Grundwassergefährdung durch Dichlorprop und Mecoprop als hoch eingeschätzt.

Bewertung

Mit einem hohen Nitratauswaschungsrisiko auf den Ackerflächen ist das Grundwasser nach dem Bewertungskriterium „Natürlichkeitsgrad“ der Wertstufe 2 (Bereich von allgemeiner Bedeutung) zuzuordnen.

3.3.5 Schutzgut „Klima/Luft“

Großklimatisch liegt das Planungsgebiet in einer Übergangszone zwischen ozeanischem und kontinentalem Klima. Im Plangebiet ist das Klima den gemäßigt subkontinental geprägten Regionen Südost-Niedersachsens zuzuordnen. Diese subkontinentale Prägung ist durch kürzere, dafür aber wärmere Sommer und eher kühlere Winter gekennzeichnet. Die Jahres-temperatur liegt bei durchschnittlich 12,5° C im gemäßigten Bereich, wobei die mittleren Temperaturschwankungen 16,0 – 17,0°C betragen. Das Klima mit einer geringeren Niederschlagsmenge und einem Niederschlagsmaximum im Sommer ist als mittelfeucht bei Jahres-niederschlägen mit 580 bis 700 mm jährlich zu kennzeichnen.

Der Gesamtbereich des Planungsgebietes wird von kaltluftproduktiven Flächen eingenommen, wobei die Ackerfläche ein mittleres und das Grünland ein hohes Kaltluftentstehungspotential aufweisen. Aufgrund der in Richtung Schunter gerichteten Geländeneigung von bis zu ca. 5 % tritt ein mäßiger Kaltluftabfluss in Richtung Niederung ein.

Vorbelastung / Empfindlichkeit

Der Bereich des Plangebietes ist im LRP Helmstedt als Ausgleichsraum eingeordnet und soll im bebauten Bereich von Flechtorf die bioklimatischen und lufthygienischen Belastungen verhindern oder abbauen helfen. Die Funktionsfähigkeit von Klima/Luft dieses Raumes im Naturhaushalt ist mäßig beeinträchtigt.

Lokale Luftströmungen und Windsysteme können sich auf Grund des Reliefs und der Hanglage der nördlich gelegenen Flächen gelegentlich ausbilden. Daher besteht nur eine geringe Empfindlichkeit gegenüber geländeklimatischen Veränderungen (z. B. Aufstauen von Kaltluft)

Aus dem Kfz-Verkehr der in 20 m Entfernung verlaufenden Kreisstraße K 33 können sich Schadstoffe anreichern. Es ist jedoch von einer geringen Luftbelastung auszugehen.

Die Funktionsfähigkeit von Klima/Luft dieses Raumes im Naturhaushalt und für den Menschen wird im LRP als beeinträchtigt eingestuft.²⁹

Bewertung

²⁷ www.lbeg.niedersachsen.de - NIBIS-Datenbank des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie.

²⁸ U. Cassel, G. Quentin, (1995-2004): Landschaftsrahmenplan Landkreis Helmstedt.

²⁹ Ebenda, Karte 5 Klima/Luft.

In klimaökologischer Hinsicht ist das Plangebiet als mäßig beeinträchtigter Bereich mit einer mittleren Kaltluftproduktivität und Klimaausgleichsfunktion am Rand einer dörflich geprägten Siedlungsstruktur ohne signifikante Kaltluftabflüsse mit der Wertstufe 2 einzustufen.

3.3.6 Schutzgut „Landschaftsbild und Landschaftserleben“ (Erholung)

3.3.6.1 Orts- und Landschaftsbild

Das Plangebiet liegt am nordöstlichen Siedlungsrand des Ortsteils Flechtorf. Das Landschaftsbild ist östlich durch eine Einfamilienhausbebauung mit Ziergärten geprägt. Westlich grenzt eine Mischbebauung mit ehemals genutzten landwirtschaftlichen Gebäuden an. Südlich befindet sich der alte Ortskern, der neben älterer Bausubstanz Einrichtungen des Allgemeinbedarfs (Schule, Einzelhandel,...) aufweist. Im Anschluss an die geplante Bebauung im Norden ist der Landschaftsraum durch gegliederte Acker- und Grünlandflächen mit natur-nahen Einzelstrukturen (Hecken, Einzelbäume, schmale Gehölzbestände) gekennzeichnet. Biotope mit hoher oder sehr hoher Erlebnisqualität kommen hier nicht vor. Weiter nach Norden beherrscht der gut ausgebildete Waldrand des Flechtorfer Holzes das Landschaftsbild.

Das Landschaftsbild ist darüber hinaus durch das sanfte Relief des Alpersberges mit einer deutlich wahrnehmbaren Hangneigung geprägt.

Die Wertungen der einzelnen Eigenschaftsmerkmale Vielfalt, Eigenart und Naturwirkung, die unter dem Begriff Landschaftsbild zusammengefasst werden können, werden im LRP mit 5 verschiedenen Stufen dargestellt (hoch, mäßig bis hoch, mäßig, gering bis mäßig, gering).

In dem betroffenen Erlebnisraum werden die drei Eigenschaftsmerkmale Vielfalt, Eigenart und Naturwirkung als mäßig bewertet³⁰

Weite freie Blickbeziehungen, die in nördlicher Richtung das Landschaftserleben prägen, sind möglich. Diese vermitteln das Erlebnis einer z.T. geschlossenen vielfältigen Landschaftseinheit.

Das Landschaftsbild am Standort zeichnet sich durch folgende Eigenschaften aus:

- Bereich mit hohem Anteil naturnaher Elemente bzw. natürlich wirkender Biotoptypen im unmittelbaren und mittelbaren benachbarten Bereich des Vorhabens,
- natürliche landschaftsbildprägende Oberflächenform (Hang),
- dörflicher Siedlungsrand ohne regional- oder ortstypische Bauformen,
- vermülltes Bild der Ruderalflächen,
- schlecht eingegrünter Ortsrand verglichen mit der Baukörpergestalt,
- bei vorhandener Grundstückseinfassung vorherrschende Verwendung von nicht heimischen Gehölzen (Lebensbaum, etc.),
- einen mittleren Grad an Zerschneidung durch stark befahrene Verkehrsstrassen (Autobahn A 39, Bundesstraße B 248).

3.3.6.2 Erholung

Nahe, attraktive Landschaftselemente und -komplexe in einem Umkreis von 500 m laden zu wohnungsnahen Erholungsaktivitäten ein:

- die ackerbaulich genutzten, durch Gehölzbestände strukturierten und mit besonderen Blickbeziehungen ausgestatteten Flächen des Alpersberges,

³⁰ Ebenda, S. 107.

- die großflächigen Eichen-Hainbuchenwälder und Mischwälder des Flechtorfer Holzes.

Alle diese Bereiche sind gut mit ausgebauten land- und forstwirtschaftlichen Wegen ausgestattet und vom Plangebiet aus gut erreichbar.

Zusammenfassend besitzt die Planfläche und seine Umgebung ein ansprechendes, abwechslungsreiches Landschaftsbild mit hohem Erholungswert.

Vorbelastung / Empfindlichkeit

Das Planungsgebiet und das umgebende Areal haben durch die leicht bewegte Topographie sowie die Nähe zu wertvollen Naturräumen ein hohes Potential für die Erholung in der freien Landschaft. Allerdings weisen in diesem Landschaftsausschnitt Einzelobjekte wie die „Flechtorfer Mühle“ und der schlecht eingebundene Ortsrand ein besonders hohes visuelles Störpotenzial auf. Des Weiteren wird die Landschaft durch die überörtlich bedeutsamen Straßen A 39, die Bundesstraße 248 sowie die Kreisstraße K 38 technisch überprägt. Von ihnen gehen zudem Lärm- und Schadstoffemissionen aus, die zu einer Minderung der Erholungsqualität der Landschaft führen.

Bewertung

In der Karte 6 des Landschaftsrahmenplanes des Landkreises Helmstedt „Voraussetzung für die Erholung und Natur und Landschaft“ wird der Planbereich und seine Umgebung als mäßig beeinträchtigter Raum - die zweite von vier Wertstufen - bewertet.

Im Landschaftsplan befindet sich das Plangebiet innerhalb einer kleinen mit gegliederter Flur gekennzeichneten Landschaftsbildeinheit von mittlerer Bedeutung, die nach Norden von einer Landschaftsbildeinheit mit sehr hoher Bedeutung umgeben ist.

Nach dem Breuer-Modell unter Berücksichtigung der Eigenschaftsmerkmale Vielfalt, Eigenart und Naturwirkung ist für das Schutzgut „Landschaftsbild“ im Untersuchungsgebiet die naturraumtypische Vielfalt zwar vermindert aber im wesentlichen noch erkennbar. Dieser Bereich gilt als von allgemeiner Bedeutung (Wertstufe 2).

3.3.7 Schutzgut Kulturgüter und sonstige Sachgüter

Innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes sind weder Bodendenkmäler noch Anlagen nach § 4 Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (NDSchG), die dem Denkmalschutz unterliegen, oder andere wertvolle Kultur- und sonstige Sachgüter bekannt. Bezüglich dieses Schutzgutes ist das Plangebiet ohne Bedeutung.

2001 wurde bei der Erschließung des Baugebietes Gerstenbreiten eine aus dem 13. Jh. stammende Hofanlage freigelegt, in der Nähe der Wasserburg Kampen, die südlich des alten Dorfkerns von Flechtorf zwischen zwei Flussarmen in der Schunteraue liegt. Aus diesem Grund kann bei den Baumaßnahmen im Geltungsbereich des B-Planes mit kulturhistorischen Einzelfunden gerechnet werden. Im Falle der Entdeckung neuer Bodendenkmäler findet das niedersächsische Denkmalschutzgesetz Anwendung.

3.3.8 Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Die o.g. Schutzgüter stehen in Beziehung zueinander. Die getroffenen Festsetzungen und Maßnahmen des Vorhabens können sich positiv oder negativ auf die jeweiligen Schutzgüter auswirken.

Die Wirkungen der Versiegelung haben Folgewirkungen sowohl auf den Boden als auch auf den Wasserhaushalt, diese wiederum auf das Kleinklima und damit auf die Standorte bestimmter Tiere und Pflanzen.

Die Überbauung führt zum Verlust belebten intensiv genutzten Bodens sowie von Versickerungs- und Verdunstungsfläche. Mit dem Vorhaben können angrenzende Lebensräume für die heimische Tierwelt beeinträchtigt werden. Das Landschaftsbild wird über das jetzige Maß hinaus negativ verändert.

Die Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern im Bestand wirken sich nicht erheblich nachteilig auf einzelne Schutzgüter aus.

Es ist keine relevante, über die oben beschriebenen Wirkungen hinausgehende Verstärkung der Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern durch das Bauvorhaben zu erkennen.

4 **BESCHREIBUNG DER ZU ERWARTENDEN ERHEBLICHEN NACHTEILIGEN AUSWIRKUNGEN**

4.1 **Beschreibung der Wirkfaktoren**

Die vom B-Plan „Vor dem Wienhope“ zu erwartenden Umweltauswirkungen sind im Folgenden differenziert nach anlage-, bau- und betriebsbedingten Wirkfaktoren dargestellt.

4.1.1 **Baubedingte Wirkfaktoren**

Flächeninanspruchnahme/Bodenverdichtung

Die nicht bebaute Fläche der jeweiligen Grundstücke wird vorübergehend als Lager- oder Arbeitsfläche in Anspruch genommen. Innerhalb der Arbeitsflächen wird der Boden durch Baumaschinen verdichtet.

Bodenentnahme, Abgrabungen, Aufschüttungen

Zum Bau des Wohngebietes werden Erdarbeiten für Abgrabungen erforderlich sein.

Für die Herrichtung eines Lärmschutzwalls wird Bodenmaterial aufgeschüttet.

Wasserentnahmen

Im unteren Teil des geplanten Baugebietes liegen nur geringe Grundwasserabstände zur Oberfläche vor. Aus diesem Grund sind bei unterkellelter Bauweise Maßnahmen zum Schutz gegen Grund- und Stauwasser erforderlich.

Mit Entnahme von Grundwasser ist nicht zu rechnen.

Abwässer

Mit dem Anfall baubedingter Abwässer ist zu rechnen.

Erschütterungen

An- und abfahrende Baufahrzeuge verursachen Erschütterungen.

Licht

Der Baubetrieb erfolgt in der Regel bei Tage.

Lärm

Während der Bauzeit sind beim Betrieb von Baumaschinen, dem Abtransport von Bodenmassen und der Anlieferung von Baustoffen Lärmentwicklungen zu erwarten.

Luftverunreinigungen

Der Betrieb von Baumaschinen und Transportfahrzeugen führt zu einem Ausstoß von Luftschadstoffen.

Abfälle

Abfallstoffe unterschiedlichster Art fallen u.a. durch den Betrieb von Maschinen sowie durch überschüssige Bau- und Verpackungsmaterialien an.

Optische Störungen

Sie können bei einzelnen Tierarten zur Aufgabe der Nahrungssuche oder des Brutplatzes führen.

Visuelle Wirkfaktoren

Die gesamte Baustelle mit ihren Arbeitsflächen, den im Betrieb befindlichen Baufahrzeugen und dem LKW-Verkehr wird das Erscheinungsbild der Landschaft vorübergehend verändern.

4.1.2 **Anlagebedingte Wirkfaktoren**

Flächeninanspruchnahme

Sie führt zum vollständigen Verlust von Bodenfunktionen und Lebensräumen für Pflanzen und Tiere.

Veränderung des Kleinklimas

Im direkten Umfeld der versiegelten Flächen kommt es zur Veränderung des Mikroklimas.

Veränderung des Grundwassers

Durch die Versiegelung verringert sich die für die Infiltration von Regenwasser vorhandene Fläche. Das von den versiegelten Verkehrsflächen abfließende Wasser erhöht das Risiko von Schadstoffeinträgen in das Grundwasser.

Veränderung des Niederschlagsabflusses

Das anfallende Oberflächenwasser versickert nicht vor Ort, sondern wird direkt in die Vorflut abgeleitet.

Visuelle Wirkfaktoren

Von den zu errichtenden Gebäuden können optische Störwirkungen ausgehen.

Die derzeitigen Lichtverhältnisse werden sich ändern. Straßenverkehrsanlagen werden mit Beleuchtungsanlagen ausgestattet.

4.1.3 **Betriebsbedingte Wirkfaktoren**

Abwässer

In Abhängigkeit vom Verkehrsaufkommen wird das auf den Verkehrsflächen anfallende Regenwasser mit Schadstoffen belastet.

Erschütterungen

Mit schwerwiegenden betriebsbedingten Erschütterungen ist nicht zu rechnen.

Lärm

Die angrenzenden Wohnbereiche und die Tierlebensräume werden stärker als bisher verlärm.

Optische Störungen

Sie können bei einzelnen Tierarten zur Aufgabe der Nahrungssuche oder des Brutplatzes führen.

Luftverunreinigungen

Durch den Kfz-Verkehr wird die Luft mit Schadstoffen angereichert.

5 BEWERTUNG DER ZU ERWARTENDEN NACHTEILIGEN AUSWIRKUNGEN DURCH DIE PLANUNGSMASSNAHMEN

5.1 Schutzgut „Mensch“

5.1.1 Verkehrslärm

Die Erschließung des Baugebietes erfolgt von Süden über die Alte Berliner Straße, die den Verlauf der inneren Erschließung weitestgehend bestimmt

Baubedingte Wirkungen

Während der Bauphase ist mit erhöhter Entwicklung von Lärm und Staub durch Baufahrzeuge und Baumaschinen zu rechnen.

Anlagebedingte Wirkungen

Es sind keine Wirkungen vorhanden.

Betriebsbedingte Wirkungen

Eine Beeinträchtigung der Wohn- und Wohnumfeldqualität kann durch Schallemissionen durch Besucher- und Lieferverkehr erfolgen. Konflikte für die östlich und südlich angrenzende Wohnbebauung können durch eine Erhöhung des Kfz-Verkehrs entstehen.

Zur Beurteilung potentieller Immissionsbeeinträchtigungen liegt ein Immissionsgutachten nicht vor.

Vom geplanten Wohngebiet ist ein Verkehrsaufkommen von voraussichtlich ca. 206 Kfz/Tag (31 Wohneinheiten - 1,5 PKW/WE – 4 x am Tag bewegt + 20 Bewegungen für Besucher und Versorgungsdienste) zu erwarten.

Es wird somit eingeschätzt, dass mit der Planung von 31 Einfamilienhäusern mit Anschluss an die vorhandene Dorfstraße die Immissionsgrenzwerte der Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV) eingehalten werden.

Bewertung

Eine erhebliche Lärmbelastung der angrenzenden Wohn- und Dorfbereiche durch den zusätzlichen Ziel- und Quellverkehr im Plangebiet ist nicht zu erwarten.

5.1.2 Landwirtschaft

Das Plangebiet grenzt an landwirtschaftliche Ackerfläche. Potentielle Emissionsbeeinträchtigungen in Form von Lärm, Staub, Gerüchen sind im Umfeld nicht auszuschließen. Sie sind jedoch im Rahmen der guten fachlichen Praxis zu tolerieren.

5.2 Schutzgut „Arten- und Lebensgemeinschaften“

5.2.1 Biotoptypen/Flora

Zur Errichtung der Wohnbebauung erfolgen folgende eingriffswirksame Maßnahmen:

- Vollversiegelung durch Straßenverkehrsflächen von:
 - 2.878 qm Ackerflächen,
 - 280 qm Ruderalfläche,
- Teilversiegelung durch Bebauung von:
 - 19.087 qm Ackerflächen,
 - 940 qm Ruderalfläche,
- zur Herstellung eines Lärmschutzwalls Aufschüttung von:

832 qm Ackerflächen,

- Umwandlung einer 2.096 qm großen Ruderalfläche mit Baum- und Gebüschbestand in öffentliche Grünfläche mit Anlage eines Spielplatzes und eines Regenwasserrückhaltebeckens.

Baubedingte Wirkungen

Während der Bauphase ist mit Staubemissionen zu rechnen, die zu einer temporären Funktionsbeeinträchtigung von benachbarten Lebensräumen führen können.

Die Bebauung des Geländes mit Wohnbebauung sowie die Straßenverkehrsflächen führen zum kleinflächigen Verlust von Ackerflächen sowie Ruderal- und Gebüschstrukturen.

Anlagebedingte Wirkungen

Durch die geplante Bebauung werden landwirtschaftliche Flächen in Anspruch genommen. Im Eingriffsraum liegen keine Wuchssorten der gefährdeten Hügellandsippen, der besonders geschützten Sippen nach Bundesnaturschutzgesetz oder der gefährdeten Flachlandsippen vor. - Der Eingriff ist als unerheblich zu betrachten -

Durch die Anlage von Hausgärten werden neue Lebensräume für an den Siedlungsraum angepasste Arten geschaffen. Diese Flächen werden – je nach Ausstattung - eine geringe bis mittlere Lebensraumbedeutung für Pflanzen haben.

Durch die Anlage eines Rückhaltebeckens wird eine Ruderalfläche in Anspruch genommen. Sie führt zum kleinflächigen Verlust des vegetationsgebundenen Biotoptyps sowie der daran gebundenen Flora. Die abgetragene Fläche steht zeitweise der Pflanzenproduktion nicht mehr zur Verfügung. Mit der Regenwasserrückhaltung wird ein technisches Bauwerk geschaffen, das als naturfermes Stillgewässer eingestuft wird. - Der Eingriff ist als erheblich zu betrachten -

Mit der Anlage eines Spielplatzes wird anstelle einer Ruderalfläche mit Baumbestand ein Siedlungsbiotop mit intensiver Nutzung und regelmäßiger Unterhaltung geschaffen, das für den Naturschutz von geringer Bedeutung ist - Eine erhebliche Beeinträchtigung ist zu erwarten -

Die Anlage des Regenwasserrückhaltebeckens und des Spielplatzes wird unter Schonung des vorhandenen Baumbestandes durchgeführt.

Betriebsbedingte Wirkungen

Durch die Regenwasserrückhaltung wird ein technisches Bauwerk geschaffen, das regelmäßig unterhalten wird. Mit der regelmäßigen extensiven Mahd entsteht anstelle der Ruderalfläche punktuell ein minderwertiges Biotop (artenreicher Scherrasen).

Bewertung

Die landwirtschaftlichen Flächen besitzen eine geringe Bedeutung für den Schutz von Arten- und Lebensgemeinschaften. Die Wildkrautfluren sind durch die Intensität der Bewirtschaftung sehr stark verarmt und werden an Randstreifen und Böschungen zurückgedrängt.

Im Eingriffsraum wird angenommen, dass keine Wuchsorte der gefährdeten Tieflandsippen sowie der besonders oder streng geschützten Sippen nach Bundesnaturschutzgesetz vorliegen. Erhebliche Beeinträchtigungen gefährdeter Arten sind nicht zu erwarten.

Eine Erheblichkeit von Beeinträchtigungen des Schutzgutes „Arten- und Lebensgemeinschaften“ durch das Vorhaben liegt im südlichen Bereich des B-Planes vor, da ein Biotoptyp der Wertstufe III (Ruderalflur mit Baumbestand) vorkommt.

5.2.2 Fauna

5.2.2.1 Artenschutzrechtliche Prüfung

Die artenschutzrechtliche Prüfung untersucht die Auswirkungen einer Planung oder eines Bauvorhabens für ausgewählte Tier- und Pflanzenarten, die unter einen besonderen gesetzlichen Schutz gestellt sind. Es handelt sich dabei um die Arten:

- der Anhänge A und B der EG-Verordnung 338/97,
- die der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) und
- der Vogelschutz-Richtlinie (VS-Richtlinie) unterliegen sowie
- die im nationalen Naturschutzrecht verankerten streng geschützten Arten nach § 54 Abs. 2 Nummer 1 und 2 BNatSchG.³¹

Die rechtliche Grundlage bildet das Bundesnaturschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juli 2009 (BGBl. Jg. 2009 Teil I Nr. 51) (in Kraft getreten am 1. März 2010).

Eine artenschutzrechtliche Prüfung der Schädigungs- und Störungsverbote des § 44 BNatSchG ist immer dann erforderlich, wenn Anhaltspunkte dafür bestehen, dass ein behördlich zugelassenes Vorhaben diese Arten berührt.

Die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung dient der artspezifischen Überprüfung, ob die Aufstellung des B-Planes geeignet ist, die Verbote des § 44 Abs. 1 Nr. 1-4 BNatSchG in Zusammenhang mit Abs. 5 zu erfüllen.

Die Verbote beinhalten im Einzelnen:

- wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
- wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
- Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
- wild lebende besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Einschränkungen dieser Verbote finden sich in § 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG:

Gemäß § 44 Absatz 5 BNatSchG gelten für nach § 15 BNatSchG zulässige Eingriffe und für Vorhaben im Sinne des § 18 Absatz 2 Satz 2 BNatSchG, die nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässig sind, die artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote des § 44 Absatz 1 BNatSchG, die in den folgenden Sätzen des Absatzes 5 näher bestimmt werden:

- „Sind in Anhang IV a der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Tierarten, europäische Vogelarten oder solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nummer 2 aufgeführt sind, liegt ein Verstoß gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 3 und im Hinblick auf damit verbundene unvermeidbare Beeinträchtigungen wild lebender Tiere auch gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 1 nicht vor, soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.“

³¹ In Niedersachsen gibt es 1.689 besonders oder streng geschützte Arten aus 19 Artengruppen.

- Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden.
- Für Standorte wild lebender Pflanzen der in Anhang IV b der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten gelten die Sätze 2 und 3 entsprechend.
- Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens kein Verstoß gegen die Zugriffsverbote vor.“

Nahrungs- und Jagdhabitats unterliegen nicht den Bestimmungen des § 44 (1) BNatSchG. Allerdings ist von einer artenschutzrechtlichen Relevanz von Nahrungsstätten auszugehen, wenn die geschützte Fortpflanzungs- und Ruhestätte infolge der Vernichtung einer mit ihr in einem direkten funktionalen Zusammenhang stehenden Nahrungsstätte an Wert verlieren würde.

Die artenschutzrechtliche Prüfung nach § 44 Abs. 1 Nr. 1-4 BNatSchG hat die Aufgabe, die artenschutzrechtliche Zulässigkeit des Vorhabens zu klären, d. h. die zu erwartenden vorhabensbedingten Wirkungen zu prognostizieren und zu prüfen, inwieweit diese für die planungsrelevanten Arten die Zugriffsverbote des § 44 BNatSchG berühren. Dabei sind die artspezifischen Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung der Verbotverletzungen zu berücksichtigen. Für einen Verletzungstatbestand gemäß § 44 (1) BNatSchG kann eine Ausnahme nach § 45 (7) BNatSchG zugelassen werden. Artikel 16 Abs. 3 der FFH-RL und Art. 9 Abs. 2 der VSchRL sind hierbei zu beachten. Eine Ausnahme darf nur dann zugelassen werden, wenn zwingende Gründe des öffentlichen Interesses gegenüber den Anforderungen des Artenschutzes überwiegen und darüber hinaus, wenn zumutbare Alternativen nicht gegeben sind und sich der Erhaltungszustand der Population einer Art nicht verschlechtert.

5.2.2.2 Schäden an bestimmten Arten und natürlichen Lebensräumen

Im Bundesnaturschutzgesetz sind die naturschutzfachlichen Anforderungen des Umweltschadensgesetzes im § 19 geregelt. Dort werden die Begriffe „Arten“ und „Lebensräume“ wiederum näher konkretisiert unter Rückgriff auf die europäischen Naturschutzrichtlinien. Danach versteht man unter „Schäden an bestimmten Arten und natürlichen Lebensräumen“ Folgendes:

- eine Schädigung von Arten und natürlichen Lebensräumen im Sinne des Umweltschadensgesetzes ist jeder Schaden, der erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Erreichung oder Beibehaltung des günstigen Erhaltungszustands dieser Lebensräume oder Arten hat.
- eine Schädigung von Arten und natürlichen Lebensräumen im Sinne des Umweltschadensgesetzes ist jeder Schaden, der erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Erreichung oder Beibehaltung des günstigen Erhaltungszustands dieser Lebensräume oder Arten hat
- Arten im Sinne des Absatzes 1 sind die Arten, die in
- Artikel 4 Abs. 2 oder Anhang I der Richtlinie 79/409/EWG oder
- den Anhängen II und IV der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführt sind

Natürliche Lebensräume im Sinne des Absatzes 1 sind:

- die Lebensräume der Arten, die in Artikel 4 Abs. 2 oder Anhang I der Richtlinie 79/409/EWG oder in Anhang II der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführt sind,
- die in Anhang I der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten natürlichen Lebensräume sowie die Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der in Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten.

Hat ein Verantwortlicher nach dem Umweltschadensgesetz eine Schädigung geschützter Arten oder natürlicher Lebensräume verursacht, so trifft er die erforderlichen Sanierungs-

maßnahmen gemäß Anhang II Nr. 1 der Richtlinie 2004/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden (ABl. EU Nr. L 143 S. 56).

Die Erheblichkeit der Auswirkungen nach Absatz 1 ist mit Bezug auf den Ausgangszustand unter Berücksichtigung der Kriterien des Anhangs I der Richtlinie 2004/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden (ABl. EU Nr. L 143 S. 56) zu ermitteln, wobei eine erhebliche Schädigung in der Regel nicht vorliegt bei:

- nachteiligen Abweichungen, die geringer sind als die natürlichen Fluktuationen, die für den betreffenden Lebensraum oder die betreffende Art als normal gelten;
- nachteilige Abweichungen, die auf natürliche Ursachen zurückzuführen sind oder aber auf eine äußere Einwirkung im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung der betreffenden Gebiete, die den Aufzeichnungen über den Lebensraum oder den Dokumenten über die Erhaltungsziele zufolge als normal anzusehen ist oder der früheren Bewirtschaftungsweise der jeweiligen Eigentümer oder Betreiber entspricht;
- einer Schädigung von Arten bzw. Lebensräumen, die sich nachweislich ohne äußere Einwirkung in kurzer Zeit so weit regenerieren werden, dass entweder der Ausgangszustand erreicht wird oder aber allein auf Grund der Dynamik der betreffenden Art oder des Lebensraums ein Zustand erreicht wird, der im Vergleich zum Ausgangszustand als gleichwertig oder besser zu bewerten ist.

Das Umweltschadengesetz schließt damit explizit die Prüfung von Auswirkungen auf FFH-Lebensraumtypen und -Arten sowie Arten der EU-Vogelschutzrichtlinie in der Fläche, d.h. auch außerhalb der eigentlichen Natura 2000-Schutzgebiete ein.

5.2.2.2.1 Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung – Zu berücksichtigendes Arten-spektrum der Brutvögel

Die Darstellung der planungsrelevanten Arten erfolgt entsprechend über die Auswertung vorhandener Daten über Artenvorkommen.³²

Da viele der besonders geschützten Vögel nicht zu den gefährdeten Arten zählen (z. B. Amsel, Blaumeise, Grünfink...), könnte man die vertiefende Betrachtung auf „relevante“ Arten eingrenzen bzw. auf Arten, die eine besondere Indikationswirkung für andere gefährdete Arten übernehmen.

Für die Relevanzprüfung der im Untersuchungsgebiet nachgewiesenen Brut- und Gastvogelarten in dem hier vorliegenden Planfall wurde das zu betrachtende Artenspektrum nach folgenden Kriterien festgelegt:

- alle streng geschützten Arten auf Artniveau,
- bei den europäischen Vogelarten, alle Arten des Anhangs 1 der EU-VSR und streng geschützten Arten sowie besonders geschützte Arten der Roten Listen auf Artniveau;
- landesweit nicht gefährdete Arten ohne besondere Habitatansprüche können in Arten-gruppen bzw. Gilden (z.B. Gebüschbrüter, Bodenbrüter) zusammengefasst betrachtet werden.“

Von den 27 erfassten Brutvogelarten sind die Feldlerche (Vogelschutzrichtlinie - Zugvogel-art) und der Neuntöter (Vogelschutzrichtlinie - Anhang I) in Niedersachsen als bestandsgefährdete Brutvogelarten eingestuft. Die Feldlerche kommt auf den offenen Ackerflächen

³² Reinhold Kratz, Ökotox, Arbeitsgemeinschaft Braunschweiger Ökologen GbR: Bebauungsplan „Vor dem Wienhope“ Gemeinde Lehre, Brutvogelkartierung mit Bestandsbewertung, Braunschweig, Juni 2013.

nordöstlich und der Neuntöter in einer Gartenhecke südwestlich außerhalb des geplanten Bauvorhabens vor.

Von den 4 im Vorhabensgebiet festgestellten Nahrungsgästen ist der Rotmilan (Vogelschutzrichtlinie – Anhang I) stark gefährdet und die Rauchschwalbe wird auf der Vorwarnliste aufgeführt.

Alle Vogelarten sind nach § 7 BNatSchG als „europäische Vogelarten“ besonders geschützt.

Die auf der deutschen Vorwarnliste verzeichneten Arten Bluthänfling, Feldsperling, Girlitz, Grauschnäpper, Haussperling und Star brüten in den Gehölzen des Siedlungsbereiches westlich und südwestlich des B-Plan-Gebietes.

Innerhalb der biogeographischen Region wird der Erhaltungszustand der Feldlerche in Niedersachsen als ungünstig-schlecht, der des Neuntöters als günstig bewertet. Für die anderen Arten liegen keine Bewertungen vor.

Nach dem Statusreport des DDA nimmt der Bestand folgender Arten in Deutschland wie folgt:

- leichte Abnahme (< 1 %/Jahr): Neuntöter, Girlitz, Rauchschwalbe, Star,
- moderate Abnahme (1-3 %/Jahr): Feldsperling, Grauschnäpper, Haussperling,
- starke Abnahme (> 3 %/Jahr): Bluthänfling, Feldlerche.

Innerhalb des Plan-Bereiches sind folgende Vogelarten von dem Bauvorhaben betroffen:

- **Feldsperling, Blaumeise, Rotkehlchen und Zaunkönig;** diese weit verbreiteten und ungefährdeten Vogelarten mit Brutzeitbeobachtung verlieren mit der Beseitigung von Gebüsch Möglichkeiten zur Nestanlagen und Teile ihrer angestammten Nahrungshabitate also minimale Anteile ihrer Lebensraumbestandteile; ein Ausweichen in den mit Gehölzen bewachsenen Randbereichen des Geltungsbereiches des B-Planes ist jederzeit möglich.
- **Dorngrasmücke, Goldammer, Mönchgrasmücke;** für diese aufgeführten Vogelarten ist der Verlust ihrer Brut- und Nahrungshabitate durch das Bauvorhaben anlagebedingt zu verzeichnen. Die Inanspruchnahme eines Brutplatzes würde den Erhaltungszustand dieser weit verbreiteten und ungefährdeten Arten nicht gefährden, da sich innerhalb des Reviers in den Randbereichen des B-Planes weitere vergleichbare Brutmöglichkeiten finden. Aufgrund ihrer Häufigkeit und Anpassungsfähigkeit kann davon ausgegangen werden, dass die Populationen eine geringe Bestandsreduzierung problemlos ertragen könnten. Die ökol. Funktion der Fortpflanzungs- und Ruhestätten der aufgeführten Arten im räumlichen Zusammenhang (bezogen auf § 44 Abs.1 Nr.1 und 3 BNatSchG) wird weiterhin gewahrt und eine Verschlechterung des Erhaltungszustand der lokalen Population im Raum Flechtorf (bezogen auf § 44 Abs.1 Nr.2 BNatSchG) ist nicht zu erwarten, zumal keine größere Anzahl von Brutpaaren (1 Brutpaar pro Art) betroffen ist.

Außerhalb des Plan-Bereiches sind folgende Vogelarten von dem Bauvorhaben mittelbar betroffen:

- Bluthänfling, Grauschnäpper, Feldsperling, Haussperling und Neuntöter **mit Brutzeitbeobachtung,**
- Feldlerche, Haussperling, Girlitz und Star **mit Brutverdacht;**

Die Arten **Bluthänfling, Haussperling, Feldsperling, Girlitz, und Star** leben in Busch- und Heckenlandschaften; als Gebüschbrüter haben sie keine festen Brutreviere, sondern brüten ansatzweise kolonieartig (der Girlitz ausgenommen) und suchen zur Nahrungssuche gemeinsam ein größeres Gebiet auf. Sie verlieren durch Rodung von Teilen der verbusch-

ten Ruderalflächen Möglichkeiten zur Nestanlage und Teile ihres Nahrungsreviers. Durch den Betrieb der Anlage ist mit Beeinträchtigungen (Lärm, Licht, optische Störreize) zu rechnen, die zur Aufgabe der Nahrungs-suche und zu einer Funktionsbeeinträchtigung der benachbarten Lebensräumen führen könnten. Da diese anpassungsfähigen Arten jedoch am Rand des Plangebietes brüten und wahrscheinlich große Teile ihres jeweiligen Reviers weit außerhalb des Untersuchungsgebietes haben, ist ein Auszuweichen in die mit reichlich Gehölzen bewachsene Umgebung möglich.

Der **Grauschnäpper** ist ein Weistreckenzieher und strenger Zugvogel. Er legt sein Nest als Halbhöhlenbrüter offenbar wahllos an allen möglichen Orten an. Da nur eine Brutzeitbeobachtung außerhalb des B-Plangebietes ist nicht davon auszugehen, dass die Beeinträchtigungen durch das Bauvorhaben zu einem ungünstigen Erhaltungszustand und damit Gefährdung der Arten führen könnten.

Für die folgenden streng geschützten Brutvogelarten **Feldlerche** (gefährdete Art der RL Niedersachsen, Art. 4 (2) der EU-Vogelschutzrichtlinie) und **Neuntöter** (gefährdete Art der RL Niedersachsen, Anhang I der EU-Vogelschutzrichtlinie) wird die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung auf Artenniveau tabellarisch dargestellt.

Feldlerche

Art nach Artikel 4.2 Vogelschutzrichtlinie Feldlerche (*Alauda arvensis*)

1 Charakterisierung

1.1 Lebensraumsansprüche und Verhaltensweisen

Die gefährdete Feldlerche brütet im Kulturland (Acker und Grünland), im offenen Gelände (freier Horizont), aber auch in Brachen und Ruderalfluren mit trockenen bis wechselfeuchten Böden. Dabei bevorzugt sie eine karge Vegetation mit offenen Stellen in einem Abstand von mindestens 60-120 m zu einzelnen Gebäuden oder Waldrändern.

Die Feldlerche brütet am Boden in niedriger Gras- und Krautvegetation Anfang/Mitte April für die Erstbrut und ab Juni für die Zweitbrut. Als Kurzstrecken-, Teilzieher und Standvogel zieht die Feldlerche im Winter nach West- und Südwesteuropa und teilweise bis nach Nordafrika.

1.2 Verbreitung in Deutschland / in Niedersachsen

Die Feldlerche kommt in allen naturräumlichen Regionen Deutschlands vor. In Niedersachsen ist die Art flächendeckend vertreten mit Ausnahme der großflächig bewaldeten oder überbauten Flächen.

1.3 Verbreitung im Untersuchungsraum

☒ nachgewiesen ☐ potenziell möglich

Für die Feldlerche als Bodenbrüter im offenen Gelände stellen die Flächen des Plangebietes sowie die anschließenden Ackerflächen im Untersuchungsraum einen geeigneten Lebensraum dar. Die Feldlerche brütet in ca. 30 m Entfernung des Geltungsbereiches des B-Planes mit 1 Brutpaar.

2 Gefährdungsstatus

2.1 Gefährdungsgrad

- ☒ RL BRD Kat 3
☒ RL Nds Kat 3
☒ Vogelschutzrichtlinie (Zugvogelart)
☒ BNatSchG § 7 Abs. 2, Nr. 13
 (besonders geschützte Art)
☐ BNatSchG § 7 Abs. 2, Nr. 14
 (streng geschützte Art)

Erhaltungszustand Niedersachsen

- ☐ günstig
☒ unzureichend
☐ schlecht
☐ unbekannt

- ☐ günstig
☐ unzureichend
☒ schlecht
☐ unbekannt

Der Brutbestand in Deutschland wird auf ca. 2,5 Mio. und in Niedersachsen auf 180.000 Brutpaare geschätzt und ist durch eine starke (mehr als 20 %) bzw. sehr starke (mehr als 50 %) Bestandsabnahme gekennzeichnet.

Innerhalb der biogeographischen Region ist der Erhaltungszustand der Feldlerche als ungünstig-schlecht einzustufen.

Da die Besiedlungsdichte unbekannt ist, sind Aussagen zu dem Erhaltungszustand der lokalen Population nicht möglich.

2.2 Vorbelastung / Gefährdung

- ☐ Rückgang geeigneter Bruthabitate und Lebensräume, speziell von Ödland- und Brachflächen, Heideland und schütterten (Sand-) Magerrasen (verstärkte Bautätigkeit, Versiegelung der Landschaft, Ausbau der Feldwege, Veränderung und Intensivierung der forst- und landwirtschaftlichen Nutzung mit Aufforstung oder Aufgabe extensiver Weideflächen (inkl. Verbuschung/Sukzession), Überdüngung von Mager- und Halbtrockenrasen);
☐ Klimaveränderung;
☐ Störungen durch Freizeitaktivitäten (Camping, Picknick, Parkplätze) und Freizeitsport (Motocross, Mountain-bikes, Modellflieger) einschließlich der Erschließung und Bebauung entsprechender Lebensräume;
☐ Direkte Verfolgung in den Überwinterungsgebieten Südwest-Frankreichs und Iberiens.
☐ Starke Prädation u.a. durch Hauskatzen in Brutgebieten in Siedlungsnähe. +

2.3 Empfindlichkeit und vorhandene Beeinträchtigungen

In Untersuchungen über die Auswirkungen von Verkehrslärm auf die Avifauna wurde „eine verkehrsabhängige reduzierte Besiedlung von mehreren 100 m für die Feldlerche festgestellt. Eine eindeutige Erklärung für dieses Verhalten konnte nicht geliefert werden. Im Untersuchungsgebiet liegt der Brutverdacht etwa 80 m von der Kreisstraße K

Die Feldlerche ist dafür bekannt, dass sie ihre Umwelt in erster Linie optisch wahrnimmt und zu verschiedenen Landschaftselementen einen für Singvögel unüblich großen Abstand von bis zu 500 m hält (Daunicht 1998). Eine besonders hohe Empfindlichkeit gegen optische Störungen, die auf den ausgedehnten Singflügen intensiv wahrgenommen werden, ist daher nicht auszuschließen.“ (Annick Garniel & Dr. Ulrich Mierwald, KifL)

Durch die siedlungsnahe Lage kommt es zu Beeinträchtigungen durch den Autoverkehr.

3 Prognose Schädigung oder Störung nach § 44 (1-3) BNatSchG (Zugriffsverbote)

Folgende Schädigungen sind zu erwarten:

3.1 Fangen/Verletzung/Tötung wild lebender Tiere (§ 44 (1) Nr. 1)

☐ ja ☒ nein

☐ Vermeidungsmaßnahmen

a) Konfliktvermeidende Bauzeitenregelung:

☐ Das Baufeld wird vor dem Besetzen der Fortpflanzungsstätte oder nach dem Verlassen geräumt.

b) weitere konfliktvermeidende und -mindernde Maßnahmen für besonders kollisionsgefährdete Vogelarten

Anmerkung: Kollisionen der Art (z.B. während Nahrungsflügen) mit Baufahrzeugen sind nicht zu erwarten, da diese mit sehr geringen Geschwindigkeiten verkehren werden. Es sind keine gesonderten Maßnahmen erforderlich.

☐ CEF-Maßnahmen

Verbotstatbestand Verletzung/Tötung wild lebender Tiere tritt ein

☐ ja ☒ nein

3.2 Störungsbestände wild lebender Tiere während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten (§ 44 (1) Nr. 2)

☒ ja ☐ nein

Für die störungsempfindliche Offenlandart ist zu Brutbeginn innerhalb der maximalen Effektdistanz (500 m) bereits mit starken Scheuchwirkungen zu rechnen.

☐ Vermeidungsmaßnahmen

☐ CEF-Maßnahmen

Anmerkung: Dem ausweichenden Brutpaar steht jedoch in den weiträumigen Ackerflächen ausreichend Ausweichflächen zur Verfügung. Dadurch ist die ökologische Funktion der Lebensstätten (Bruthabitate) im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt. Der Verlust bzw. die Verschiebung von Bruthabitaten lässt mit Blick auf den unzureichenden Erhaltungszustand der lokalen Population keine erheblichen Auswirkungen (Verschlechterung des Erhaltungszustandes) für die Population erwarten. Es sind keine gesonderten Maßnahmen erforderlich.

Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Population

☐ ja ☒ nein

Verbotstatbestand der erheblichen Störung tritt ein

☐ ja ☒ nein

3.3 Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten (§ 44 (1) Nr. 3)

☐ ja ☒ nein

☐ Vermeidungsmaßnahmen

☐ CEF-Maßnahmen (vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen zum Erhalt der durchgängigen ökologischen Funktionalität).

Ökologische Funktion der Lebensstätte wird weiterhin im räumlichen Zusammenhang erfüllt

☒ ja ☐ nein

Verbotstatbestand der Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten tritt trotz Maßnahmen weiterhin ein

☐ ja ☒ nein

4 Erfordernis der Zulassung einer Ausnahme nach § 45 (7) BNatSchG

☒ nein (Verbotstatbestände treten nicht ein) / Prüfung endet hier!

☐ ja (Verbotstatbestände treten ein) / Ausnahmevoraussetzungen sind zu prüfen und die erforderlichen Maßnahmen vorzusehen.

Neuntöter**Neuntöter (*Lanius collurio*)****1 Charakterisierung****1.1 Lebensraumsprüche und Verhaltensweisen**

Der Neuntöter bewohnt offene bis halboffene Landschaften. Bevorzugt werden dabei aufgelockerte, gebüschrreiche Flächen mit niedriger, krautiger Bodenvegetation oder vegetationsarme Flächen, in denen sich reichlich Insekten und kleine Wirbeltiere befinden. Die Freibrüter bauen ihre Nester in Büschen und Hecken aller Art (bevorzugt in Dornensträuchern in sonniger Lage) und seltener auch in Einzelbäumen zwischen 0,5 – 5 m Höhe. Nur extensiv genutzte Kulturlandschaften, wie Heiden, Trockenrasen und -Hänge, Heckenlandschaften mit Weiden, dornige Feldgehölze, Kahlschläge, niedrige Schonungen und lichte Wälder sowie gebüschrreiche Waldränder können die Lebensraumsprüche der Art erfüllen. Als Ansitzwartenjäger braucht er Büsche, Einzelbäume, Zäune, Pfähle oder Leitungen. Die Nahrung besteht hauptsächlich aus größeren Insekten, aber auch Nagetieren und ausnahmsweise Jungvögeln. Bei gutem Nahrungsangebot wird der Nahrungsüberschuss gern als Reserve auf Dornen aufgespießt.

Die Männchen treffen häufig vor den Weibchen im Brutgebiet ein (Ende April) und der Legebeginn bei der Jahresbrut findet frühestens Anfang Mai statt. Die Brutdauer beträgt ca. 14-16 Tage, die Nestlingszeit 13-15 Tage.

Der Neuntöter ist ein Langstreckenzieher, der ab Mitte Juli im Familienverband in die Hauptüberwinterungsgebiete in Ost- und Südafrika wandert.

1.2 Verbreitung in Deutschland / in Niedersachsen

Der Neuntöter kommt in allen naturräumlichen Regionen Deutschlands vor. In Niedersachsen ist die Art flächendeckend mit den höchsten Siedlungsdichten in den östlichen, am stärksten kontinental geprägten Landesteilen vertreten.

1.3 Verbreitung im Untersuchungsraum

☒ nachgewiesen ☐ potenziell möglich

Der Neuntöter wurde außerhalb des B-Planbereiches in einer Hecke im südlichen Teil des Untersuchungsgebietes als Brutzeitbeobachtung nachgewiesen.

2 Schutz- und Gefährdungsstatus**2.1 Gefährdungsgrad**

- ☒ RL BRD
☒ RL Nds Kat 3
☒ Vogelschutzrichtlinie (Anhang I)
☒ BNatSchG § 7 Abs. 2, Nr. 13 (besonders geschützte Art)
☐ BNatSchG § 7 Abs. 2, Nr. 14 (streng geschützte Art)

Erhaltungszustand Niedersachsen

- ☐ günstig
☒ unzureichend
☐ schlecht
☐ unbekannt

Zukunftsaussichten

- ☐ günstig
☐ unzureichend
☒ schlecht
☐ unbekannt

Der Brutbestand in Deutschland wird auf ca. 134.000 und in Niedersachsen auf 4.000 Brutpaare geschätzt und wird als stabil bezeichnet. In Niedersachsen wurden in den vergangenen Jahrzehnten zum Teil starke Bestandsabnahmen verzeichnet; seit den 1990er Jahren gibt es Hinweise auf lokale Bestandserholungen. Innerhalb der biogeographischen Region ist der Erhaltungszustand des Neuntöters als günstig einzustufen. Aktuelle Angaben zum Erhaltungszustand der lokalen Neuntöterpopulation liegen nicht vor, so dass aus Gründen der Vorsorge analog zum niedersächsischen Erhaltungszustand ebenfalls ein günstigerer Erhaltungszustand der Lokalpopulation angenommen wird.

2.2 Vorbelastung / Gefährdung

Rückgang geeigneter Bruthabitate und Lebensräume durch:

- ☐ Beseitigung von Gebüsch und Hecken,
☐ Intensivierungsmaßnahmen der Landwirtschaft durch Nutzung von Ruderalflächen, Trocken- und Mager-
 rasen durch Aufforstung unproduktiver Flächen, Grünlandumbruch und -Entwässerung.
☐ Einsatz von Bioziden, der zur Verringerung des Nahrungsangebotes führt;
☐ Nutzungsänderungen und anhaltende Dürreperioden in den Überwinterungsgebieten in Afrika;
☐ Verfolgung auf dem Zug und in Überwinterungsgebieten.

2.3 Empfindlichkeit und vorhandene Beeinträchtigungen	
Die Fluchtdistanz liegt nach FLADE (1994) ab ca. 30 m. Nach GARNIEL et al. (2010) wird der Neuntöter als schwach lärmempfindlich eingestuft und die kritische Effektdistanz liegt bei 200 m. Die wenig befahrene Landesstraße stellt keine signifikante Beeinträchtigung der Art dar.	
3 Prognose Schädigung oder Störung nach § 44 (1-3) BNatSchG (Zugriffsverbote)	
Folgende Schädigungen sind zu erwarten:	
3.1 Fangen/Verletzung/Tötung wild lebender Tiere (§ 44 (1) Nr. 1)	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
<input type="checkbox"/> Vermeidungsmaßnahmen	
a) <u>Konfliktvermeidende Bauzeitenregelung:</u>	
b) <u>weitere konfliktvermeidende und -mindernde Maßnahmen für besonders kollisionsgefährdete Vogelarten</u>	
<u>Anmerkung:</u> Kollisionen der Art (z.B. während Nahrungsflügen) mit Baufahrzeugen sind nicht zu erwarten, da diese mit sehr geringen Geschwindigkeiten verkehren werden. Es sind keine gesonderten Maßnahmen erforderlich.	
<input type="checkbox"/> CEF-Maßnahmen	
Verbotstatbestand Verletzung/Tötung wild lebender Tiere tritt ein	
<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein	
3.2 Störungsbestände wild lebender Tiere während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten (§ 44 (1) Nr. 2)	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Für die schwach lärmempfindliche Offenlandart ist zu Brutbeginn innerhalb der maximalen Effektdistanz (200 m) bereits mit starken Scheuchwirkungen zu rechnen.	
<input type="checkbox"/> Vermeidungsmaßnahmen	
<input type="checkbox"/> CEF-Maßnahmen	
<u>Anmerkung:</u> Dem beobachteten Brutvogel steht jedoch auf den umliegenden Bereichen ausreichend Ausweichflächen zur Verfügung. Die Verschiebung von potenziellen Bruthabitaten lässt keine erheblichen Auswirkungen (Verschlechterung des Erhaltungszustandes) für die Population erwarten. Es sind keine gesonderten Maßnahmen erforderlich.	
Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Population	
<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein	
Verbotstatbestand der erheblichen Störung tritt ein	
<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein	
3.3 Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten (§ 44 (1) Nr. 3)	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
<u>Anmerkung:</u>	
<input type="checkbox"/> Vermeidungsmaßnahmen	
<input type="checkbox"/> CEF-Maßnahmen	
Ökologische Funktion der Lebensstätte wird weiterhin im räumlichen Zusammenhang erfüllt	
<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Verbotstatbestand der Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten tritt trotz Maßnahmen weiterhin ein	
<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein	
4 Erfordernis der Zulassung einer Ausnahme nach § 45 (7) BNatSchG	
<input checked="" type="checkbox"/> nein (Verbotstatbestände treten nicht ein) / Prüfung endet hier!	
<input type="checkbox"/> ja (Verbotstatbestände treten ein) / Ausnahmenvoraussetzungen sind zu prüfen und die erforderlichen Maßnahmen vorzusehen.	

5.2.2.2.2 Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung – Zu berücksichtigendes Arten-spektrum der Gastvögel

Alle erfassten Arten sind europarechtlich geschützte bzw. landesweit gefährdete oder streng geschützte Arten. Besondere Planungsrelevanz besitzen die in der Roten Liste Nie-

dersachsens ausgeführten Rauchschwalbe (*Hirundo rustica*) und Rotmilan (*Milvus milvus*) - letztere gleichzeitig Art der EU-Vogelschutzrichtlinie.

Die **Rauchschwalbe** lebt vor allem im ländlichen Raum, wo sie Kuhställe und Scheunen zum Bau ihrer Nester aufsuchen. Zur Nahrungssuche sind sie auf eine offene Landschaft (Felder und Wiesen).

Der seit vielen Jahren ein schleichender Rückgang dieser Art ist in erster Linie auf zunehmenden Nistplatz- und Nahrungsverlust in landwirtschaftlich und dörflich geprägten Landschaftsstrukturen zurückzuführen.

Der innerhalb der Vorhabensflächen vertretene Nahrungsgast Rauchschwalbe hat sehr wahrscheinlich ihren Brutplatz in der Ortschaft Flechtorf und wird weiterhin in der Zukunft als Kulturfolger diesen Bereich zur Nahrungssuche aufsuchen; die Beeinträchtigung ist daher nicht von existenzieller Bedeutung für die Art. Das Nahrungshabitat fällt von daher in diesem Fall nicht in den Schutzbereich der Fortpflanzungs- und Ruhestätten des § 44 (1) BNatSchG. Eine Prüfung nach § 44 BNatSchG für diese geschützte Vogelart somit nicht erforderlich.

Der zeitlich begrenzte Verlust des Jagdhabitats wird als unerheblich eingestuft.

Der **Rotmilan** nistet gern in lichten Altholzbeständen aber auch in kleineren Feldgehölzen; zur Nahrungssuche bevorzugt er große, agrarisch genutzte Flächen. Durch die Rückläufigkeit seines Verbreitungsgebietes und den hohen Anteil am Gesamtbestand in Deutschland hat das Land Niedersachsen eine hohe Verantwortung hinsichtlich Bestands- und Arealerhalts. Die Art hat die höchste Priorität bei der niedersächsischen Strategie zum Arten- und Biotopschutz.³³

Das östliche und insbesondere das südliche Niedersachsen gehört mit zum weltweiten Dichtezentrum des Rotmilans, der in Niedersachsen von der Staatlichen Vogelschutzwarte beim Niedersächsischen Landesamt für Ökologie als „stark gefährdet“ eingestuft wird. Da dieser Vogel große Raumansprüche hat (struktureiche Landschaft aus Äckern, Grünland, Gewässern oder Dorfrandbereiche), sind die Ackerflächen um Flechtorf als Nahrungsraum zu betrachten. Für den Greifvogel Rotmilan ist das Plangebiet kein unverzichtbares Teilhabitat innerhalb des funktionalen Gefüges ihrer Lebensräume (regelmäßig frequentierte, obligate Nahrungs- bzw. Jagdhabitats mit Ausweichmöglichkeiten). Es kann unregelmäßig oder fakultativ genutzt werden und ist daher nicht von existenzieller Bedeutung für die Art. Die Nahrungshabitate fallen von daher in diesem Fall nicht in den Schutzbereich der Fortpflanzungs- und Ruhestätten des § 44 (1) BNatSchG. Allerdings ist von einer artenschutzrechtlichen Relevanz von Nahrungsstätten auszugehen, „wenn die geschützte Lebensstätte infolge der Vernichtung einer mit ihr in einem direkten funktionalen Zusammenhang stehenden Nahrungsstätte an Wert verlieren.“³⁴ Da der Fall im Vorhabensgebiet nicht eintritt, ist eine Prüfung nach § 44 BNatSchG für diese 3 geschützten Vogelarten somit nicht erforderlich.

Durch das Bauvorhaben verliert der Nahrungsgast Nahrungsflächen. Diese Verkleinerung der Jagdhabitats ist jedoch für diese Art flächenmäßig nicht relevant, da sich die Art durch eine große Raumnutzung (struktureiche Landschaft aus Äckern, Grünland, Gewässern oder Dorfrandbereiche) zum Nahrungserwerb auszeichnen und in den angrenzenden Bereichen genügend Strukturen vorfinden, die als Nahrungsraum geeignet sind. Diese Verkleinerung des Jagdhabitats ist für diese Art flächenmäßig nicht relevant und wird als un-

³³ Vgl. Niedersächsische Strategie zum Arten- und Biotopschutz Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (Juli 2010); Vollzugshinweise zum Schutz von Säugetierarten in Niedersachsen; Teil 3: Säugetierarten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie mit Priorität für Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen. Rotmilan (Entwurf).

³⁴ GELLERMANN, M. (2003): Artenschutz in der Fachplanung und der kommunalen Bauleitplanung. Natur und Recht 25 (7): 385-394.

erheblich eingestuft. Eine Prüfung nach § 44 BNatSchG ist für diese geschützte Vogelart somit nicht erforderlich.

5.2.2.2.3 Fledermausarten

Sind Nahrungs- und Jagdhabitate von Fledermäusen im Plangebiet also essenzielle Voraussetzung für die Funktion einer Fortpflanzungs- und Ruhestätte, sind auf sie auch die Verbote des § 44 (1) 3 BNatSchG anzuwenden.

Aufgrund der 2004 im Rahmen der UVS Rückwinkel/Rückanger stichprobenartig geführten Untersuchung im Ortsgebiet Flechtorf kann für die damals beobachteten geschützten Fledermausarten angenommen bzw. zumindest nicht ausgeschlossen werden, dass die Wirkungen des Vorhabens (Bebauung) zu artenschutzrechtlichen Konflikten führen können. Hierzu zählen:

- Breitflügelfledermaus, Großer Abendsegler, Kleiner Abendsegler, Rauhaufledermaus, Wasserfledermaus und Zwergfledermaus.

BREITFLÜGELFLEDERMAUS

Fang, Verletzung, Tötung gemäß § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG

Die vom Bauvorhaben betroffenen Flächen sind keine Lebensräume der Art. Bau-, anlage- und betriebsbedingte Wirkungen finden nicht statt.

Störung der Fortpflanzungs- Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten gemäß § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG

Die Arbeiten werden bei Tageslicht durchgeführt. Es sind keine baubedingten Wirkungen zu erwarten.

Durch die Bebauung werden funktionale Beeinträchtigungen landschaftlicher Leitstrukturen durch Zerschneidungs-/ Barrierewirkungen nicht hervorgerufen.

Die Ackerfläche sowie die zukünftige Bebauung stellen keine wichtigen Lebensräume der Breitflügelfledermaus dar, da die Art ihr Jagdgebiet bevorzugt im Siedlungsbereich an Gebäuden, Bäumen, beleuchteten Plätzen und Straßen hat. Damit tritt der Verbotstatbestand nach § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG nicht ein.

Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten gemäß § 44 (1) Nr. 3 BNatSchG

Bau-, anlage- und betriebsbedingte Wirkungen finden nicht statt, da Quartiere der Breitflügelfledermaus nicht im Planbereich liegen.

GROSSER ABENDSEGLER – KLEINER ABENDSEGLER

Fang, Verletzung, Tötung gemäß § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG

Akustisch aktiv jagende Fledermausarten sind wenig sensibel gegenüber Lärmwirkungen und können den Straßenraum und seine parallel verlaufenden Vegetationsstrukturen frequentieren. Aufgrund der geringen Verkehrsstärke zum und im Baugebiet in der Aktivitätszeit der beiden Arten sind Kollisionsverluste sehr unwahrscheinlich. Darüber hinaus erfolgt der Jagdflug beider meistens über 10 m Höhe über dem Gelände.

Störung der Fortpflanzungs- Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten gemäß § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG

Die Arbeiten werden bei Tageslicht durchgeführt. Es sind keine baubedingten Wirkungen zu erwarten.

Durch die Bebauung werden funktionale Beeinträchtigungen landschaftlicher Leitstrukturen durch Zerschneidungs-/ Barrierewirkungen nicht hervorgerufen.

Die jetzigen Ackerflächen stellen keine wichtigen Lebensräume des Großen Abendseglers dar, da die Art ihr Jagdgebiet bevorzugt sowohl an Wäldern als auch im Offenland, an Gewässern und im Siedlungsbereich an beleuchteten Plätzen und Straßen hat.

Dabei wird der Kleine Abendsegler durch seine Fähigkeit unterstützt, einen raschen Wechsel zwischen den im Untersuchungsgebiet vorhandenen vielfältigen Jagdgebieten zu vollziehen. Aufgrund seines sehr großen Aktionsradius und seiner geringen Nahrungsspezialisierung kann der Große Abendsegler ohne weiteres auf andere Jagdhabitate ausweichen.

Da beide Arten wenig lichtempfindliche Fledermausarten sind, die bei der Jagd oft in der Nähe von Beleuchtungskörpern beobachtet werden, ist eine Beeinträchtigung der Arten durch Beleuchtungsanlagen des geplanten Baugebietes nicht zu erwarten.

Negative Wirkungen durch Lärm können insgesamt vernachlässigt werden, da die beiden Arten sehr bedingt lärmempfindlich sind bzw. nicht auf niedrigfrequente Geräusche von Fahrzeugen reagieren.

Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten gemäß § 44 (1) Nr. 3 BNatSchG

Negative Wirkungen durch Lärm können insgesamt vernachlässigt werden, da Kleiner Abendsegler und Großer Abendsegler sehr bedingt lärmempfindlich sind bzw. nicht auf niedrigfrequente Geräusche von Fahrzeugen reagieren.

RAUHAUFLEDERMAUS

Fang, Verletzung, Tötung gemäß § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG

Die vom Bauvorhaben betroffenen Flächen sind zwar als Lebensraum der Art geeignet, allerdings finden bau-, anlage- und betriebsbedingte Wirkungen bezüglich § 44 (1) nicht statt.

Störung der Fortpflanzungs- Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten gemäß § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG

Die Rauhaufledermaus als Bewohner von Wäldern, weitgehend auch dort jagend, kann als Jagdlebensraum und Sommerquartier im Untersuchungsgebiet die Gehölzstrukturen mit älteren Laubbäumen nutzen. Allerdings sind Beeinträchtigungen durch Zerschneidung, Barriere und/ oder Kollisionswirkung im Bereich von bedeutenden Flugwegen/ Jagdhabitaten in Bezug auf die Rauhaufledermaus durch das Bauvorhaben nicht zu erwarten.

Durch die Anlage von Hausgärten werden neue Nahrungs-, Rückzugs- und Lebensräume für diese auch im Siedlungsraum vorkommende Art geschaffen.

Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten gemäß § 44 (1) Nr. 3 BNatSchG

Bau-, anlage- und betriebsbedingte Wirkungen finden nicht statt, da mögliche Quartiere der Rauhaufledermaus im Planbereich nicht in Anspruch genommen werden.

WASSERFLEDERMAUS

Fang, Verletzung, Tötung gemäß § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG

Bau-, anlage- und betriebsbedingte Wirkungen finden nicht statt.

Störung der Fortpflanzungs- Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten gemäß § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG

Beeinträchtigungen durch Zerschneidung, Barriere und/ oder Kollisionswirkung im Bereich von bedeutenden Flugwegen/Jagdhabitaten sind in Bezug auf die Wasserfledermaus durch das Bauvorhaben nicht zu erwarten.

Die zukünftigen Beleuchtungsanlagen können zu Beeinträchtigungen der Nachtfalterfauna bis hin zum starken Populationsrückgang führen und sich negativ auf die Nahrungsressourcen für die lichtempfindliche Wasserfledermaus auswirken. Nachtaktive Insekten werden vom Licht aus großem Umkreis angelockt, sie umfliegen die Lampen oder setzen sich bewegungslos in der Nähe der Beleuchtungskörper nieder.

Die Wasserfledermaus ist ein Waldbewohner und nutzt als Jagdlebensraum im erweiterten Untersuchungsgebiet die Gehölzstrukturen um den Schuntersee. Durch die Lage und Entfernung des Baugebietes sind Lichteinwirkungen durch feste Beleuchtungseinrichtungen auf die Wasserfläche des Schuntersees nicht zu erwarten.

Negative Wirkungen durch Lärm können insgesamt vernachlässigt werden, da die Wasserfledermaus sehr bedingt lärmempfindlich ist bzw. nicht auf niedrigfrequente Geräusche von Fahrzeugen reagiert.

Die landwirtschaftlichen Flächen sowie die zukünftige Bebauung stellen keine wichtigen Lebensräume der Wasserfledermaus dar, da die Art ihr Jagdgebiet bevorzugt an Gewässern hat. Damit tritt der Verbotstatbestand nach § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG nicht ein.

Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten gemäß § 44 (1) Nr. 3 BNatSchG

Bau-, anlage- und betriebsbedingte Wirkungen finden nicht statt, da Quartiere der Wasserfledermaus nicht im Planbereich liegen.

ZWERGFLADERMAUS

Fang, Verletzung, Tötung gemäß § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG

Die vom Bauvorhaben betroffenen Flächen sind keine Lebensräume der Art. Bau-, anlage- und betriebsbedingte Wirkungen finden nicht statt.

Störung der Fortpflanzungs- Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten gemäß § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG

Die Zwergfledermaus nutzt als Jagdlebensraum im Untersuchungsgebiet die Gehölzstrukturen um den ca. 700 m östlich entfernten Schuntersee. Somit sind Beeinträchtigungen durch Zerschneidung, Barriere und/ oder Kollisionswirkung im Bereich von bedeutenden Flugwegen/ Jagdhabitaten in Bezug auf die Zwergfledermaus durch das Bauvorhaben nicht zu erwarten.

Durch die Anlage von Hausgärten werden neue Nahrungs-, Rückzugs- und Lebensräume für diese an den Siedlungsraum angepasste Art geschaffen. Diese Flächen sowie besonders die Baum- und Heckenpflanzungen um das Baugebiet können als Jagdhabitate von der Zwergfledermaus genutzt werden.

Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten gemäß § 44 (1) Nr. 3 BNatSchG

Bau-, anlage- und betriebsbedingte Wirkungen finden nicht statt, da Quartiere der Zwergfledermaus nicht im Planbereich liegen.

5.2.2.2.4 Bewertung der Beeinträchtigungen der Brutvögel und Nahrungsgäste im Rahmen der Eingriffsregelung

Baubedingte Wirkungen

Während der Bauphase ist mit akustischen und optischen Störungen zu rechnen, die zur Aufgabe der Nahrungssuche der Vogelfauna führen können. Das Gebiet wird nicht mehr aufgesucht.

Während der Bauphase ist mit Störungen (Schall, Lärm, Staub, optische Störreize) zu rechnen, die zu einer temporären Funktionsbeeinträchtigung von benachbarten Lebensräumen, insbesondere der angrenzenden Acker-, Wiesen und Waldflächen führen können und die das Verlassen eines potentiellen Brutreviers und/oder die Abnahme des Reproduktionserfolges einer gefährdeten Vogelart der Vogelschutzrichtlinie nach sich ziehen können.

Anlagebedingte Wirkungen

Die Bebauung des Geländes mit Wohnbebauung sowie die Errichtung von Straßenverkehrsflächen führen zum Verlust von Teilen der im nördlichen und östlichen Bereich der Ruderalfläche liegenden Weißdorn- und Schlehengebüsche, die als bevorzugter Brut- und Lebensraum für viele Vogelarten gelten. Dadurch wird das Vorhaben die Bedeutung von Teilen einer Fläche mit der Wertstufe III verringern.

Durch das Planungsvorhaben kommt es zu einem kleinflächigen Verlust des angestammten Nahrungsraumes einer Art der EU-Vogelschutzrichtlinie, des Rotmilans.

Durch die Anlage von Hausgärten werden neue Nahrungs-, Rückzugs- und Lebensräume für an den Siedlungsraum angepasste Arten geschaffen. Diese Flächen werden – je nach Ausstattung - eine geringe bis mittlere Lebensraumbedeutung für Pflanzen und Tiere haben.

Betriebsbedingte Wirkungen

Durch den Betrieb der Anlage ist potenziell mit Beeinträchtigungen (Lärm, Licht, optische Störreize) und Beunruhigungen (erhöhter Erholungsdruck) zu rechnen, die zu einer geringfügigen Funktionsbeeinträchtigung von benachbarten Lebensräumen und somit zur Aufgabe eines Brutreviers von Brut- und Gastvögeln der angrenzenden Naturräume führen können.

Bewertung

Durch die geplante Überbauung verliert der Nahrungsgast Rotmilan Nahrungsflächen. Diese Verkleinerung der Jagdhabitate ist jedoch für die Arten flächenmäßig nicht relevant, da sie sich durch vielfältige große Raumanprüche (struktureiche Landschaft aus Äckern, Grünland, Gewässern oder Dorfrandbereiche) auszeichnen und in den angrenzenden Bereichen genügend Strukturen vorfinden werden, die als Nahrungsraum geeignet sind.

Mit der Planung findet durch den kleinflächigen Verlust von für Vogelarten brut- und nahrungsbedeutsamen Vegetationsbeständen eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzgutes „Arten- und Lebensgemeinschaften“ statt.

Diese erhebliche Beeinträchtigung ist ausgleichbar, da eine gleichwertige Wiederherstellung der für die Vogelwelt bedeutsamen Vegetationsbestände in ähnlicher Ausprägung und Größe mittelfristig im und außerhalb des Plangebietes möglich ist.

5.2.2.2.5 Bewertung der Beeinträchtigungen der Fledermausarten im Rahmen der Eingriffsregelung

Baubedingte Wirkungen

Die Arbeiten werden bei Tageslicht durchgeführt. Es sind keine baubedingten Wirkungen zu erwarten.

Anlagebedingte Wirkungen

Durch die Überbauung des Planungsgebietes wird der über den landwirtschaftlichen Flächen verfügbare Insektenbestand vernichtet, welcher eine Lebensgrundlage für die Fledermaus-vorkommen darstellt.

Durch Beleuchtungsanlagen werden nachtaktive Insekten aus großem Umkreis angelockt und gehen so als potenzielle Beutetiere verloren. Die Tiere umfliegen die Lampen oder setzen sich bewegungslos in der Nähe der Beleuchtungskörper nieder. Während die fliegenden Insekten von manchen Fledermausarten (z. B. Zwergfledermaus und Breitflügelfledermaus) auch an Lampen gejagt werden können, sind die unbeweglichen Insekten sowohl dem eigenen Fortpflanzungszyklus als auch den Fledermäusen entzogen.

Der Erhalt des Strauch- und Baumbestandes innerhalb der öffentlichen Grünfläche im südlichen Bereich des Plangebietes sowie die Freihaltung von der Bebauung eines etwa 10 m breiten Grünstreifens entlang der Kreisstraße K 33 (Lärmschutzwall) wirkt gleichzeitig wie eine Fledermausleitstruktur. So können auch weiterhin die aus der Ortschaft von Süden kommenden Fledermäuse die 1 km nördlich anschließenden Waldbereiche (Hohnstedter Holz) erreichen.

Betriebsbedingte Wirkungen

Durch die Bebauung ist eine Erhöhung des fließenden Verkehrs im und zum Baugebiet zu erwarten. Daraus resultieren Lärmbeeinträchtigungen und mögliche kollisionsbedingte Verluste.

Da das Planungsgebiet von untergeordneter Bedeutung (keine Fortpflanzungsquartiere sondern Nahrungsareal nur in den Randbereichen) ist, sind keine erheblichen Beeinträchtigungen dieser streng geschützten Arten der FFH-Richtlinie (Anhang IV) nach der Richtlinie 92/43/EWG (Natura 2000) zu erwarten.

Erhebliche Beeinträchtigungen gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe a BauGB werden nicht erwartet.

Bewertung

Alle im Untersuchungsgebiet nachgewiesenen Fledermausarten jagen ausschließlich akustisch aktiv und sind gegenüber Lärmwirkungen wenig sensibel, weil die Ultraschallsignale nur in zu vernachlässigendem Umfang von Lärmfrequenzen überlagert werden.³⁵ Ihre Fähigkeit sich an teils sehr laute Umgebung anzupassen kommt auch darin zum Ausdruck, dass die Tiere häufig ihre Quartiere in Glockentürmen von Kirchen oder in Hohlräumen von Brückenbauwerken haben.

Wegen der minimalen Verkehrsstärke im Baugebiet wird die Kollisionsgefahr als sehr gering eingeschätzt

Da das Planungsgebiet von untergeordneter Bedeutung für die Fledermausarten (keine Fortpflanzungsquartiere, nur Nahrungsareal besonders in südlichen, westlichen und östlichen Randbereichen) ist, sind erhebliche Störungen dieser streng geschützten Arten der FFH-Richtlinie (Anhang IV) nach der Richtlinie 92/43/EWG (Natura 2000) und nach dem Bundesnaturschutzgesetz (§ 19 BNatSchG) nicht zu erwarten. Dabei wird eingeschätzt, dass die durch die Baumaßnahmen hervorgerufenen möglichen nachteiligen Abweichungen im Bestand geringer ausfallen als die natürlichen Fluktuationen, die für den Untersuchungsraum und die nachgewiesenen Arten als normal gelten.

Durch die Festsetzung von öffentlichen und von privaten Grünflächen an der südöstlichen Grenze des B-Plangebietes sowie die Freihaltung von baulichen Anlagen zwischen den rückwärtigen Baugrenzen und der östlichen Grenze des Planbereichs wird der Wande-

³⁵ Planung und Gestaltung von Querungshilfen für Fledermäuse, Ein Leitfaden für Straßenbauvorhaben im Freistaat Sachsen, S. 45 ff. Entwurf, Dez. 2008;

rungs-korridor entlang der K 33 in seiner Funktion als Vernetzung zwischen Flechtorfer Holz und in die Ortschaft Flechtorf für die Fledermäuse erhalten und weitergeführt.

5.3

Schutzgut „Boden“Baubedingte Wirkungen

Während der Bauphase ist durch Flächeninanspruchnahme und temporäre Stoffeinträge mit einer Beeinträchtigung der Bodenfunktionen (Bodenlebewelt, Filter- und Pufferfunktion) zu rechnen.

Aufgrund des Baustellenverkehrs mit schweren Fahrzeugen kommt es bei den strukturempfindlichen Böden im Plangebiet zu verstärkten Bodenverdichtungen. Die daraus resultierende Verminderung des Porenvolumens führt zu irreparablen Veränderungen des Luft-, Wasser- und Wärmehaushaltes im Boden mit gravierenden Auswirkungen für die Bodenlebewesen sowie das Pflanzenwachstum.

Prinzipiell kann es bei jeder Baustelle zum Verlust von Oberboden durch Erosionserscheinungen an frisch angelegten Böschungen oder Bodenmieten kommen. In diesem Baugebiet kann jedoch durch die Hanglage eine verstärkte Bodenerosion nach Entfernen der Vegetationsschicht eintreten.

Anlagebedingte Wirkungen

Bei Verwirklichung der Planung kommt es zu einem naturschutzrechtlich ausgleichspflichtigen Verlust von offenem, belebtem Boden durch Versiegelung und Überbauung (Verlust von Filter- und Produktionsfunktionen). Die Versiegelung beträgt 2.878 qm Straßenverkehrsflächen sowie 11.449 qm bebaubare Grundfläche. Betroffen sind Böden mit mittlerem landwirtschaftlichem Ertragspotential.

Die Aufgabe der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung führt zu einer Minderung des Stoffeintragsrisikos und die Anlage von Gärten zu einer lokalen Verbesserung der Bodeneigenschaften.

Durch die Herstellung eines Lärmschutzwalls wird Boden aufgeschüttet. Als Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen stellt die Aufschüttung eines Walles an der nordöstlichen Grenze des Baugebietes einen Eingriff in Natur und Landschaft dar.

Die Unterbringung von Material in Seitenablagerungen ist mit einer starken Verdichtung und dem Einbau von nicht kulturfähigem Material verbunden. Das natürlich gewachsene Bodenprofil wird umgeschichtet und durch ein einheitliches Bodengemisch ersetzt. Durch den Einbau einer durchwurzelbaren Oberbodenschicht wird jedoch die Funktion eines belebten Bodens mit Filter- und Produktionsfunktionen wiederhergestellt.

Der geplante Lärmschutzwall ist mit einem Neigungsverhältnis von 1:1,5 angesetzt und soll bis zu einer Höhe von 2,5 m über Fahrbahnkante der angrenzenden Kreisstraße aufgeschüttet werden.

Zur Aufschüttung wird ausschließlich unbelastetes natürliches, mineralisches und humusarmes Bodenmaterial verwendet, die den Anforderungen an die technischen Anforderungen der DIN 19731 und den des LAGA-Regelwerkes „stoffliche Verwertung von mineralischen Reststoffen/Abfällen“ 11/2003 entsprechen. Andere Materialien, Bauschutt, Straßenaufbruch oder Bodenmaterial mit Fremdstoffen werden grundsätzlich nicht eingebaut.

Durch die Anlage eines Regenwasserrückhaltebeckens und eines Kinderspielplatzes kommt es auf kleiner Fläche durch Erdbewegungen wie Aufschüttungen und Abgrabungen zum Verlust von offenem, belebtem Boden. Die Beurteilung des Eingriffs soll eine Anlage berücksichtigen, für die wassertechnische Bemessungen zur Festlegung des Rückhaltevolumens noch ausstehen.

Betriebsbedingte Wirkungen

Betriebsbedingte Wirkungen sind nicht vorhanden.

Bewertung

Durch das Vorhaben wird die Bedeutung eines Gebietes mit Böden von allgemeiner Bedeutung für die versiegelten Bereiche um eine Wertstufe verringert (von Wertstufe 2 auf Wertstufe 1).

Durch die Planung findet daher eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzgutes Boden statt.

Diese erhebliche Beeinträchtigung ist nicht ausgleichbar, da eine ähnliche oder gleichwertige Wiederherstellung der Bodenfunktionen in gleicher Ausprägung und Größe mittelfristig nicht möglich ist. Es sind Kompensationsmaßnahmen durch die Aufwertung von für den Naturhaushalt weniger wertvollen Biotopen vorzunehmen.

5.4 Schutzgut „Wasser“

5.4.1 Grundwasser

Baubedingte Wirkungen

Während der Bauphase besteht eine erhöhte Gefahr der Verschmutzung des anstehenden Grundwassers, insbesondere bei Freilegung der Sandschicht durch Tiefbau- bzw. Gründungsarbeiten (Verletzung der belebten Bodenschicht, Verminderung der Mächtigkeit der Bodenschichten).

Eine Veränderung der Grundwasserqualität und des Grundwasserstandes ist nicht zu erwarten, da eine Freilegung bzw. ein dauerhafter Anschnitt des Grundwasserleiters durch Oberbodenabtrag nicht beabsichtigt ist.

Während der Bauphase sind temporäre Stoffeinträge mit möglicher Verunreinigung des Grundwassers nicht zu erwarten.

Anlagebedingte Wirkungen

Als Folge der Versiegelung von landwirtschaftlichen Flächen durch Verkehrsflächen und Bebauung ist der Verlust von Grundwasserneubildungsflächen zu verzeichnen. Die dezentrale Versickerung des auf überbauten und befestigten Flächen anfallenden unbelasteten Niederschlagswassers ist innerhalb des Plangebietes auf Grund der Bodeneigenschaften möglich.³⁶

Mit der Begrenzung der Grundflächenzahl auf 0,4 mit 50 % zulässiger Überschreitung werden jedoch die Möglichkeiten einer örtlichen natürlichen Versickerung der Niederschläge in den Boden auf den Gartenflächen (über die belebte Bodenschicht) eingeschränkt. Als geeignete Versickerungsanlage können Mulden-Rigolen-Elemente zur Anwendung kommen, die ermöglichen, dass die Versickerungsrate geringer als der Niederschlagszufluss sein können, da die zeitweise Speicherung berücksichtigt wird. Bei beengten Platzverhältnissen ist der Einsatz von Block- oder Tanksystemen für die Dachentwässerung möglich.

Das Oberflächenwasser der Verkehrsflächen wird direkt in ein Regenwasserrückhaltebecken sowie gedrosselt in die Vorflut abgeleitet und damit dem örtlichen Wasserhaushalt entzogen. Von der Anlage der Schmutz- und Regenwasserkanalisation geht eine Beeinträchtigung des Wasserhaushaltes im Boden hervor.

Betriebsbedingte Wirkungen

³⁶ BRP consult; Baugebiet „An der Schmiede“ – Geotechnische Bewertung - Bodenuntersuchung und Baugrundbewertung - 24.10.2012, Braunschweig.

Betriebsbedingte Stoffeinträge mit möglicher Verunreinigung des Grundwassers sind nicht zu erwarten.

Bewertung

Mit der Rücknahme der grundwasserbelastenden landwirtschaftlichen Nutzung (Dünger- und Biozideintrag) wird die Bedeutung des Gebietes hinsichtlich Natürlichkeitsgrad des Grundwassers nicht verringert (gleiche Wertstufe).

Durch das Vorhaben sind eine erhebliche Reduzierung der Grundwasserneubildung und die Verringerung der Bedeutung des Gebietes hinsichtlich Natürlichkeitsgrad des Grundwassers zu erwarten, da der Versiegelungsgrad > 50 % ist.

Der Eingriff in den Wasserhaushalt ist als erheblich zu beurteilen.

5.4.2 Oberflächengewässer

Baubedingte Wirkungen

Während der Bauphase ist eine Belastung der Wasserqualität des entlang der K 33 gelegenen Entwässerungsgrabens und eine Beeinträchtigung der damit verbundenen Lebensgemeinschaften durch Verunreinigungen (u. a. durch Baustraßen) sowie die Anreicherung des abfließenden Regenwassers mit Schadstoffen (mögliche unvorschriftsmäßige Abwasser- und Abfallbeseitigung, Umfüllstationen, Lagerung von wassergefährdeten Stoffen, Aufbereitungsanlagen, Abortanlagen, Wasch-, Wartungs- und Abstellplätze für KFZ) durch die Hanglage möglich.

Anlagebedingte Wirkungen

Die Flächeninanspruchnahme von ca. 1,43 ha Oberfläche durch Versiegelung führt zu einer möglichen Veränderung der hydrologischen Verhältnisse, einer Beschleunigung der Abflussgeschwindigkeit des Oberflächenwassers und einer stärkeren Belastung der Vorfluter-Systeme.

Das auf Gebäuden und Verkehrsflächen anfallende Oberflächenwasser wird direkt in ein ausreichend dimensioniertes Regenwasserrückhaltebecken mit Drosselvorrichtung auf einer privaten Grünfläche im südlichen Teil des Plangebietes abgeleitet. Damit wird das Oberflächenwasser verzögert in die Vorflut geführt und dem örtlichen Wasserhaushalt bedingt entzogen. Diese Maßnahme wird erforderlich, weil der Entwässerungsgraben als Vorfluter bei Starkregen an der Kapazitätsgrenze angelangt ist und keine zusätzlichen Wassermengen mehr aufnehmen kann.

Durch die Rückhaltung und die Versickerung können die o. g. negativen Auswirkungen abgemildert werden, doch bleibt prinzipiell die Gefahr der Verschmutzung der Vorfluter durch Reifenabrieb, Öl, aufgelöste Salze, Schmier- und andere Stoffe bestehen.

Mit der Sammlung des Niederschlagswassers und die Weiterleitung in ein Rückhaltebecken werden Baumaßnahmen so durchzuführen sein, dass gemäß § 36 WHG keine schädlichen Gewässeränderungen zu erwarten sind und die Gewässerunterhaltung im Einleitungsbereich nicht mehr erschwert wird, als es den Umständen nach unvermeidbar ist. Das Regenrückhaltebecken muss gemäß § 60 WHG nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik errichtet, betrieben und unterhalten werden. Dimensionierung und technische Endgestaltung der Maßnahmen erfolgen im Rahmen der wasserrechtlichen Erlaubnis nach § 10 WHG, die für die Einleitung des Niederschlagswassers in das oberirdische Gewässer eingeholt werden muss.

Durch das Vorhaben werden Baumaßnahmen für den Anschluss in einen Entwässerungsgraben durchgeführt. Geplant ist der Rückbau von 2 Grabenüberfahrten mit einer Gesamtlänge von 9 m.

Betriebsbedingte Wirkungen

Eine erhebliche Beeinträchtigung ist in den mit der Versiegelung von ca. 1,39 ha Oberfläche in Zusammenhang stehenden nachteiligen Auswirkungen auf die Gefahr von Hochwasserspitzen in den Vorfluter zu sehen.

Durch die Anlage eines Regenwasserretentionsbeckens werden die negativen Auswirkungen auf die Gewässerhydraulik vermindert.

Bewertung

Der Eingriff in das Schutzgut Oberflächengewässer ist als unerheblich zu beurteilen.

Die oben genannten Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes werden durch Rückhaltungsmaßnahmen und Rückbau von Feldüberfahrten vermindert und kompensiert.

5.5 Schutzgut „Klima und Luft“

Baubedingte Wirkungen

Während der Bauphase ist mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen durch Baufahrzeuge zu rechnen, welches durch temporäre Staub-, Schall- und Lärmemissionen die Lufthygiene auf der Baustelle und im angrenzenden Wohngebiet beeinträchtigt.

Anlagebedingte Wirkungen

Als Folge der Flächeninanspruchnahme mit mittlerem Versiegelungsgrad (GFZ 0,4) durch Verkehrsflächen und Bebauung ist der Verlust von Flächen zu verzeichnen, die Klima ausgleichende und lufthygienische Funktionen am Rand der Ortschaft Flechtorf erfüllen.

Die Flächeninanspruchnahme von intensiv genutzten landwirtschaftlichen Flächen durch eine Bebauung mit hohen Versiegelungsanteilen (>50 %) lässt eine nachteilige Veränderung der momentanen kleinklimatischen Verhältnisse erwarten. Die nachts eintretende, lokale Erhöhung der Temperaturen und die Verringerung der relativen Luftfeuchtigkeit liegen im reduzierten Verdunstungspotential der Oberflächen, der größeren Adsorptionsfähigkeit und der damit stärkeren Erwärmung der Oberflächen sowie der gesteigerten Wärmespeicherfähigkeit der verwendeten Materialien begründet.

Durch die Überbauung landwirtschaftlicher Nutzfläche werden prinzipiell Kaltluftentstehungsgebiete verkleinert. Dies wirkt sich im überwiegend ländlich strukturierten Gebiet von Lehre und speziell durch die in der Umgebung vorhandenen bedeutsamen Kaltluftentstehungsbereiche der Schunterniederung in Flechtorf nicht merkbar aus.

Betriebsbedingte Wirkungen

Zusätzlich produzierte Abgase von Gebäudefeuerungsanlagen und erhöhtes Kfz-Verkehrsaufkommen sowohl im Wohngebiet als auch im benachbarten Verkehrswegenetz führen zu einer Erhöhung der lufthygienischen Belastung des schon belasteten Lokalbereiches. Betriebsbedingte Staub-, Schall- und Lärmemissionen mit erheblicher Beeinträchtigung der Lufthygiene sind nicht zu erwarten.

Bewertung

Durch das Vorhaben mit der Festlegung der Grundflächenzahl auf 0,4 werden kleinklimatische Änderungen verursacht und die Bedeutung eines Gebietes mit Klimaausgleichsfunktion verringert.

Der Eingriff in das Schutzgut „Klima/Luft“ wird als erheblich eingestuft.

5.6 Schutzgut „Landschaftsbild und Landschaftserleben“ (Erholung)

Baubedingte Wirkungen

Während der Bauphase ist durch den Baustellencharakter mit offenen Erdaushubstellen und Baukränen sowie starkem Baustellenlärm und Stoffemissionen mit einer erheblichen

Beeinträchtigung des lokalen Landschafts- und Ortsbildes, der wohnungsnahen Erholungsnutzung sowie der Erholung auf den privaten angrenzenden Grundstücken zu rechnen.

Anlagebedingte Wirkungen

Die Siedlungserweiterung wurde in einem landschaftlich unempfindlichen Bereich geplant und befindet sich am Rande der Ortschaft mit umgebenden Gartenflächen und Feldgehölzen.

Aufgrund der festgesetzten Grundflächenzahl von 0,4 wird zwar ein ausreichender Grünanteil in Form von Gärten im Plangebiet sichergestellt. Jedoch wird durch die Lage der Bebauung und die geringe Tiefe der Baugrenze eine Verbesserung der bisherigen Ortsrandeingrünung nicht erreicht.

Eine Landschaftsbild prägende Oberflächenform wird durch eine parallel gleichmäßig ausgerichtete Bebauung überformt. Die städtische Überprägung des dörflichen nördlichen Ortsrandes wird durch das Baugebiet verstärkt. Eine Ortsrandeingrünung wurde im Hinblick auf eine potentielle zukünftige Wohnentwicklung in diesem Bereich, wie der wirksame Flächen-nutzungsplan es vorsieht, nicht vorgenommen.

Betriebsbedingte Wirkungen

Betriebsbedingte Schall- und Lärmemissionen durch den Verkehr innerhalb und außerhalb des Baugebietes können in der menschlichen Wahrnehmung zu einer Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und der Erholung führen.

Bewertung

Der Eingriff in das Schutzgut „Landschaftsbild und -erleben“ ist als erheblich zu beurteilen.

5.7 Schutzgut Kulturgüter und sonstige Sachgüter

Beeinträchtigungen von Kultur- und sonstigen Sachgütern i. S. des Umweltrechts sind nicht zu erwarten, da im Plangebiet keine Objekte von kulturhistorischer Bedeutung bekannt sind.

5.8 Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Die o.g. Schutzgüter stehen in Beziehung zueinander und beeinflussen sich gegenseitig auf Grund der bestehenden Situation und durch die von der beabsichtigten Planung ausgehende Beeinträchtigung in unterschiedlichem Maße. Die getroffenen Festsetzungen und Maßnahmen des Vorhabens können sich positiv oder negativ auf die jeweiligen Schutzgüter auswirken.

Die Wirkungen der Versiegelung haben Folgewirkungen sowohl auf den Boden als auch auf den Wasserhaushalt, diese wiederum auf das Kleinklima und damit auf die Standorte bestimmter Tiere und Pflanzen.

Die Versiegelung führt zum Verlust belebten intensiv genutzten Bodens sowie von Versickerungs- und Verdunstungsfläche. Mit der Aufgabe landwirtschaftlicher Nutzung wird das Stoffeintragsrisiko vermindert und gleichzeitig wird mit der Anlage von Gärten eine Verbesserung der Bodeneigenschaften ermöglicht. Mit dem Vorhaben gehen einerseits Nahrungsflächen für den Rotmilan verloren sowie Lebensräume einiger Vogelarten, andererseits werden durch die Anlage von Hausgärten neue Nahrungs-, Rückzugs- und Lebensräume für an den Siedlungsraum angepasste Arten geschaffen. Gleichzeitig tragen sie dazu bei die negativen Auswirkungen der Versiegelung auf das Kleinklima zu vermindern. Durch Bebauung und Verkehrsflächen werden vorhandene Immissionsbelastungen durch den vorhandenen Kfz-Verkehr verstärkt und das Landschaftsbild am Ortsrand negativ verändert.

Es sind keine relevanten, über die oben beschriebenen Wirkungen hinaus keine Verstärkung der Wechselwirkungen zwischen den Umweltschutzgütern zu erkennen.

6 BESCHREIBUNG DER UMWELTRELEVANTEN MASSNAHMEN

Der Bebauungsplan überplant eine Fläche von insgesamt rd. 2,489 ha Bruttobauland als Allgemeines Wohngebiet sowie deren Begrünung und Erschließung.

6.1 Zulässigkeit des Eingriffs

Durch die Bauleitplanung werden im Planungsgebiet Maßnahmen vorbereitet bzw. ermöglicht, deren Durchführung den Eingriffstatbestand erfüllt und Beeinträchtigungen der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts in seinen in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe a bezeichneten Bestandteilen darstellt.

Nach § 1a Abs. BauGB ist der Verursacher eines Eingriffs verpflichtet, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen sowie unvermeidbare erhebliche Beeinträchtigungen durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen oder zu ersetzen.

Grundsätzlich ist ein Eingriff unzulässig, wenn die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes überwiegen. Dieses ist in der Regel in Gebieten der Fall, in denen die Voraussetzungen eines Schutzes nach den §§ 23 - 30 BNatSchG erfüllt sind. Im Geltungsbereich des Bebauungsplangebietes liegen diese Ausweisungen jedoch nicht vor.

Für den Bebauungsplan „Vor dem Wienhope“ sind die Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere des Naturhaushalts, des Wassers, der Luft und des Bodens sowie des Klimas zu berücksichtigen.

Dazu gehören die Verpflichtungen, Beeinträchtigungen zu vermeiden und die Eingriffswirkungen auf ein unerhebliches Maß zu reduzieren.

6.2 Grünordnerisches Ziel- und Maßnahmenkonzept

Für das Plangebiet sind folgende grünordnerische Ziele abzuleiten:

- Schutz des Grundwassers durch Reduzierung der Niederschlagsverluste für den Wasserhaushalt (Wasserrückhaltung und teilweise Regenwasserversickerung vor Ort sowie Ableitung des Regenwassers der öffentlichen Verkehrsflächen in die natürliche Vorflut),
- Erhalt von Vegetationsbeständen,
- Aufrechterhaltung ausgeglichener lufthygienischer Verhältnisse durch ausreichend große, unversiegelte Grünflächen,
- Erhaltung und Ausbau eines Fledermauskorridors als Vernetzung zwischen dem Ortskern und dem Flechtorfer Holz.

6.3 Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen

Kein Vorhaben darf mehr als unbedingt nötig in Natur und Landschaft eingreifen.

Die geplante Nutzung findet auf bereits intensiv genutzten Flächen am Dorfrand statt. Eine Vorbelastung von Natur und Landschaft ist somit vorhanden. In dem angrenzenden Bereich des Bauvorhabens befinden sich keine ökologisch bedeutsamen Flächen sowie wertvolle geschützte Biotope.

Durch seine Lage ist der Ortsteil Flechtorf ein wichtiger Wohnstandort im Gebiet der Gemeinde Lehre. Dem wird von der Regionalplanung insofern Rechnung getragen, als dieser Bereich von anderen regionalplanerischen Vorgaben freigehalten wurde. Durch seine verkehrsgünstige Lage und die Zuordnung zur vorhandenen Baufläche stellt das Gebiet eine geordnete Siedlungsentwicklung im Siedlungsteil der Ortslage dar.

Um die zu erwartenden erheblichen Beeinträchtigungen des Naturhaushalts und des Landschaftsbildes zu vermeiden oder zu verringern bzw. auszugleichen, werden folgende städtebauliche und grünordnerische Maßnahmen ergriffen.

6.3.1 Vermeidungsmaßnahmen

Städtebauliche Maßnahmen

- Die Festlegung von öffentlichen Grünflächen an der südlichen Grenze des Geltungsbereiches führt zur Erhaltung wesentlicher Teile der Ruderalflächen mit ihrem alten Baumbestand. Die Weiterführung der Grünfläche als private Grünfläche mit bepflanztem Wall nach Nordosten trägt zur Verbesserung des Wanderungskorridors für Fledermäuse bei.

Bautechnische Maßnahmen

- Konfliktvermeidende Bauzeitenregelung:

Potenzielle Fortpflanzungsstätten von Bodenbrütern werden vor der Baufeldfreimachung auf Besatz geprüft. Die Baufeldräumung findet außerhalb der Brutzeit (in Offenlandbiotopen außerhalb des Zeitraums vom 15.03. bis 31.08) statt, um zu gewährleisten, dass sich in potenziellen Bruthabitaten in dieser Zeit keine von brütenden Altvögeln oder von Jungvögeln besetzten Nester befinden.

Vegetationsgebundene Maßnahmen

Durch die vorgesehenen Baumpflanzungen soll die Ein- und Durchgrünung des Baugebietes entlang der K 33 erreicht und somit das Orts- und Landschaftsbild sowie das Siedlungsklima nachhaltig berücksichtigt werden.

6.3.2 Minimierungsmaßnahmen

6.3.2.1 Maßnahmen im öffentlichen Raum

Wasserdurchlässige Befestigung von Stellplatzflächen (z. B. nach § 9 (1) Nr. 20 BauGB)

Für öffentliche Stellplätze in Parktaschen ist wasserdurchlässige Pflasterung zu verwenden.

Begründung:

Zur Erhöhung der durch versiegelte Flächen reduzierten Grundwasserneubildungsrate sind die Stellplatzflächen mit einer wasserdurchlässigen Befestigung zu versehen. Zudem führt eine derartige Befestigung zur teilweisen Wiederherstellung der Bodenfunktionen.

Beleuchtung des öffentlichen Straßenraumes (z. B. nach § 9 (1) Nr. 13 BauGB)

Entlang der öffentlichen Straßen sollten LED-Lampen zur Beleuchtung des öffentlichen Straßenraumes eingesetzt werden. Die Leuchten sollten niedrig installiert und nur zu unbedingt erforderlichen Zeiten betrieben werden (Dämmerungsschaltung).

Begründung:

Durch den Einsatz dieser Beleuchtungstypen wird die Schädigung der Nachtfalterfauna durch Anflug der Tiere an öffentliche Beleuchtungsanlagen gemindert.

Durch die Minderung des Lichteinflusses wird eine Einschränkung von Nahrungsgrundlagen bestimmter Fledermausarten über Anlockung von Insekten durch Beleuchtungsanlagen gemindert.

Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (z. B. nach § 9 (1) Nr. 25a BauGB)

Innerhalb der Flächen mit Festsetzungen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen ist je 2 qm Bepflanzungsfläche ein strauchartiges Gehölz gem. Artenliste "Sträucher" zu pflanzen; die Gehölze sind artenweise in Gruppen von mindestens 5 Stück je Art, für die Gesamtbepflanzungsfläche sind mindestens 5 verschiedene Arten zu pflanzen; je 20 qm Bepflanzungsfläche ist ein Heister gem. Artenliste "Heister" zu pflanzen. Die Gehölze sind zu unterhalten und im Falle des Abganges gleichartig zu ersetzen.

Begründung:

Der Erdwall ist mit Bodenmaterial aufzuschütten, deren bodenartsspezifischen Vorsorgewerte dem Anhang 2 Nr. 4. der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung vom 12. Juli 1999 entsprechen.

Durch die Begrünung des Walls soll einerseits die Beeinträchtigung des Mikroklimas durch Versiegelung von Flächen gemindert, andererseits eine Unterstützung der Leitfunktion der Lindenallee als Wanderkorridor für die Fledermäuse zwischen der Ortschaft Flechtorf und dem Flechtorfer Holz (FFH-Gebiet) ermöglicht werden. Zudem führt eine derartige Bepflanzung zur teilweisen Wiederherstellung der Bodenfunktionen.

Mit der sachgerechten Begrünung des Erdwalls mit Sträuchern des Anhangs IV ist der durch die Aufschüttung hervorgerufene Eingriff ausgeglichen.

Straßenbegleitgrün - anzupflanzende Bäume auf öffentlichen Verkehrsflächen (z. B. nach § 9 (1) Nr. 25a BauGB)

Abhängig von der Lage der Zuwegung zu Garagen und Hauseingängen sind in öffentlichen Verkehrsflächen Hochstammbäume bzw. mittelkronige und standortgerechte Gehölze der Artenlisten "Bäume" zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Es sind mindestens 8 Bäume zu pflanzen. Die Bäume können in Parkstreifen entlang der Straßen integriert oder einseitige Baumreihen wechselseitig platziert werden. Zur Schaffung ausreichender Wuchsbedingungen ist pro Baum eine offene, nachhaltig gegen Überfahren geschützte Vegetationsfläche von mindestens 2 m Breite und insgesamt 8 qm Fläche vorzusehen. Die Baumscheiben können mit heimischen standortgerechten, bodendeckenden Gehölzen oder Stauden bepflanzt werden.

Begründung:

Die Begrünung des Straßenraumes ist zur gestalterischen Einbindung der angrenzenden Bebauung notwendig.

Durch die Anpflanzung von Bäumen im Straßenraum (Anhang IV) wird die Beeinträchtigung des Mikroklimas durch Versiegelung von Flächen gemindert.

Die Voraussetzung für das Gedeihen der angepflanzten Bäume ist eine ausreichend große wasser- und luftdurchlässige Bodenoberfläche.

Anforderungen und Qualitäten für festgesetzte Anpflanzungen (z. B. nach § 9(1) Nr. 25a BauGB)

Alle (auch im Falle der Nachpflanzung) festgesetzten Anpflanzungen sind auf Dauer zu erhalten. Hinsichtlich der Pflanzenqualität beträgt der Mindestumfang in 1 m Höhe bei mittelkronigen Laubbäumen (II. Ordnung) mindestens 16 - 18 cm und bei großkronigen Laubbäumen (I. Ordnung) mindestens 20 - 25 cm; die Pflanzungen sind zu pflegen und bei Abgang etwa an gleicher Stelle gleichartig zu ersetzen.

Begründung:

Zur Gewährleistung einer schnellen gestalterischen Wirkung, zur Erfüllung ökologischer Funktionen und zur Stabilisierung des Naturhaushaltes sind bei Neupflanzungen Mindestqualitäten des verwendeten Pflanzenmaterials sicherzustellen.

6.3.2.2 Maßnahmen im privaten RaumErhalt von Vegetationsbeständen

In der festgesetzten privaten Grünfläche R sind Anlagen zur Regenwasserrückhaltung anzulegen. Die Fläche ist als Rasenflächen mit lockeren Baum- und Strauchpflanzungen anzulegen, die bestehenden Bäume sind zu erhalten.

Begründung:

Mit der vorgesehenen Ausgestaltung der privaten Grünfläche ist davon auszugehen, dass ein Teilbereich, soweit dies für die Unterhaltung des Regenwasserrückhaltebeckens unbedingt notwendig ist, als Rasenflächen mit lockeren Baum- und Strauchpflanzungen unterhalten wird; die bestehenden Bäume werden erhalten, die restlichen Flächen werden sich als halbruderaler Gras- und Staudenflur entwickeln bzw. der natürlichen Sukzession überlassen. Mit dem Einsatz von Düngung und Pflanzenschutzmitteln ist nicht zu rechnen.

7 NATURSCHUTZFACHLICHE BEWERTUNG UND KOMPENSATIONSERMITTLUNG DER BEEINTRÄCHTIGUNGEN AUF DEN NATURHAUSHALT UND DAS LANDSCHAFTSBILD

7.1 Eingriffsregelung

Die erheblich im Geltungsbereich beeinträchtigten Schutzgüter werden mit folgenden Wertstufen bewertet:

Schutzgut	Wertstufe	Bewertung
Arten- und Lebensgemeinschaften	I III	Biotoptyp von geringer Bedeutung
Ackerbiotop		Biotoptyp von allgemeiner Bedeutung
Ruderalflur mit Baumbestand	2	Gebiet von allgemeiner Bedeutung
Vorkommen gefährdeter Tierarten	3	Gebiet von geringer Bedeutung
Keine Vorkommen gefährd. Pflanzenarten	2	Bereich von allgemeiner Bedeutung
Boden	2	Bereich von allgemeiner Bedeutung
Wasser	2	Bereich mit Klimaausgleichsfunktion
Klima/Luft	2	Landschaftsbildeinheit mit mittlerer Bedeutung
Landschaftsbild	2	

Als Bewertungsmaßstab und -verfahren für die Anwendung der Eingriffsregelung werden die Arbeitshilfen der Naturschutzverwaltung auf der Grundlage der Veröffentlichungen im Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen, Hefte 1/94 und 1/06 („Breuer-Modell“) verwendet.

7.1.1 Kompensationsmaßnahmen

Gemäß BauGB § 1a Absatz 3 i.V.m. § 18 BNatSchG sind unvermeidbare erhebliche Beeinträchtigungen auszugleichen. Falls über die Ausgleichsmaßnahmen nur ein Teilausgleich der Eingriffsfolgen durch das Bauvorhaben möglich ist, sind bei Vorrang des Bauvorhabens gegenüber Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes zusätzlich Ersatzmaßnahmen für die verbleibenden erheblichen Beeinträchtigungen notwendig. Nicht direkt vor Ort ausgleichbare Beeinträchtigungen zulässiger Eingriffe sind an anderer Stelle des vom Eingriff betroffenen Raumes in ähnlicher Art und Weise durch so genannte Ersatzmaßnahmen wiederherzustellen.

Sind erhebliche Beeinträchtigungen nicht ausgleichbar, sind Ersatzmaßnahmen vorzunehmen.

Aufgrund des Eingriffs durch die geplante Bebauung entstehen folgende, nicht vermeidbare, erhebliche Beeinträchtigungen:

7.1.2 Beeinträchtigung des Schutzgutes „Arten- und Lebensgemeinschaften“

Aufgrund des geplanten voraussichtlichen Eingriffs entstehen für das Schutzgut „Arten- und Lebensgemeinschaften“ nicht vermeidbare Beeinträchtigungen.

Auszugleichen sind:

- der Verlust durch Versiegelung von Flächen mit Biotopen von besonderer Bedeutung für den Naturschutz führt zur Verringerung der Bedeutung von Flächen (284 qm) von der Wertstufe III auf I,
bei der Verringerung um 2 Wertstufen ergibt sich ein Kompensationsbedarf von 568 qm
- der Verlust durch Inanspruchnahme im Allgemeinen Wohngebiet von Flächen mit Biotopen von besonderer Bedeutung für den Naturschutz führt zur Verringerung der Bedeutung von Flächen (938 qm) von Wertstufe III auf I;
bei der Verringerung um 2 Wertstufen ergibt sich ein Kompensationsbedarf von 1.876 qm
- die Umwandlung einer Ruderalfläche in öffentliche Grünflächen mit Anlage eines Spielplatzes und eines Regenwasserrückhaltebeckens bei Erhaltung eines großen Teils des alten Baumbestandes (Einstufung der Gesamtfläche als Biotoptyp PZR: sonstige Grünanlage mit altem Baumbestand) führt zur Verringerung der Bedeutung von Flächen (2.096 qm) von der Wertstufe III auf II.
bei der Verringerung um 1 Wertstufe ergibt sich ein Kompensationsbedarf von 2.096 qm

Insgesamt ist ein Kompensationsbedarf für das Schutzgut „Arten- und Lebensgemeinschaften“ von **4.540 qm** erforderlich.

Die Kompensation für das betroffene Biotop kann nicht innerhalb des Geltungsbereiches des B-Planes erfolgen.

7.1.3 Beeinträchtigung des Schutzgutes „Boden“

Aufgrund des geplanten Eingriffs entstehen für das Schutzgut „Boden“ nicht vermeidbare, erhebliche Beeinträchtigungen.

Durch das Vorhaben wird die Bedeutung eines Gebietes mit einem Boden von allgemeiner Bedeutung um eine Wertstufe verringert (von Wertstufe 2 auf Wertstufe 3). Zur Kompensation dieses Eingriffs sind Ersatzmaßnahmen erforderlich.

Versiegelung von Boden von allgemeiner Bedeutung für den Naturschutz

- Vollversiegelung durch befestigte Straßenverkehrsflächen und Pkw-Stellplätze
bei einem Verhältnis zwischen versiegelter Fläche und Kompensationsfläche von 1:1 für Böden ohne besondere Werte
ergibt sich ein Kompensationsbedarf von **2.878 qm**
- Gebäudeflächen und versiegelte Oberflächenbeläge im Allgemeinen Wohngebiet, maximale bebaubare Grundfläche
19.082 qm mit GRZ 0,4 und 50 % Überschreitung
bei der Bodenversiegelung unabhängig von ihrer Art beträgt das Verhältnis zwischen versiegelter Fläche und Kompensationsfläche 1:0,5
Beim Verhältnis 1: 0,5 ergibt sich ein Kompensationsbedarf von **11.449 qm**
5.724 qm

Der voraussichtliche Kompensationsbedarf für das Schutzgut „Boden“ beträgt insgesamt **8.602 qm**.

7.1.4 Beeinträchtigung des Schutzgutes „Wasser“

7.1.4.1 Oberflächengewässer

Auszugleichen sind die mit der Versiegelung von 1,43 ha Oberfläche in Zusammenhang stehenden nachteiligen Auswirkungen auf den örtlichen Wasserhaushalt durch die Verän-

derung der hydrologischen Verhältnisse im unmittelbaren Niederschlagsbereich (schnelle Ableitung des Regenwassers sowie eine Erhöhung der Gefahr von Hochwasserspitzen in den Vorfluter - Entwässerungsgraben).

Die Kompensationsmaßnahme erfolgt durch die Anlage eines Rückhaltebeckens, die eine Verringerung der Stoffeinträge, eine Verbesserung des Retentions- und Selbstreinigungsvormögens, sowie die Flächenversickerung innerhalb des Baugebietes bewirken.

Die restlichen erheblichen Beeinträchtigungen können schließlich über die Kompensationsmaßnahmen für das Schutzgut „Boden“ ausgeglichen werden.

7.1.5 Beeinträchtigung des Schutzgutes „Klima, Luft“

Auszugleichen sind eine bedingt durch den hohen Versiegelungsanteil (>50 %) hervorgerufene nachteilige Veränderung der kleinklimatischen Verhältnisse (Verringerung kaltluft-erzeugender Flächen) sowie der Verlust an Flächen mit Klimaausgleichsfunktion.

Die erheblichen Beeinträchtigungen können über die Kompensationsmaßnahmen für das Schutzgut „Boden“ ausgeglichen werden.

7.1.6 Beeinträchtigung des Schutzgutes „Landschaftsbild“

Aufgrund des geplanten Eingriffs entstehen für das Schutzgut „Landschaftsbild“ nicht vermeidbare, erhebliche Beeinträchtigungen.

Durch die Wohnbebauung ohne landschaftliche Einbindung findet im Nordbereich eine Überformung der Hanglage statt, die landschaftsbildwirksamen Vegetationselemente entlang der Alten Berliner Straße verlieren ihre Wirksamkeit. Die Bedeutung eines Gebietes mit einem Landschaftsbild von allgemeiner Bedeutung wird um eine Wertstufe verringert (von Wertstufe 2 auf 3). Zur Kompensation der Beeinträchtigung durch die Querriegelwirkung von ca. 11 Einzelhäusern sind Ersatzmaßnahmen erforderlich, deren Umfang wie folgt ermittelt wird:

Voraussichtliche Wirklänge (Länge sichtbare Bebauung) x Höhe Hang x Verlust von einer Wertstufe
 $290 \text{ m} \times 4 \times 1 = 1.160 \text{ qm}$

Der daraus resultierende Kompensationsbedarf beträgt **1.160 qm**.

7.1.7 Maßnahmen zur Kompensation verbleibender erheblicher Beeinträchtigungen

Gemäß BauGB § 1a Absatz 2 i.V.m. BNatSchG § 19 Absatz 2 sind unvermeidbare erhebliche Beeinträchtigungen auszugleichen, d.h. es dürfen nach Beendigung des Eingriffs keine erheblichen Beeinträchtigungen der Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts zurückbleiben.

Bei Vorrang des Bauvorhabens gegenüber Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes sind die beeinträchtigten Funktionen und Werte im vom Eingriff betroffenen Raum in möglichst ähnlicher Art und Weise wiederherzustellen, indem die größtmögliche Annäherung an den voraussichtlichen Funktions- und Wertverlust in einem angemessenen Zeitraum anzustreben ist.

Falls über die Ausgleichsmaßnahmen nur ein Teilausgleich der Eingriffsfolgen durch das Bauvorhaben möglich ist, sind bei Vorrang des Bauvorhabens gegenüber Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes zusätzlich Ersatzmaßnahmen für die verbleibenden erheblichen Beeinträchtigungen notwendig. Nicht direkt vor Ort ausgleichbare Beeinträchtigungen zulässiger Eingriffe sind an anderer Stelle des vom Eingriff betroffenen Raumes in ähnlicher Art und Weise durch so genannte Ersatzmaßnahmen wiederherzustellen.

Sind erhebliche Beeinträchtigungen nicht ausgleichbar (z. B. bei „Arten und Biotopen“) ist eine Wiederherstellung bzw. Neuschaffung der betroffenen Biotoptypen der Wertstufen V,

IV und III in gleicher Ausprägung und Größe mittelfristig – bis zu 25 Jahren – nicht möglich), sind Ersatzmaßnahmen vorzunehmen.

Im Bereich der Schutzgüter „Arten- und Lebensgemeinschaften“, „Boden“, „Wasser“ und „Landschaftsbild“ werden aufgrund der planerisch vorbereiteten Maßnahmen erhebliche Beeinträchtigungen ermöglicht.

Der gesamte Kompensationsbedarf beträgt 14.302 qm.

Der Eingriff auf diese Schutzgüter wird außerhalb des Plangebietes kompensiert.

Als externe Kompensationsmaßnahmen steht eine landwirtschaftliche Fläche in der Gemarkung Lehre, Flur 3, Flurstück 228/11 mit 9.265 qm zur Verfügung (Siehe Plan im Anhang V).

Die Kompensationsfläche befindet sich ca. 350 m südwestlich des Ortsausgangs Lehre entfernt, grenzt nördlich am Fließgewässer des Teichgrabens und liegt in direkter südlicher Nachbarschaft zu den wertvollen Bereichen der Schunteraue.

Das für die Ersatzmaßnahme vorgesehene Flurstück ist im Eigentum des Vorhabenträgers und im Liegenschaftskataster als Ackerland klassifiziert.

Die Fläche befindet sich im Landschaftsschutzgebiet HE 20 „Schuntertal“ und im Landschaftsrahmenplan wird sie als Bereich, der die Voraussetzung zur Ausweisung als Naturschutzgebiet - NSG 18 „Schunterniederung im Bereich Flechtorf und Lehre“ – aufweist, in dem folgende Maßnahmen vorgeschlagen werden:

- Umwandlung von Acker in auengerechte Nutzung, z. B. Grünland,
- Schaffung eines ungenutzten Gewässerrandstreifens,
- Aufbau eines standortgerechten bachbegleitenden Auenwaldes.

Im Landschaftsplan der Gemeinde Lehre werden für diese Fläche folgende Ziele vorgeschlagen:

- 1) Maßnahmenkonzept für den gemeindlichen Aufgabenbereich
 - Kommunalen Biotopverbund
 - Bereich zur Neuentwicklung von Biotopen in bisher intensiv genutzten oder beeinträchtigten Bereichen
- 2) Räumlich konkrete Maßnahmenvorschläge zu Vorhaben und Nutzungen im Regelungsbereich anderer Behörden und öffentlichen Stellen
 - Vorhandene Ackerflächen mit Priorität der Umwandlung in Grünland

Im regionalen Raumordnungsprogramm für den Großraum Braunschweig liegt die Ersatzfläche innerhalb von Vorranggebieten für Natur und Landschaft sowie für Erholung.

In der Biotoptypenkartierung des Landkreises Helmstedt (2006) wird die Fläche als GAm/UHMw (Grünland-Einsaat - Mahd / Halbruderale Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte - Beweidung) kartiert und mit der Wertstufe II (von allgemeiner bis geringer Bedeutung) eingestuft. Nach Überprüfung im Gelände wurde eine Grünland-Einsaat festgestellt [GA - Wertstufe (II) I], die im konkreten Fall nach der Einstufung der Biotoptypen in Niedersachsen (Olaf von Drachenfels, NLWKN 2012) eine Ausprägung von geringer Bedeutung für den Naturschutz zeigt (Wertstufe I).

Die Kompensationsfläche soll wie folgt entwickelt werden:

- im südlichen Teil auf einer Größe von ca. 6.900 qm eine Ruderalflur (UHM) oder alternativ artenarmes extensives Grünland (GE); beim letzteren wird eine einmalige Mahd zwischen Juli und Oktober mit Abfuhr des Mähgutes; Mahd von einer zur anderen Sei-

te durchgeführt. Alternativ kurzzeitige intensive oder extensive Beweidung. Keine Standortentwässerung, keine Düngung, kein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Bei Aufkommen von Gehölzen einmalige Mahd zwischen Oktober und Februar mit Abtransport des Mähgutes,

- entlang der südlichen Grenze der Kompensationsfläche wird eine 10 m breite Strauch-Baum-Hecke aus standortheimischen Gehölzen gepflanzt. Die Hecke ist zu unterhalten und in mind. 10-jährigem Abstand abschnittsweise auf den Stock zu setzen.
- entlang des Teichgrabens ein ca. 500 qm großes stehendes Gewässer mit Anschluss am Fließgewässer (SEZ), im Bereich des Überschwemmungsgebiets (vorläufig gesichertes ÜSG),
- im nördlichen Bereich auf einer Fläche von ca. 1.865 qm ein Schilflandröhricht (SERS),
- entlang des Teichgrabens Anpflanzung von Weiden bzw. von Erlen und Eschen (HB).

Für die Maßnahme wird ein Wasserrechtsantrag gestellt.

Die Fläche eignet sich besonders als Kompensation für den Eingriff im Rahmen des B-Planes „Vor dem Wienhope“. Sie befindet sich in einem Bereich, der für den Naturschutz von besonderer Bedeutung ist und erfährt mit der Entwicklung einer Ruderalflur [UHM mit Wertstufe III] über die Extensivierung hinaus eine zusätzliche Aufwertung durch die Schaffung eines naturnahen Gewässers und Entwicklung eines Schilflandröhrichts [SEZ/-VERS mit Wertstufe V] im umliegenden periodisch überschwemmten Bereich sowie die Pflanzung einzelner Weidengehölze entlang des Teichgrabens ein großes naturschutzfachliches Aufwertungspotential.

Die Ersatzmaßnahme wird vor Beendigung des Eingriffs fertiggestellt und auf der Fläche werden wesentlich höhere Werte der Naturnähe als die des Ausgangsbiotops erreicht. Der vom Eingriff betroffene Biotop (UHM) kann auf der Kompensationsfläche zeitnah wiederhergestellt. Es wird von einer kurz- bis mittelfristigen Regenerationsfähigkeit (5-10 Jahre) der festgesetzten Kompensationsmaßnahmen ausgegangen, wobei für die Entwicklung eines Schilf-Landröhrichts aus Erfahrung mit kürzeren Zeiträumen (< 5 Jahre) im Auenbereich zu rechnen ist.

Bei Biotoptypen ist mindestens die jeweilige Naturnähestufe wiederherzustellen bzw. der Wertstufenverlust kompensationspflichtig. Mit dem B-Plan „Vor dem Wienhope“ verringert sich infolge des Eingriffs die Naturnähe des Biotops um eine Wertstufe auf einer Fläche von 3.956 qm.

Da auf Teilbereiche der Kompensationsfläche (2.365 qm) die Naturnähe des Ausgangsbiotops sich um 3 bzw. 4 Wertstufen erhöht, wird der Wertverlust durch den Eingriff auf einer kleineren Fläche erreicht und der Kompensationsbedarf für das Schutzgut Arten- und Lebensgemeinschaft mit einer Fläche von 1.135 qm gilt als ausgeglichen.

Die Flächengröße des für die Kompensationsmaßnahme vorgesehenen Flurstücks beträgt 9.265 qm. Die restlichen 8.130 qm werden für die Kompensation des Eingriffs auf die Schutzgüter „Boden“ und „Landschaftsbild“ (insgesamt 9.762 qm) verwendet. Das Kompensationsdefizit beträgt 1.632 qm.

7.2 Alternativlösungen und Berücksichtigung der Umweltauswirkungen in der Abwägungsentscheidung

7.2.1 Darstellung der Standortalternativen und Begründung zur Auswahl

Bei der Alternativprüfung sind die Ziele und der Geltungsbereich des Bebauungsplanes zu berücksichtigen. Es geht nicht um Standortalternativen an Standorten außerhalb des Plangebietes, sondern es sind nur plankonforme Alternativen zu prüfen, ob die Planungsziele

auch in anderer oder schonenderer Weise umgesetzt werden könnten (vgl. Muster Einführungsbeschluss zum EAG-Bau Fachkommission).

Der Standort des Bauvorhabens eignet sich auf Grund seiner Randlage, seiner guten verkehrstechnischen Einbindung und als mäßig beeinträchtigter Lebensraum zur Ausweisung einer Wohnsiedlung.

7.2.2 Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung

Durch die Umsetzung der Planung ergeben sich unvermeidbare Umweltauswirkungen. Die Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen tragen dazu bei, die negativen Auswirkungen auf den Naturhaushalt weitgehend einzuschränken. Die Beeinträchtigungen auf die Schutzgüter Arten- und Lebensgemeinschaften können zum Teil innerhalb des Plangebietes kompensiert werden. Die restliche Kompensation des Schutzgutes sowie der anderen Schutzgüter findet außerhalb des B-Plangebietes statt.

7.2.3 Entwicklung des Umweltzustandes ohne Umsetzung der Planung

Bei Nichtumsetzung der Planung ist mit einem Weiterbestehen der heutigen Nutzung zu rechnen.

In diesem Fall würden ebenfalls Beeinträchtigungen des Bodens durch die intensive landwirtschaftliche Nutzung fortbestehen.

Ein Verlust des Lebensraumes für den Rotmilan würde nicht erfolgen.

Die sich jetzt darstellende klimatische Situation würde beibehalten.

7.2.4 Abwägungsentscheidung

Beim vorliegenden Bebauungsplan handelt es sich um eine Innenentwicklung im Sinne einer maßvollen Ergänzung und Arrondierung einer bestehenden Ortslage. Der Bebauungsplan entspricht damit den Vorschriften zum Umweltschutz i.S. des § 1a Abs. 2 BauGB in besonderer Weise.

Den naturschutzrechtlichen Belangen wird in vollem Umfang insofern Rechnung getragen, als im nach baurechtlichen Gesichtspunkten abgegrenzten, für die externen Maßnahmen vorgesehenen relevanten Raum der zu erwartende Eingriff durch das Planungsvorhaben auf Natur und Landschaft als ausgeglichen betrachtet werden kann. Dafür spricht, trotz Defizits in der Flächenbilanz (1.632 qm = 11 %) im Rahmen der Eingriffsregelung nach § 1a Abs. 3 BauGB, die besondere Lage der Ersatzfläche in einem bisher intensiv genutzten Bereich entlang des Teichgrabens am Rand eines schützenswerten Areals der Schunterniederung sowie das hohe Aufwertungspotential der Fläche, dass in der Bilanzierung nicht vollständig erfasst werden konnte.

Unter Berücksichtigung des Ausführungsaufwandes bei der Herstellung des Gewässers als auengerechter Teillebensraum (Renaturierungsmaßnahme) sowie bei vollständiger Integration aller im Umweltbericht dargestellten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen zum Bebauungsplan und ihrer nachfolgenden Realisierung insbesondere mit der:

- Erhaltung wesentlicher Teile der Ruderalflächen mit ihrem alten Baumbestand,
- Weiterführung der Grünfläche durch einen bepflanzten Wall als private Grünfläche zur Verbesserung des Wanderungskorridors für Fledermäuse,
- Bauzeitenregelung für die Baufeldräumung und
- Anpflanzung von Bäumen auf öffentlichen Verkehrsflächen

kann vom Ziel einer vollständigen Kompensation abgewichen, das Ausgleichsdefizit hingenommen und der hier ermöglichte Eingriff letztendlich als zulässig angesehen werden.

8 ZUSÄTZLICHE ANGABEN IM UMWELTBERICHT

8.1 Methodik

Siehe Kapitel. 3.1

8.2 Darstellung der Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben sowie der Kenntnislücken

Bei der Zusammenstellung der Grundlage sind zusammenfassend keine Schwierigkeiten aufgetreten.

In Bezug auf das Schutzgut Mensch können die Aussagen zum Verkehr und die daraus geschlossenen Lärmprognosen erst nach Vorliegen des Lärmgutachtens sowie nach der Umsetzung überprüft werden.

Die ursprüngliche Erfassung des Schutzgutes „Arten- und Lebensgemeinschaften“ fand während des Aufstellungsverfahrens in einer ungünstigen Jahreszeit (Herbst) statt.

Die ausgeführten Auswirkungen haben oft einen beschreibenden Charakter, die nicht auf konkreten Berechnungen oder Modellen beruhen. Somit können bestimmte Auswirkungen hinsichtlich ihrer Reichweite oder Intensität nicht eindeutig erfasst werden. Durch die verbal-argumentative Bewertung der Auswirkungen können beispielsweise potenzielle Auswirkungen nicht genau und zielsicher eingeschätzt werden.

Dies betrifft insbesondere die Bewertung der Auswirkungen auf die Tierarten. Die Beurteilung der Erheblichkeit setzt die Berücksichtigung aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse voraus. Da das naturschutzfachliche Fachwissen für die meisten geschützten Arten einfach nicht ausreicht, um gesicherte Erkenntnisse für die Bewertung der Erheblichkeit ableiten zu können, wurde unter Zugrundelegung der allgemeinen Hauptursachen für die Gefährdung der Arten sowie ihrer spezifischen Empfindlichkeit eine Aussage als qualitative Risikoeinschätzung zur Erheblichkeit/Nachhaltigkeit der, bau-, anlage- und betriebsbedingten Wirkungen durch das Vorhaben getroffen, bzw. Orientierungswerte (z.B. Fluchtdistanz, Effektdistanz) herangezogen, die den spezifischen Umständen angepasst wurden.

Einige Angaben beruhen auf einer Auswertung von Quellen, die zum Teil zehn Jahre alt sind (Fledermäuse). Diese scheinen jedoch dem heutigen Stand des Fachwissens zu entsprechen bzw. durch keine neueren wesentlich abweichenden Erkenntnisse in Frage gestellt zu sein.

Der räumliche und sachliche Untersuchungsbedarf wurde entsprechend der örtlichen Erfordernisse mit der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt. Auf Grund der örtlichen Gegebenheiten im südlichen Bereich des Plangebietes wurde eine Brut- und Gastvogelkartierung durchgeführt. Auf andere Detailuntersuchungen zu Fauna und Flora wurde verzichtet.

8.3 Überwachungsmaßnahmen (Monitoring)

Erhebliche und nicht ausgleichbare Umweltauswirkungen sind bei Beachtung der getroffenen Regelungen und Festsetzungen durch die Planung nicht zu erwarten. Werden allerdings die im Bebauungsplan festgelegten Ausgleichs-, Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen nicht oder nur unzureichend durchgeführt, wäre der Bebauungsplan mit erheblichen Umweltwirkungen verbunden.

Die Gemeinde behält sich ein Einschreiten vor, sofern Hinweise für einen nicht ordnungsgemäßen Zustand gemäß § 4c BauGB vorliegen. Dabei ist sie insbesondere auf die Informationen der Behörden nach § 4 (3) BauGB angewiesen.

Die frist- und sachgerechte Ausführung der festgelegten Vorkehrungen zur Vermeidung von Eingriffen sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sollte von der Gemeinde und/oder der UNB erstmalig ein Jahr nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes bzw. nach Umsetzung der Bebauung durch eine Ortsbegehung überprüft werden.

Dabei ist die Wirksamkeit der ausgeführten Maßnahmen zu prüfen und zu überprüfen, ob unvorhergesehene nachteilige Umweltauswirkungen aufgetreten sind bzw. sich abzeichnen. Im konkreten Fall sind geeignete Maßnahmen zur Abhilfe durchzuführen.

9 ALLGEMEINVERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG DES UMWELTBERICHTES

9.1 Beschreibung des Vorhabens

Auf landwirtschaftlichen Flächen im Nordosten der Ortslage Flechtorf plant die Gemeinde Lehre eine Wohnsiedlung zu errichten. Sie soll in einem Allgemeinen Wohngebiet 31 Einfamilienhäuser bieten.

Die Erschließung des neuen Baugebietes erfolgt über die südlich gelegene Alte Berliner Straße.

9.2 Beschreibung der Umwelt

Die geplante Wohnsiedlung grenzt im Süden und Osten an die Alte Berliner Straße, im Westen an am Ortsrand gelegene landwirtschaftliche Gebäude, im Norden an Ackerflächen.

Naturräumlich gehört das Plangebiet zur Region Börde im Naturraum des „ostbraunschweigischen Hügellandes“.

Die festgestellten Biotoptypen im B-Planbereich sind überwiegend von geringem ökologischem Wert. Geschützte bzw. gefährdete Pflanzenarten sind innerhalb des Geltungsbereiches des B-Planes nicht zu erwarten. Von besonderer Bedeutung sind die 800 m nördlich gelegenen Waldflächen des Flechtorfer Holzes (FFH-Gebiet 101 – „Eichen-Hainbuchenwälder zwischen Braunschweig und Wolfsburg“, sowie das EU Vogelschutzgebiet SPA 3630-401 – „Laubwälder zwischen Braunschweig und Wolfsburg“, mit bedeutenden Vorkommen von Greifvogel- und Spechtarten) sowie die 500 m entfernten Auenbereiche der Schunter im Süden.

Die Fläche ist ein Teilbereich des Lebensraumes einer in Niedersachsen gefährdeten Art (Rotmilan), die gleichzeitig Art der Vogelschutzrichtlinie ist. Das geplante Bauvorhaben liegt nicht in einem Bereich lokaler oder regionaler avifaunistischer Bedeutung. Konkrete Artnachweise liegen für das Plangebiet nicht vor. Eine Brutvogelkartierung wurde in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde vom Vorhabenträger in Auftrag gegeben.

Das für die Brutvogelkartierung gewählte Untersuchungsgebiet ist nach Brinkmann von mittlerer Bedeutung für den Naturschutz (Wertstufe 3) und da im Plangebiet keine Brutvögel der landes- bzw. bundesweiten Arten der Roten Liste vorkommen, besitzt das Plangebiet selbst nur eine erhöhte Grundbedeutung für den Naturschutz (Wertstufe 4). Eine erhebliche Beeinträchtigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten der innerhalb und außerhalb des Plangebietes vorkommenden streng bzw. besonders geschützten Arten sowie der geschützten europäischen Vogelarten ist nicht zu erwarten. Aus der durchgeführten speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung treten Verbotstatbestände nach § 44 (1) Nr. 1, 2 und 3 BNatSchG nicht ein.

Vom Planungsvorhaben sind Böden mit geringem Natürlichkeitsgrad, geringer Trockengefährdung und mittlerem landwirtschaftlichen Ertragspotential betroffen.

Die Empfindlichkeit des Grundwassers gegenüber Schadstoffeinträgen ist gering.

Die Funktionsfähigkeit von Klima/Luft dieses Raumes im Naturhaushalt ist beeinträchtigt und dieses Stagnationsgebiet kann bei austauscharmen, windschwachen Wetterlagen mit Dunst oder Nebel auf empfindliche Menschen belastend wirken, deren Auswirkungen durch die Nähe zum Beienroder Holz abgemildert werden können.

Das Landschaftsbild ist geprägt durch das Relief des Alpersberges, eine sanfte Hangform zwischen Ortslage und dem Flechtorfer Holz, am Rande einer in der Landschaft mäßig eingebundenen Ortslage mit hoher Erlebnisqualität und hohem Erholungswert. Im LRP werden der Planbereich und seine Umgebung als mäßig beeinträchtigter Raum bewertet.

Im Landschaftsplan befindet sich das Plangebiet innerhalb einer kleinen mit gegliederter Flur gekennzeichneten Landschaftsbildeinheit von mittlerer Bedeutung, die nach Norden von einer Landschaftsbildeinheit mit sehr hoher Bedeutung umgeben ist.

Innerhalb des Plangebietes befinden sich keine Kultur- und sonstigen Sachgüter.

9.3 Auswirkung auf die Umwelt

Das geplante Bauvorhaben führt sowohl zum Verlust von Lebensräumen für gefährdete Tierarten als auch zur Erhöhung der Lebensraumbedeutung anderer siedlungsbezogener Tier- und Pflanzenarten. Es führt darüber hinaus zu folgenden negativen Auswirkungen:

- Biotoptypen von allgemeiner bzw. von allgemeiner bis geringer Bedeutung werden in Anspruch genommen,
- Nahrungsflächen des Nahrungsgastes Rotmilan gehen verloren,
- es werden Böden mit Natürlichkeitsgrad von allgemeiner Bedeutung überbaut,
- als Folge der Versiegelung wird die Grundwasserneubildung beeinträchtigt,
- das geplante Wohngebiet wird punktuell die klimatische Ausgleichsfunktion der landwirtschaftlichen Flächen verringern,
- durch die Siedlungserweiterung wird eine Landschaftsbild prägende Oberflächenform durch eine parallel gleichmäßig ausgerichtete Bebauung überformt.

9.3.1 Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen

- Die Festlegung von privaten und öffentlichen Grünflächen an der südlichen Grenze des Geltungsbereiches führt zur Erhaltung wesentlicher Teile der Ruderalflächen mit ihrem alten Baumbestand.
- Die Weiterführung eines Grünstreifens (bepflanzter Wall) nach Nordosten trägt zu Verbesserung des Wanderungskorridors für Fledermäuse bei.

9.3.2 Maßnahmen zur Verminderung von Beeinträchtigungen

- Wasserdurchlässige Befestigung von öffentlichen Stellplätzen,
- Anpflanzung von Bäumen auf öffentlichen Verkehrsflächen,
- Beleuchtung des öffentlichen Raumes mit Natriumdampflampen bzw. LED-Lampen.

9.3.3 Maßnahmen zur Kompensation verbleibender erheblicher Beeinträchtigungen

Die Kompensationsmaßnahmen erfolgen extern, auf einer Ackerfläche am Rand der Schunter-aue südlich der Ortschaft Lehre. Auf dieser Fläche sieht das Kompensationsziel die Aufgabe der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung und die Entwicklung einer Ruderalfläche bzw. alternativ von Extensivgrünland sowie die Schaffung eines Stillgewässers mit Schilflandröhricht.

Nicht zuletzt wegen des Aufwertungspotentials der vorgeschlagenen Ersatzfläche, des Ausführungsaufwandes bei der Herstellung des Gewässers entlang des Teichgrabens als auengerechter Teillebensraum sowie der Berücksichtigung aller im Umweltbericht dargestellten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen zum Bebauungsplan und ihrer nachfolgenden Realisierung kann auf eine vollständige Kompensation verzichtet, ein Defizit in der Flächenbilanz hingenommen und der hier ermöglichte Eingriff letztendlich als zulässig angesehen werden.

9.3.4 Zusammenfassung

Die Umweltprüfung kommt zu dem Ergebnis, dass die Verbotstatbestände nach § 44 (1) Nr. 1, 2 und 3 BNatSchG nicht eintreten und eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung

migung nach § 45 Abs. 7 durch die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Helmstedt für das Vorhaben nicht erforderlich ist.

Die durch die Planung entstehenden Eingriffe in Natur und Landschaft können durch externe Maßnahmen ausgeglichen werden, so dass der hier ermöglichte Eingriff letztendlich zulässig ist.

9.4 Alternativlösungen

Der vorgesehene Standort eignet sich auf Grund seiner Ortsrandlage zur Ausweisung einer Wohnsiedlung. Dass die Belange von Natur und Landschaft des Immissionsschutzes und des Denkmalschutzes nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand nicht erheblich beeinträchtigt werden bzw. ausgeglichen werden können, bestätigt die Standortentscheidung.

Anhang I

Gegenüberstellung von Beeinträchtigungen und Vorkehrungen zur Vermeidung sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen				
Vorhabensebene und Planung:				
- Bebauungsplan "Vordem Wienhope"				
- Festsetzung "allgemeines Wohngebiet"				
- 2,489 ha (Flächenbedarf für Ersatzmaßnahmen außerhalb des Plan-Gebietes 1,292 ha)				
Betroffene Schutzgüter/Funktionen und Werte	Ausprägung, Größe und Wert der betroffenen Bereiche	Voraussetzungen	Vorkehrungen zur Vermeidung bzw. Minderung von Beeinträchtigungen	Ausgleichsmaßnahmen
Schutzgut				
Arten- und Lebensgemeinschaften (Biototypen / gefährdete Pflanzen- und Tierarten)	<ul style="list-style-type: none"> - 2,146 ha Acker ohne Vorkommen gefährdeter Arten (Wertstufe I); - 0,209 ha Halbruderale Gras- und Staudenflur mittlerer Bestand und mesophilen Weißdorn-/Schlehengebüsch, ohne Vorkommen gefährdeter Arten (Wertstufe II); - Nahrungsbiotop des Rotmilans; - Flugkorridor für Fledermäuse entlang der K 33. 	<ul style="list-style-type: none"> - 2,146 ha Acker ohne Vorkommen gefährdeter Arten - vorher: Wertstufe I - nachher: Wertstufe I - 0,209 ha Halbruderale Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte mit altem Baumbestand ohne Vorkommen gefährdeter Arten - vorher: Wertstufe III - nachher: Wertstufe II - 0,122 ha Halbruderale Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte mit altem Baumbestand ohne Vorkommen gefährdeter Arten - vorher: Wertstufe III - nachher: Wertstufe I - erhebliche Beeinträchtigung Nahrungsbiotop gefährdeter Vogelarten: Rotmilan - vorher: Wertstufe 2 - nachher: Wertstufe 2 - keine erhebliche Beeinträchtigung 	<ul style="list-style-type: none"> - Erhalt von Teilbereichen von Ruderalfluren und Gehölzstrukturen; - Anpflanzung auf dem Lärmschutzwall am östlichen Rand des Plangebietes entlang der K 33 als Leitstruktur für Fledermäuse; - Einsatz von LED-Lampen im Straßenbereich - Unvermeidbare erhebliche Beeinträchtigungen bleiben bestehen; - Ausgleichsmaßnahmen erforderlich 	<ul style="list-style-type: none"> - Neuanlage von naturbetonten Biotopen, - Entwicklung außerhalb des Baugebietes von 0,926 ha Grünlandein-saat (Wertstufe I) zu - 0,186 ha Schilf-Landröhricht (Wertstufe V), - 0,050 ha naturnahes nährstoffreiches Gewässer (Wertstufe IV), - 50 lfdm Strauch- Baumhecke (Wertstufe III); - Die Ausprägung der vorgeschlagenen Biototypen ist standortlich möglich und zeitnah wiederherstellbar; - 0,122 ha ergeben sich als Kompensation für die Beeinträchtigung durch vollständige Bodenversiegelung, weitere 0,209 ha für die Wertminderung einer Grünfläche mit Kinderspielfeld und Rückhaltebecken; - keine erhebliche Beeinträchtigung

Gegenüberstellung von Beeinträchtigungen und Vorkehrungen zur Vermeidung sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Vorhabensebene und Planung: - Bebauungsplan "Vordem Wienhope"

- Festsetzung "allgemeines Wohngebiet"

- 2,489 ha (Flächenbedarf für Ersatzmaßnahmen außerhalb des B-Plangebietes 1,292 ha)

Betroffene Schutzgüter/Funktionen und Werte	Voraussetzungen	Vorkehrungen zur Vermeidung bzw. Minderung von Beeinträchtigungen	Ausgleichsmaßnahmen	Ersatzmaßnahmen
Schutzgut Ausprägung, Größe und Wert der betroffenen Bereiche - 2,146 ha stark überprägter Naturboden von allgemeiner Bedeutung (Wertstufe 2) - 0,331 ha schwach überprägter Naturboden (Wertstufe 1)	Bodenersiegelung – Erschließungsanlagen - 0,287 ha Ackerfläche vorher: Wertstufe 2 nachher: Wertstufe 3 erhebliche Beeinträchtigung Bodenersiegelung (Gebäudeflächen und Oberflächenbeläge) - 1,908 ha Ackerfläche, GE= 0,4 m. 50% Überschr. = 1,144 ha vorher: Wertstufe 2 nachher: Wertstufe 3 erhebliche Beeinträchtigung Erdbewegung, Teilversiegelung - 0,122 ha schwach überprägter Naturboden vorher: Wertstufe 1 nachher: Wertstufe 3 erhebliche Beeinträchtigung	Begrenzung der Bodenersiegelung durch die Verwendung von wasserdurchlässigen Oberflächenbelägen; vermeidbare Beeinträchtigungen werden vermieden; unvermeidbare Beeinträchtigungen bleiben bestehen; Ausgleichsmaßnahme erforderlich Einbau einer durchwurzelbaren Oberbodenschicht; Begrünung des Walls; vermeidbare Beeinträchtigungen werden vermieden; Ausgleichsmaßnahme nicht erforderlich	Durch Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzung entfallen Stickstoffdüngung und Bioideinsatz.	Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzung auf Teilflächen; Entwicklung von 0,690 ha Grünland-Einsatz (Wertstufe I) zu Ruderalflur alternativ zu artenarmen Extensivgrünland (Wertstufe III) außerhalb des Baugebietes, als Kompensation für die Beeinträchtigung durch vollständige Bodenversiegelung; keine erhebliche Beeinträchtigung
Wasser - 0,331 ha wenig beeinträchtigte Grundwassersituation (Wertstufe 1) - 2,146 ha beeinträchtigte Grundwassersituation (Wertstufe 2)	Bodenersiegelung, Teilversiegelung mit Versiegelungsgrad > 50 % - 0,122 ha wenig beeinträchtigte Grundwassersituation vorher: Wertstufe 1 nachher: Wertstufe 3 erhebliche Beeinträchtigung - 0,209 ha wenig beeinträchtigte Grundwassersituation vorher: Wertstufe 1 nachher: Wertstufe 2 erhebliche Beeinträchtigung - 2,146 ha beeinträchtigte Grundwassersituation vorher: Wertstufe 2 nachher: Wertstufe 3 erhebliche Beeinträchtigung RW-Einleitung in die Vorflut erhebliche Beeinträchtigung	Begrenzung der Bodenersiegelung durch die Verwendung von wasserdurchlässigen Oberflächenbelägen Rückhaltung des Niederschlagswasser im Rückhaltebecken vermeidbare Beeinträchtigungen werden vermieden; unvermeidbare Beeinträchtigungen bleiben bestehen; Ausgleichsmaßnahme erforderlich	Rücknahme von Grundwasser belastender Nutzung.	Kompensation wird aus dem Zusammenwirken von Regenwasserrückhaltung mit der Ersatzmaßnahme für die Schutzgüter «Lebensgemeinschaften» u. «Boden» erreicht. keine erhebliche Beeinträchtigung

Jean-Marie Schmerber – Landschaftsarchitekt BDLA, Holzmarkt 9, 38300 Wolfenbüttel

Gemeinde Lehre - Bebauungsplan „Vor dem Wienhope“

Gegenüberstellung von Beeinträchtigungen und Vorkehrungen zur Vermeidung sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Vorhabensebene und Planung: - Bebauungsplan "Vordem Wienhope"

- Festsetzung "allgemeines Wohngebiet"

- 2,489 ha (Flächenbedarf für Ersatzmaßnahmen außerhalb des Plan-Gebietes 1,292 ha)

Betroffene Schutzgüter/Funktionen und Werte	Voraussetzungen	Vorkehrungen zur Vermeidung bzw. Minderung von Beeinträchtigungen	Ausgleichsmaßnahmen	Ersatzmaßnahmen
Schutzgut Ausprägung, Größe und Wert der betroffenen Bereiche - 2,489 ha mäßig beeinträchtigter Bereich mit einer mittleren Kaltluftproduktivität und Klimaausgleichsfunktion (Wertstufe 2)	Beseitigung und Umbau von Vegetation, Bodenersiegelung, Bebauung nachteilige Veränderung der klimatischen Verhältnisse, lokalen Erhöhung der Temperaturen und Verringerung der relativen Luftfeuchtigkeit, reduziertes Verdunstungspotential der Oberflächen bedingt durch einen Versiegelungsgrad > 50 % - 2,489 ha mäßig beeinträchtigter Bereich mit mittlerer Kaltluftproduktivität und Klimaausgleichsfunktion vorher: Wertstufe 2 nachher: Wertstufe 3 erhebliche Beeinträchtigung	Durchgrünung des Gewerbegebietes, Anpflanzungen an Verkehrsflächen. Gleiche Vorkehrungen zur Vermeidung wie bei den Schutzgütern «Boden» u. «Wasser» vermeidbare Beeinträchtigungen werden vermieden; unvermeidbare Beeinträchtigungen bleiben bestehen; Ausgleichsmaßnahme erforderlich		Kompensation wird mit der Ausgleichs-/ Ersatzmaßnahme für die Schutzgüter «Boden» u. «Lebensgemeinschaften» erreicht; keine erhebliche Beeinträchtigung
Landschaftsbild - 2,489 ha beeinträchtigter Bereich mit verminderter naturraumtypischer aber noch erkennbarer Vielfalt (Wertstufe 2)	Überprägung des Ortsrandes durch Bebauung an markanter Hanglage entlang eines wenig beeinträchtigten Erlebnisraumes auf einer Länge von 290 m erhebliche Beeinträchtigung	Durchgrünung der Verkehrsflächen mit standortheimischen Laubgehölzen, Erhalt von Gehölzstrukturen, Flächen für Anpflanzungen, (Lärmschutzwall) vermeidbare Beeinträchtigungen werden vermieden; unvermeidbare Beeinträchtigungen bleiben bestehen; Ausgleichsmaßnahme erforderlich		Anpflanzung einer 50 m langen Strauch-/Baumhecke (Wertstufe III); Weiterer Kompensationseffekt im Bereich der Ersatzfläche, da sich die Maßnahme für die Schutzgüter «Boden» u. «Lebensgemeinschaften» positiv auf das Landschaftsbild auswirkt; keine erhebliche Beeinträchtigung

Muster aus Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen, Heft 1/1994



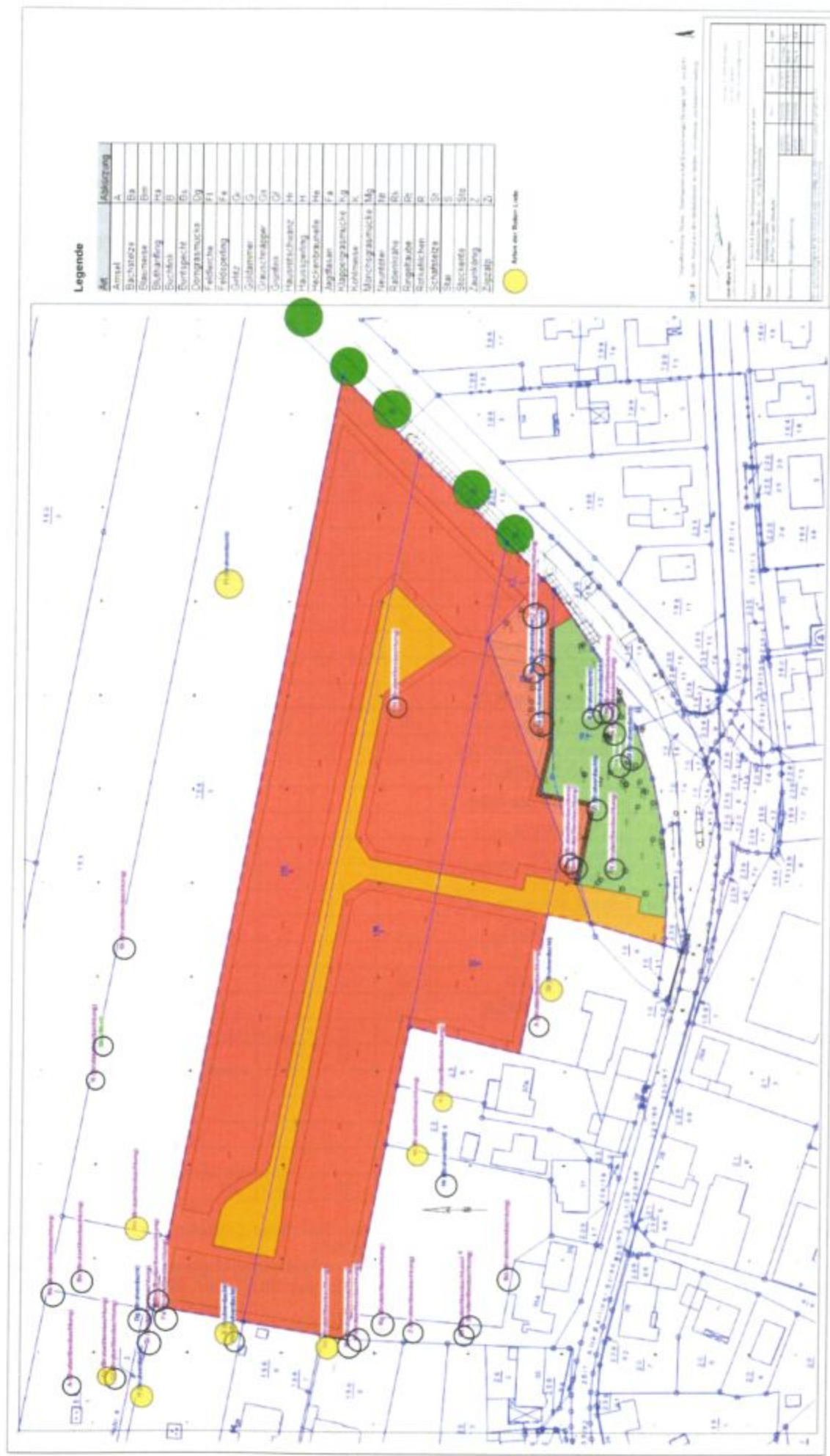
Anhang II

Jean-Marie Schmerber – Landschaftsarchitekt BDLA, Holzmarkt 9, 38300 Wolfenbüttel

Gemeinde Lehre - Bebauungsplan „Vor dem Wienhope“

Umweltbericht

Anhang III



Anhang III A - Vogelarten im Untersuchungsgebiet mit Angaben zum Gefährdungsgrad, gesetzlicher Schutz, Status, Biotopspezifität (Gildenzugehörigkeit) und Brutpaarzahlen.¹

Gefährdungsstatus nach Roter Liste: RL D = national (Bundesrepublik Deutschland, SÜDBECK ET AL. 2008); RL Nds/TO = Niedersachsen /regional Tiefland Ost, (KRÜGER & OLTMANNS 2007); 1 = vom Erlöschen bedroht, 2 = stark gefährdet, 3 = gefährdet; V = Vorwarnliste.

EU-Vogelschutzrichtlinie/FFH-Richtlinie) 2 = EU-VSR: § = Arten, auf die besondere Schutzmaßnahmen hinsichtlich ihrer Lebensräume anzuwenden sind, um ihr Überleben und ihre Vermehrung in ihrem Verbreitungsgebiet sicherzustellen.

BNATSCHG nach Bundesartenschutzverordnung³ und "europäische Vögel" im Sinne des Art. 1 der EG-Vogelschutzrichtlinie:

§ = Besonders geschützt, §§ = Streng geschützt

Status: B= Brutvogel; NG = Nahrungsgast; BN=Brutnachweis; BN= Brutverdacht; BB= Brutzeitbeobachtung, Gilde: B = Bodenbrüter, G = Gebüschbrüter, H = Höhlen-/Halbhöhlen-/Nischenbrüter

Art	wissenschaftlicher Name	RL Nds	RL B u. B	RL D	EU-VSR	Gesetzlicher Schutz	Status	Gilde	Brutpaare
Amsel	<i>Turdus merula</i>					§	BV/BB	G	2/1
Bachstelze	<i>Motacilla alba</i>					§	BB	H	1
Blaumeise	<i>Parus caeruleus</i>					§	BV	H	1
Bluthänfling	<i>Carduelis cannabina</i>	V	V			§	BB	G	1
Buchfink	<i>Fringilla coelebs</i>					§	BV	G	1
Dorngrasmücke	<i>Sylvia communis</i>					§	BV	G	1
Elster	<i>Pica pica</i>					§	NG		
Feldlerche	<i>Alauda arvensis</i>	3	3	3	4.2	§	BV/BB	B	1/1
Feldsperling	<i>Passer montanus</i>	V	V	V		§	BB	H	1
Girlitz	<i>Serinus serinus</i>	V	V			§	BV/BB	G	1
Goldammer	<i>Emberiza citrinella</i>					§	BV	G	1
Grauschnäpper	<i>Muscicapa striata</i>	V	V			§	BB		1
Grünfink	<i>Carduelis chloris</i>					§	BV/BB	G	1
Hausperling	<i>Passer domesticus</i>	V	V	V		§	BV/BB	H	1/1
Hausrotschwanz	<i>Phoenicurus ochruros</i>					§	BV	H	1
Heckenbraunelle	<i>Prunella modularis</i>					§	BV	G	1
Jagdfasan	<i>Phasianus colchicus</i>					§	BB	B	1
Klappergrasmücke	<i>Sylvia curruca</i>					§	BB	G	1
Kohlmeise	<i>Parus major</i>					§	BV/BB	G	1/1
Mäusebussard	<i>Buteo buteo</i>					§§	NG		
Mönchgrasmücke	<i>Sylvia atricapilla</i>					§	BV	G	1
Neuntöter	<i>Lanius collurio</i>	3	3		I	§§	BB	G	1
Rabenkrähe	<i>Corvus corone</i>					§	BN/BB	G	1/1
Rauchschwalbe	<i>Hirundo rustica</i>	3	3	V		§	NG		
Rotkehlchen	<i>Erithacus rubecula</i>					§	BB	G	1
Rotmilan	<i>Milvus milvus</i>	2	2		I	§§	NG		
Star	<i>Sturnus vulgaris</i>	V	V			§	BV	H	1
Stockente	<i>Anas platyrhynchos</i>						BN	B	1
Wiesenschafstelze	<i>Motacilla flava</i>					§	BB	B	1
Zaunkönig	<i>Troglodytes troglodytes</i>					§	BB	G	1
Zilpzalp	<i>Phylloscopus collybita</i>					§	BV/BB	G	1/1
Summe	31	10	10	4	2/1	3/28	27/4		

¹ Reinhold Kratz, Ökotox, Arbeitsgemeinschaft Braunschweiger Ökologen GbR: Bebauungsplan „Vor dem Wienhope“ Gemeinde Lehre, Brutvogelkartierung mit Bestandsbewertung, Braunschweig, Juni 2013.

² Richtlinie 79/409/EG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (ABl. EG Nr. L 103 vom 25.04.1979, S. 1 zuletzt geändert durch Richtlinie 97/49/EG der Kommission vom 29.07.1997, ABl. EG Nr. 223 vom 13.08.1997, S. 9). Treaty of Accession 2003.

Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen Amtsblatt Nr. L 206 vom 22/07/1992 S. 0007 - 0050

Nachfolgende Änderungen: Geändert durch 194N Durchgeführt durch 397D0266 (ABl. L 107 24.04.1997 S.1). Geändert durch 397L0062 (ABl. L 305 08.11.1997 S.42).

³ Bundesgesetzblatt Jahrgang 2005, Teil 1 Nr. 11, ausgegeben zu Bonn am 24. Februar 2005

Anhang IV

Artenliste der LAUBBÄUME für grünordnerische Festsetzungen:

Deutscher Name	Botanischer Name
Feldahorn	<i>Acer campestre</i>
Spitzahorn	<i>Acer platanoides</i>
Bergahorn	<i>Acer pseudoplatanus</i>
Pyramiden-Hainbuche	<i>Carpinus betulus</i>
Baumhasel	<i>Corylus colurna</i>
Säulen-Dorn	<i>Crataegus mongyna „Stricta“</i>
Pflaumen-Dorn	<i>Crataegus x prunifolia</i>
Buche	<i>Fagus sylvatica</i>
Esche	<i>Fraxinus excelsior</i>
Traubeneiche	<i>Quercus petraea</i>
Stieleiche	<i>Quercus robur</i>
Winterlinde	<i>Tilia cordata</i>
Silberlinde	<i>Tilia tomentosa</i>
Vogel-Kirsche	<i>Prunus avium</i>

Artenliste der STRÄUCHER für grünordnerische Festsetzungen:

Deutscher Name	Botanischer Name
Feld-Ahorn	<i>Acer campestre</i>
Hainbuche	<i>Carpinus betulus</i>
Roter Hartriegel	<i>Cornus sanguinea</i>
Hasel	<i>Corylus avellana</i>
Weißdorn	<i>Crataegus monogyna</i>
Pfaffenhütchen	<i>Euonymus europaeus</i>
Gemeiner Liguster*	<i>Ligustrum vulgare</i>
Heckenkirsche	<i>Lonicera-Arten</i>
Schlehe	<i>Prunus spinosa</i>
Schwarze Johannisbeere	<i>Ribes nigrum</i>
Rote Johannisbeere	<i>Ribes rubrum</i>
Hundsrose	<i>Rosa canina</i>
Bibernell-Rose	<i>Rosa pimpinellifolia</i>
Gewöhnliche Brombeere	<i>Rubus fruticosus</i>
Echte Himbeere	<i>Rubus idaeus</i>
Sal-Weide	<i>Salix caprea</i>
Grau-Weide	<i>Salix cinerea</i>
Schwarzer Holunder*	<i>Sambucus nigra</i>
Eberesche	<i>Sorbus aucuparia</i>
Gewöhnlicher Schneeball*	<i>Viburnum opulus</i>

Artenliste der HEISTER für grünordnerische Festsetzungen:

Deutscher Name	Botanischer Name
Feldahorn	<i>Acer campestre</i>
Hainbuche	<i>Carpinus betulus</i>
Esche	<i>Fraxinus excelsior</i>
Vogel-Kirsche	<i>Prunus avium</i>
Stieleiche	<i>Quercus robur</i>
Eberesche	<i>Sorbus aucuparia</i>
Winterlinde	<i>Tilia cordata</i>

Anhang V

